



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Sozialbilanz Familie

Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik

**Expertise für das Kompetenzzentrum
für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Sozialbilanz Familie

Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik

Erstellt durch:

**Diekmann, Laura / Dr. Plünnecke, Axel / Seyda, Susanne
unter Mitarbeit von Christina Anger,
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln, Juni 2008**

Im Auftrag:

**Geschäftsstelle des Kompetenzzentrums
für familienbezogene Leistungen, prognos AG**

Inhalt

1	Einleitung	4
1.1	Problemstellung	4
1.2	Gang der Untersuchung	5
Teil I	Ökonomische Analyse der Familienförderung	7
2	Die Kosten von Familien	7
2.1	Direkte Kosten.....	8
2.2	Indirekte Kosten	13
3	Die Förderkulisse des Staates	17
3.1	Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme.....	17
3.2	Die staatliche Förderung von Familien	20
4	Bewertung der staatlichen Förderkulisse	28
4.1	Unwucht in der derzeitigen Förderkulisse.....	28
4.2	Zukünftige Entwicklungen und Handlungsbedarf	32
Teil II	Analyse des Einflusses der Familie auf die Entwicklung von Kindern.....	39
5	Der Einfluss familiärer Faktoren auf Gesundheit und Bildung von Kindern und Jugendlichen.....	39
5.1	Einfluss der Familienstruktur auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.....	39
5.2	Theorie zum Bildungsstand von Kindern	41
5.3	Theorie zur Gesundheit und zum Verhalten der Kinder	45
6	Empirische Analyse des Bildungsstandes von Kindern.....	48
6.1	Datensatz	48
6.2	Multivariate Analyse	52
7	Empirische Analyse der Gesundheit und des Verhaltens von Kindern	59
7.1	Die KiGGS-Daten und Methodik	59
7.2	Multivariate Ergebnisse.....	68
7.3	Zusammenfassung.....	79
Teil III	Analyse fiskalischer Effekte durch eine veränderte Familienförderung.....	80
8	Analyse der Wirkungen einer veränderten Familienförderung	80
8.1	Die Effekte des Ausbaus der frühkindlichen Bildung aus internationaler Sicht	80

8.2	Ansatz zur Bestimmung der Effekte für Deutschland	85
9	Berechnung der fiskalischen Effekte.....	91
9.1	Kosten des Ausbaus der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur.....	91
9.2	Nutzeneffekte des Ausbaus	93
9.3	Renditen des Staates und Finanzierung der Investitionen durch Umschichtungen im Budget	100
Teil IV Zusammenfassung / Handlungsempfehlungen.....		105
10	Zusammenfassende Handlungsempfehlungen	105
10.1	Der Blick auf die Kosten: Umsteuern in der Förderkulisse	105
10.2	Die empirische Sicht: Die frühkindliche Bildung ausbauen, den familiären Zusammenhalt stärken.....	106
10.3	Die fiskalische Sicht: Investieren und Effizienzpotenziale erschließen	107
Literatur		110

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Familien¹ stellen ein effizientes Arrangement dar. Der volkswirtschaftliche Nutzen von Familien kann in vielerlei Hinsicht aufgezeigt werden. Eine Steigerung der Kinderzahl führt mittel- bis langfristig zu einer Erhöhung des Wachstumspotenzials (Plünnecke/Seyda, 2007). Für den Staat ist ein weiteres Kind über den Lebenszyklus hinweg mit positiven fiskalischen Effekten verbunden (Werding/Hofmann, 2005). Für das Ausmaß der volkswirtschaftlich positiven Effekte ist entscheidend, wie gut das Arrangement Familie funktioniert. So wird der Bildungsstand des Kindes und damit die späteren Qualifikationen des Arbeitnehmers stark von familiären Faktoren geprägt. Ebenso spielt für das Arbeitsangebot der Volkswirtschaft eine wichtige Rolle, wie Eltern verschiedene Aufgaben in der Familie und die Erwerbstätigkeit vereinbaren können. Darüber hinaus hängt die Höhe der Gesamtabgaben von sozialen Kosten für Folgewirkungen von Alkohol, Gesundheit und dem Verhalten von Kindern ab. Familien können zur Vermeidung solcher Ausgaben beitragen. Der familiäre Zusammenhalt, aber auch die Erwerbstätigkeit, die Familienform oder andere familiäre Faktoren können einen wichtigen Einfluss auf diese Größen haben.

Der Staat unterstützt die Familien in vielfältiger Form. Er fördert die Familien finanziell, so dass diese die Lebenshaltungskosten für Kinder leichter finanzieren können. Er bietet eine zusätzliche Infrastruktur für Familien und andere Leistungen auch im Rahmen der Sozialversicherungen an. Ferner verringert er die Einkommensverluste, wenn auf die Erwerbstätigkeit einer Person verzichtet wird. Eine erste zentrale Frage dieser Studie zielt folglich darauf ab, zu überprüfen, ob die staatliche Förderkulisse die Kostenstrukturen der Familien für Lebenshaltungskosten und die durch den Zeitaufwand entstehenden Opportunitätskosten effizient abbildet oder in welcher Hinsicht eine Unwucht innerhalb der Förderkulisse zu beobachten ist. Die zweite zentrale Frage erläutert, inwieweit familiäre Faktoren den Bildungsstand der Kinder, ihre Gesundheit und ihr Verhalten beeinflussen und welchen Einfluss die Erwerbstätigkeit der Eltern und der Zugang zu frühkindlicher Bildung in diesem Zusammenhang haben. Die dritte Kernfrage greift diese Analyseergebnisse auf und es wird überprüft, welche fiskalischen Effekte durch eine Stärkung der frühkindlichen Infrastruktur zu erwarten sind und welche Rendite ein solches Investitionsprogramm bietet.

Letztere Frage ist wichtig, um über die Verwendung der in der Zukunft frei werdenden Mittel im Familienbudget zu entscheiden. Aufgrund der in den letzten Jahrzehnten niedrigen Geburtenraten sinkt die Kinderzahl in Deutschland, so dass *ceteris paribus* weniger Ausgaben für Kindergeld, für Kindergärten und Schulen benötigt werden. Führt die Stärkung der frühkindlichen Bildung zu nennenswerten Renditen für den Staat, so sollten die freiwerdenden staatlichen Mittel für Familien für diese Zwecke reinvestiert werden. Sind die Renditen gering, so sollten die freiwerdenden Mittel im Sinne einer Zukunftsinvestition an anderer Stelle zur Förderung von Kindern eingesetzt werden.

¹ Für eine Definition von Familie kann auf Hülskamp/Seyda (2004, 9) verwiesen werden. So findet sich Familie dort, wo verwandte Menschen verschiedener Generationen Verantwortung füreinander übernehmen. In der Abgrenzung dieser Studie sollen Familien mit minderjährigen Kindern betrachtet werden.

1.2 Gang der Untersuchung

Die vorliegende Studie gliedert sich in vier Teile. Während im ersten Teil untersucht wird, wie zielgerichtet die staatliche Förderkulisse im Hinblick auf familiäre Kostenstrukturen ist, wird in Teil II die Frage gestellt, welchen Einfluss der familiäre Hintergrund auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialverhalten hat. Aus diesen Ergebnissen lassen sich im Anschluss staatliche Reformmaßnahmen ableiten, die als Basis für die Untersuchung in Teil III dienen. Dort wird berechnet, in welchem Maße sich die staatlichen Ausgaben mindern oder Einnahmen steigern ließen, wenn die in Teil II abgeleiteten staatlichen Reformmaßnahmen Anwendung finden würden. Des Weiteren wird ein Finanzierungskonzept in Bezug auf die staatlichen Reformmaßnahmen vorgestellt. In Teil IV werden abschließend die politischen Handlungsempfehlungen zusammengefasst.

Das Vorgehen der Studie lässt sich wie folgt näher beschreiben: Familien müssen Kosten für ihre Kinder tragen, die sich in zwei Kostenkategorien unterteilen lassen. Zum einen haben Eltern direkte Kosten, da sie den Lebensunterhalt für ihre Kinder bestreiten müssen, auf der anderen Seite können Eltern während der Kinderbetreuungszeiten keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Dieses entgangene Einkommen kann als indirekte Kosten bezeichnet werden. Auf diese familiären Kostenstrukturen versucht der Staat im Rahmen seiner Familienpolitik unterschiedlich einzuwirken. Staatliche Maßnahmen, die Familien unterstützen, lassen sich allerdings nicht nur auf die Familienpolitik reduzieren, auch andere politische Maßnahmen z.B. in der Bildung kommen Familien zu Gute.

Die staatliche Familienpolitik lässt sich danach kategorisieren, in welcher Hinsicht die jeweilige Maßnahme auf die Kostenstrukturen von Familien einwirkt. So kann einerseits nach Transfers zur Minderung der Belastung für Eltern aufgrund von Konsumausgaben für ihre Kinder und andererseits nach der Bereitstellung von Infrastruktur zur Reduzierung von familiären Opportunitätskosten differenziert werden. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, inwieweit die Förderung auf die direkten Kosten bezogen ist und inwieweit mit Hilfe der staatlichen Förderung die Entstehung von Opportunitätskosten vermieden beziehungsweise deren Auswirkungen für Familien reduziert werden. Diese detaillierte Analyse ist wichtig, da staatliche Maßnahmen das Entscheidungskalkül von Familien, zum Beispiel die Entscheidung für Kinder oder die Zeitverwendung für verschiedene Tätigkeiten, verändern können.

Im zweiten Teil wird der Einfluss untersucht, den Eltern auf die Entwicklung ihrer Kinder haben. Nach einer theoretischen Fundierung und einer Auswertung von Sekundärliteratur wird eine multivariate Analyse vorgenommen. Als Datengrundlage dienen die PISA-Daten der OECD, um den Einfluss familiärer Faktoren auf die Kompetenzen von 15-jährigen Schülern zu messen. Ferner werden die KiGGS-Daten herangezogen, die vom Robert Koch-Institut mittels einer Befragung von 17.641 Jugendlichen und deren Eltern erhoben worden sind. Dabei wird der familiäre Einfluss auf den Bildungserfolg, den physischen und psychischen Gesundheitszustand und das Sozialverhalten von Jugendlichen untersucht. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, welchen Einfluss die Familienstruktur auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat, und welche anderen Variablen möglicherweise eine wichtigere Rolle spielen. So sind zum Beispiel der familiäre Zusammenhalt und die soziale Schicht näher zu betrachten.

Im dritten Teil werden Maßnahmen bewertet, die Familien darin unterstützen können, die Bildung und andere Entwicklungscharakteristika von Kindern zu fördern. Hierzu zählen der Ausbau der früh-

kindlichen Bildung und die Einrichtung von Familienzentren. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird zum einen im Bereich der frühkindlichen Bildung auf Basis der PISA-Ergebnisse untersucht, auf der anderen Seite werden Erfahrungen mit Familienzentren im angloamerikanischen Raum ausgewertet. Von diesen Überlegungen ausgehend werden im Anschluss die positiven fiskalischen Effekte berechnet, wenn diese Politikmaßnahmen Anwendung finden würden. Das Potenzial resultiert daraus, dass auf lange Sicht das durchschnittliche Bildungsniveau in der Bevölkerung steigt, so dass die strukturelle Arbeitslosigkeit, die auf mangelnde Qualifikationen zurückzuführen ist, reduziert wird. Daraus ergeben sich ein Mehr an Steuereinnahmen und Zahlungen ins Sozialversicherungssystem und ein Rückgang der Nachqualifizierungskosten. Ebenso soll im Teil III aufgezeigt werden, auf welche Weise sich langfristig eine Finanzierung der empfohlenen Politikmaßnahmen bewerkstelligen ließe, und wie hoch die damit verbundene staatliche Rendite wäre.

Teil IV hat zusammenfassenden Charakter und behandelt noch einmal detailliert die politischen Handlungsempfehlungen, die aus der Analyse der Kostenstrukturen, aus empirischer Perspektive und unter Effizienzgesichtspunkten angebracht erscheinen.

Teil I: Ökonomische Analyse der Familienförderung

Familien sehen sich Kostenstrukturen gegenüber, die vom Staat auf unterschiedliche Weise in dessen Förderkulisse Berücksichtigung finden. In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie angemessen und passgenau die Familienförderung des Staates ist.

2 Die Kosten von Familien

Die Kosten der Familie für deren Kinder lassen sich in direkte und indirekte Kosten aufgliedern. Unter direkten Kosten versteht man die Kosten, die bei Familien in Form von privaten Konsumausgaben für Kinder anfallen und in der Regel durch ein am Markt erwirtschaftetes Einkommen beziehungsweise durch staatliche Transfers gedeckt werden müssen.

Indirekte Kosten machen sich durch den jeweiligen Zeitaufwand für Kinderbetreuung und kindbedingte Haushaltsführung bemerkbar. Durch den Zeitaufwand wird am Markt weniger Arbeit angeboten mit der Folge eines geringeren Einkommens. Legt man für die Kinderbetreuungszeit den Lohn einer professionellen Haushalts- oder Kinderbetreuungskraft zugrunde, wird die familiäre Leistung dargestellt. Berücksichtigt man den durchschnittlichen Lohn des Elternteils, der aufgrund der Kinder weniger Zeit am Arbeitsmarkt anbieten kann, so misst man die Opportunitätskosten der für Kinder von den Eltern verwendeten Zeit.

Bei der Bestimmung der direkten sowie indirekten Kosten besteht das Problem, wie die gesamten familiären Kosten den einzelnen Familienmitgliedern oder der gesamte Zeitaufwand der Eltern den einzelnen Kindern zuzuordnen sind. So ist es schwierig zu ermessen, wie hoch der Anteil eines Kindes an der Wohnungsmiete oder an der Nutzung eines PKWs ist oder wie viel Zeit ein Elternteil ausschließlich dem Kind widmet. Ferner unterscheiden sich die Ausgaben nach Lebensalter des Kindes.

In der vorliegenden Studie werden nur die Ausgaben für Kinder bis zum 18. Lebensjahr einbezogen. Diese Definition bereitet jedoch insofern Probleme, als sowohl im Mikrozensus als auch in der Zeitbudgeterhebung, auf deren Daten die Berechnungen fußen, Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren betrachtet werden. Das heißt, dass nicht alle Kinder – sondern lediglich ein Kind – in einer Familie minderjährig sein müssen.²

Bei der Ermittlung der direkten sowie indirekten Kosten gehen bisher vorliegende Studien unterschiedlich vor. So werden verschiedenartige Abgrenzungen oder Datenbasen gewählt. In Tabelle 1 sind die im Rahmen dieser Studie betrachteten Kosten aufgelistet und im Vergleich zu anderen Studien dargestellt. Es ist festzustellen, dass sich je nach Vorgehensweise unterschiedliche Resultate ergeben, die in der Summe von direkten und indirekten Kosten innerhalb einer Spannweite von 188 bis 328 Milliarden Euro liegen. Ursachen für diese Unterschiede liegen in verschiedenen Untersuchungsjahren und Bewertungsmethoden, die im Folgenden näher beschrieben werden sollen.

² Somit ist die Definition in der vorliegenden Studie nicht völlig identisch mit den Definitionen in den zugrunde gelegten Daten. Die Folgen dieser Ungenauigkeit auf das Ergebnis dürften jedoch gering sein.

Tabelle 1: Übersicht Gesamtkosten für Familien

in Milliarden Euro	Direkte Kosten	Indirekte Kosten	Summe
IW , 2008	90,2	147,2	237,4
Rosenschon , 2001, 32 ff. ³	105,8	222,3	328,1
Stahmer et al. , 2003	133,0	162,1	295,1
Pfeiffer/Braun , 2005	99,2	88,5	187,7

Quelle: eigene Darstellung; in Preisen von 2006 (Statistisches Bundesamt, 2007d)

2.1 Direkte Kosten

Zunächst soll den direkten Kosten Beachtung geschenkt werden. Zu deren Bestimmung wird in der Regel – wie auch in dieser Studie – die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts herangezogen, die die Ausgaben etwa 75.000 privater Haushalte im Rahmen einer Quotenstichprobe abbildet und alle fünf Jahre durchgeführt wird. Dabei werden unter anderem statistische Informationen über die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Einkommens-, Vermögens- und Schuldensituation sowie die Konsumausgaben privater Haushalte zur Verfügung gestellt.

Eine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung wird üblicherweise über den Mikrozensus vorgenommen, in dessen Rahmen etwa 370.000 Haushalte in der Regel in vier aufeinander folgenden Jahren von den Statistischen Landesämtern auf Basis einer Flächenstichprobe befragt werden.

Als Basis der Berechnungen der vorliegenden Studie⁴ dient der Aufsatz von Münnich (2006), in dem auf Basis der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes die Einkommen und Ausgaben von Familien dargestellt werden. Dabei werden nicht alle für Kinder anfallende Kosten wie zum Beispiel Versicherungsschutz und Vorsorge aufgeführt. Daher „[können] die errechneten Ergebnisse keineswegs gleichgesetzt werden ... mit den Lebenshaltungskosten für Kinder“ (Münnich, 2006, 644).

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (siehe Münnich, 2006) werden die durchschnittlichen Kosten für Kinder nach Paarhaushalten mit ein, zwei und drei Kindern und nach Haushalten von Alleinerziehenden mit ein und zwei Kindern differenziert dargestellt. Es geht aber aus den Daten nicht hervor, wie hoch der Anteil der jeweiligen Haushaltsformen an der Gesamtheit der untersuchten Haushalte – beziehungsweise hochgerechnet an der Gesamtheit der deutschen Haushalte – ist. Um die gesamten Kosten beziffern zu können, die Familien in Deutschland für Kinder im Jahr 2006 ent-

³ In Rosenschon (2001) sind unterschiedliche Berechnungsmethoden angewendet worden (siehe dazu Tabellen 3 und 4). In Tabelle 1 sind bei den direkten Kosten die tatsächlichen Kosten und bei den indirekten Kosten der Einkommensausfall durch Kinderbetreuung aus Rosenschon (2001) verwendet worden.

⁴ Zur Veranschaulichung siehe auch Tabelle 2.

stehen, werden daher Daten des Mikrozensus herangezogen, aus denen hervorgeht, wie groß die Anzahl der Alleinerziehenden und der Paare mit ledigen minderjährigen Kindern ist⁵.

Ein Problem besteht darin, dass in dem Ansatz von Münnich Paare mit mehr als drei Kindern und Alleinerziehende mit drei und mehr Kindern nicht berücksichtigt worden sind. Bei der IW-Berechnung wird nun mit Hilfe des Mikrozensus die durchschnittliche Kinderzahl von Paaren und Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern errechnet, die bei 3,27 Kindern liegt. Mit Hilfe der Ausgaben für Paare mit drei Kindern werden die jährlichen Kosten für 3,27 Kinder pro Familie errechnet, die mit der Anzahl der Paare und Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern multipliziert wird⁶.

Tabelle 2 stellt die Kosten, die den Familien (Paare oder Alleinerziehende) durch ihre Kinder entstehen, auf Basis von Daten des Mikrozensus 2004 und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das Jahr 2003 dar. Wie in Tabelle 2 ersichtlich belaufen sich die gesamten Kosten für Kinder in Deutschland in Preisen von 2006 auf etwa 90 Milliarden Euro.

⁵ Es werden Daten des Mikrozensus aus dem Jahr 2004 verwendet, da im aktuellsten Mikrozensus aus 2005 lediglich die Kategorie „mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren“ vorhanden ist und Familien mit 4 oder 5 und mehr Kindern nicht separat ausgewiesen sind. Ein Vorteil des Mikrozensus 2005 ist hingegen, dass Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende getrennt betrachtet werden. Im Mikrozensus 2004 sind noch Lebensgemeinschaften mit Kindern in der Gruppe der Alleinerziehenden wiederzufinden, ohne dass deren Anzahl jeweils explizit dargestellt worden ist.

⁶ Das Problem besteht darin, dass Grenzkosten je Kind als abnehmend angenommen werden können. Jedoch werden in der EVS die Fallzahlen der Familien mit mehr als drei Kindern vernachlässigbar klein sein, so dass keine großen Verzerrungen bei der oben genannten Vorgehensweise zu erwarten sind. Auch in der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Familien mit mehr als drei Kindern nicht groß genug, als dass es das Endergebnis sehr stark verändern würde.

Tabelle 2: Ausgaben für Kinder (hochgerechnet auf Gesamtbevölkerung)

Konsumausgaben für minderjährige ledige Kinder nach ausgewählten HH-Typen (2003) (Daten: EVS)	Kosten für Kinder in € (monatl.)	Kosten für Kinder in € (jährl.)	Kosten pro Kind in € (jährl.)	Anzahl HH insges. (Daten: Mikrozensus, 2003) in 1.000	Summe jährlicher Kosten (je nach HH-Typ) in Milliarden €
Paare mit 1 Kind	576	6.908	6.908	3.120	21,6
Alleinerziehende mit 1 Kind	563	6.757	6.757	1.569	10,6
Paare mit 2 Kindern	994	11.928	5.964	2.724	32,5
Alleinerziehende mit 2 Kindern	927	11.123	5.561	573	6,4
Paare u. Alleinerziehende mit 3 u. mehr Kindern (3,27 Kinder Ø)	1.550	15.597	5.687	1.030	19,2
Summe jährlicher Kosten für minderjährige ledige Kinder, die bei ihren Eltern leben					90,2

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Münnich (2006); Statistisches Bundesamt (2005a); in Preisen von 2006 (Statistisches Bundesamt, 2007d); Rundungsfehler

Andere Studien kommen zu leicht unterschiedlichen Ergebnissen. Die direkten Kosten beziffern sich in diesen Studien auf Werte zwischen 60 und 133 Milliarden Euro und basieren – wie in Tabelle 3 dargestellt – auf unterschiedlichen Methoden und Datenquellen. Im Rahmen dieser Studie sind zwecks einer besseren Vergleichbarkeit die Kosten aller vorgestellten Studien in Preisen von 2006 dargestellt worden.

Tabelle 3: Übersicht direkte Kosten

Studie	Ergebnis	Methode	Datenquelle
IW-Studie, 2008	90,2 Mrd. €	EVS: durchschnittliche Kosten für Kinder unter 18 nach Paarhaushalten mit ein, zwei und drei Kindern und nach Haushalten von Alleinerziehenden mit ein und zwei Kindern differenziert; zur Berechnung der gesamten Kosten für ledige minderjährige Kinder im Eltern-HH 2003: Daten des Mikrozensus über Verhältnis Paare zu Alleinerziehenden herangezogen	EVS 2003 (insbes. Münnich, 2006, Berechnungen der Ausgaben für Kinder auf Basis der EVS); Mikrozensus 2003
Pfeiffer/Braun, 2005	99,2 Mrd. €	Direkte Bruttokosten; Angaben mit 2 Prozent p.a. auf Jahr 2003 inflationiert, hochgerechnet auf 9.104 Tsd. Mehrpersonenhaushalte mit <18-jährigen Kindern (in EVS nur 8.900 Tsd. Mehrpersonenhaushalte mit <18-Jährigen erfasst); proportional zum Einkommen steigende Kinderkosten	EVS 1998, Finanzbericht, Subventionsbericht etc.
Rosenschon, 2001	Tatsächliche Kosten: 105,8 Mrd. €⁷ fiktive Kosten des Existenzminimums: 60,0 Mrd. €⁸ bzw. 67-72 Mrd. €⁹	Bandbreite ermittelt, da direkte Kosten differenziert nach tatsächlichen und existenzminimalen; Differenzierung nach drei HH-Typen: Ehepaare mit einem Kind, Ehepaare mit zwei oder mehr Kindern und Alleinerziehende (auch Kinder über 18); Daten für Mitte 1998 gemäß Entwicklung des Preisindex für Lebenshaltung aller privaten HH auf Mitte 2000 hochgerechnet (Ann: Zahl der Kinder	Tatsächliche Kosten: Familienstatistik des Statistischen Bundesamtes (2000); Daten der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (1998)

⁷ In Rosenschon (2001) sind es 188,7 Milliarden DM, die hier mit dem Wechselkurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet worden sind.

⁸ 106,3 Milliarden DM, Wechselkurs: 1 Euro = 1,95583 DM

⁹ 120 – 130 Milliarden DM, Wechselkurs: 1 Euro = 1,95583 DM

	(mit Ausbildungs-freibetrag)	2000 so groß wie im April 1999)	mit Berechnungen auf Basis von Angaben der Dt. Bundesbank (2001); Existenzminimale Kosten: Steuerlicher Kinderfreibetrag, Betreuungsfreibetrag, Ausbildungsfreibetrag
Stahmer et al., 2003	133 Mrd. €	Private Konsumausgaben für Kinder und Jugendliche; auf Erwerbstätigkeit beruhende Kosten für Kinder: monetäre Ergebnisse der VGR; priv. Konsum: Konsumausgaben der privaten HH (anteilig auf HH-Typen und im HH lebende Personen aufgeteilt, auch Abschreibungen), Käufe privater Gebrauchsgüter periodisiert; auch Konsumausgaben für Kinder in Anstalts-HH berücksichtigt; für jeden HH-Typ Tabelle mit Zeitverwendung der einzelnen Personengruppen im HH nach Aktivitätsarten aufgestellt ⇒ priv. Konsum des betreffenden HH-Typs mit Hilfe dieser Matrix einzelnen Aktivitäten der Personengruppen zugerechnet	EVS 1998 (Sonderaufbereitung, Fortschreibung mit Hilfe VGR), Satellitensystem HH-Produktion (Fortschreibung)

Quelle: eigene Darstellung; in Preisen von 2006 (Statistisches Bundesamt, 2007d)

Die Bandbreite der Ergebnisse lässt sich trotz der einheitlichen Datenbasis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁰ auf unterschiedliche Herangehensweisen zurückführen. Folgende Probleme bezüglich der Vergleichbarkeit treten dabei zu Tage:

- Man kann entweder von durchschnittlichen Kosten je Kind oder von unterschiedlichen Ausgaben je nach Einkommen der Eltern ausgehen. Während zum Beispiel Rosenschon (2001) feste Beiträge je Kind unabhängig vom Einkommen zugrunde legt, steigen die Kosten für Kinder bei Pfeiffer/Braun (2005) proportional zum Einkommen.

¹⁰ mit Ausnahme von Rosenschon (2001)

- Zum einen werden die gesamten durchschnittlichen Kosten, die in Deutschland innerhalb eines Jahres für Kinder anfallen, berechnet, zum anderen wird wie bei Rosenschon (2001) eine Bandbreite festgelegt, indem das Existenzminimum und das tatsächliche Niveau bestimmt werden.
- Es werden unterschiedliche Definitionen dahin gehend verwendet, welche Kostenaspekte Kindern zuzuordnen sind.
- Auffällig ist der Ausreißer in Form des hohen Wertes der Studie von Stahmer et al. (2003). Dieser lässt sich damit erklären, dass nicht nur zusätzliche Kosten berechnet werden, die Kinder verursachen. Stattdessen werden sämtliche Ausgabenpositionen wie Auto, Wohnung und PC der privaten Haushalte auf die einzelnen Haushaltsmitglieder aufgeteilt (Statistisches Bundesamt, 2003).

2.2 Indirekte Kosten

Neben den direkten Kosten für Kinder fallen auch indirekte Kosten für die Eltern an. Diese Kosten betreffen das entgangene Markteinkommen aufgrund der den Kindern gewidmeten Zeit, die zu einem geringeren Angebot am Arbeitsmarkt führt. Zu der den Kindern gewidmeten Zeit zählen die Kinderbetreuung sowie für kindbedingte Haushaltstätigkeiten. In der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes wird der Zeitaufwand für Kinder wie folgt erfasst:

- Kinderbetreuung als Hauptaktivität
- Kinderbetreuung als gleichzeitige Aktivität
- Fahrdienste und Wegezeiten für Kinderbetreuung
- sonstige mit Kindern verbrachte Zeit (zum Beispiel gemeinsame Mahlzeiten, Fernsehen in gemeinsamer Runde)

Der ganze Umfang der Kinderbetreuung zeigt sich in der weitesten Betrachtungsweise erst dann, wenn über die soeben genannten Punkte hinaus der ständige Bereitschaftsdienst – „die Verfügbarkeit rund um die Uhr“ – mitbedacht wird (Schäfer, 2004, 963).

Die kindbedingten Haushaltstätigkeiten umfassen den Teil an Tätigkeiten im Haushalt, der den Kindern zugute kommt. Zur Erfassung dieses Anteils ist ein Aufteilungsschlüssel notwendig, der angibt, welcher Teil der Hausarbeit für Kinder aufgewendet wird.

Aus Tabelle 4 geht hervor, dass die Spannbreite der Ergebnisse (60 bis 222 Milliarden Euro) deutlich größer ist als bei der Berechnung der direkten Kosten. Auch hier sind unterschiedliche Ansätze für die Bestimmung der Kosten gewählt worden. Ebenso ist, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten, eine Fortschreibung aller Kosten auf das Jahr 2006 vorgenommen worden. In der vorliegenden Studie werden Opportunitätskosten statt Leistungen gemessen. Ferner basiert der IW-Ansatz auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2003.

Zum einen unterscheiden sich die Studien darin, welche Bestandteile der gesamten mit Kindern verbrachten Zeit in die Berechnung einbezogen werden. Während beispielsweise in der vorliegenden Studie Kinderbetreuung als Hauptaktivität zuzüglich der Wegezeiten und die kindbedingte Haushaltsführung berücksichtigt worden sind, wird in Stahmer et al. (2003) nach Kinderbetreuung als Hauptaktivität, nach Nebenaktivität und sonstiger mit Kindern verbrachter Zeit differenziert.

Tabelle 4: Übersicht Zeitverwendung / indirekte Kosten

Studie	Ergebnis	Methode	Datenquelle
IW-Studie, 2008	147,2 Mrd. €	<p>Zeitaufwand für Kinderbetreuung inkl. Wegezeiten mit Bruttolohn von Frauen mit Kindern im HH 12,78 € zzgl. Arbeitgeberanteil Sozialversicherung und Männern mit Kindern im HH 19,03 € zzgl. Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (SOEP: 2006) bewertet</p> <p>Ann: 33 Prozent der HH-Tätigkeiten im Durchschnitt aller HH mit Kindern entfallen auf die Kinder;</p> <p>Alle im HH lebenden ledigen Kinder unter 18 Jahre</p> <p>Ann: aufgewendete Zeit würde nur anteilig für eine Erwerbstätigkeit eingesetzt. Orientierung an der Erwerbstätigkeit von Frauen im Alter zwischen 20 und 40 in Paarhaushalten ohne minderjährige Kinder (SOEP: 2006)</p> <p>Opportunitätskosten ohne Steuern, inklusive Abgaben</p>	<p>Zeitbudgeterhebung 2001/02; Mikrozensus für Anz. der Kinder von Paaren und allein Erz. (2003); Ann. von 33 Prozent angelehnt an Rosenschon (2001); SOEP (2006)</p>
Pfeiffer/Braun, 2005	88,5 Mrd. €	<p>Regressionsschätzung (Differenz theoretisches zu tatsächlichem Bruttoerwerbseinkommen) zzgl. 20 Prozent Einkommensverlust durch entgangene Berufserfahrung, abzgl. 20 Prozent Abgaben und Steuern</p>	
Rosenschon, 2001	<p>Alternative A: Zeitaufwand für Kinder</p> <p>209,7 Mrd. €¹¹</p>	<p>Zeitaufwand für Kinder nach Anzahl der Kinder mit Nettostundenlohn einer Hauswirtschafterin (1992: 11,7 DM) (ein und zwei Kinder nach Lampert; für Anteil der Kinder an HH-Arbeit wird bei einem Kind 25 Prozent, bei 2 Kindern 40 Prozent angenommen);</p> <p>Alle im HH lebenden ledigen Kinder</p>	<p>Lampert, 1996, für Anteil der Kinder an HH-Arbeit und für durchschnittl. Betreuungsaufwand der Kinder während 18 Jahren; Ann. für allein Erz.: Zeitaufwand für Kinderbetr. und HH-Arbeit 66,6</p>

¹¹ 374,1 Milliarden DM, Wechselkurs: 1 Euro = 1,95583 DM

			Prozent des Aufwands von Paaren mit 1 Kind; Stat. LA BW für Betreuungszeiten; Nettostundenlohn der Hauswirtschafterin mit Reallohnindex BMA deflatiert
	Alternative B: Einkommensausfall durch Kinderbetreuung: 222,3 Mrd. €¹²	Hälfte des durchschnittlichen Arbeitsentgelts geht durch Kinderbetreuung verloren (durchschn. Entgelt: 5120 DM in 2000) Alle im HH lebenden ledigen Kinder	
Schäfer, 2004	60,2 Mrd. €	HH-Satellitensystem, Bewertete Arbeitszeit für Kinderbetreuung (Hauptaktivität mit Wegezeiten mit dem Stundenlohn einer Hauswirtschafterin ohne Ausfallzeiten 7,10 € (2001))	Zeitbudgeterhebung 01/02
Stahmer et al., 2003	162,1 Mrd. €	Zeitbudgeterhebung 91/92, Unterteilung nach 10 Haushaltsformen, Kindern zuzuordnende Zeit: Kinderbetreuung als Hauptaktivität (bei mehreren Kindern Zuordnung nach Alter der Kinder), Nebenaktivität, anteilig HH-Arbeit; nicht zuordenbare Zeit: sonstige mit Kindern verbrachte Zeit Besonderheit: auch Zeit von andern Privathaushalten, z.B. Großeltern, wird berücksichtigt ebenso wie Anstaltshaushalte	Zeitbudgeterhebung 1991/92, EVS, Mikrozensus (Sonderauswertungen für 10 Haushaltsformen; (Paare / Alleinerz. nach Anz. d. Kinder); Nettolohn der Hauswirtschafterin

Quelle: eigene Darstellung; in Preisen von 2006 (Statistisches Bundesamt, 2007d)

Problematisch im Rahmen der Fragestellung der vorliegenden Studie ist die Vorgehensweise im Rahmen der Studie von Stahmer et al. (2003), da ebenso Zeiten in Form von Erwerbsarbeitszeiten für Produkte, die für Kinder hergestellt werden, hinzu gerechnet worden sind. Damit werden ebenso Stunden mit eingerechnet, die nicht von Familienangehörigen aufgewendet worden sind.

¹² 397 Milliarden DM, Wechselkurs: 1 Euro = 1,95583 DM

Zum anderen gibt es drei Möglichkeiten, die Zeitaufwendung monetär darzustellen. So kann ein Generalisten- oder aber ein Spezialistenlohn als Referenz herangezogen werden, je nachdem, wie anspruchsvoll die im Haushalt oder für Kinderbetreuung anfallenden Aufgaben eingeschätzt werden. Würde man lediglich die aktive Kinderbetreuungszeit berücksichtigen, könnte man den Lohn für einen Erzieher verwenden. Die Rechnungen Rosenschons und Schäfers basieren auf dem Lohn einer Hauswirtschafterin. Als dritte Möglichkeit kann ein Opportunitätskostenansatz gewählt werden. So definiert Rosenschon (2001) zwei Arten indirekter Kosten, und zwar neben dem Zeitaufwand für Kinder den Einkommensausfall durch Kinderbetreuung. Ebenso beschäftigen sich Pfeiffer/Braun (2005) mit den indirekten Kosten in Form von Opportunitätskosten durch Einkommensverluste mit Hilfe einer Regressionsschätzung.

Das Ergebnis der vorliegenden Studie unterscheidet sich von anderen Studien, da nicht nur die aktive Kinderbetreuung, sondern auch der anteilige Zeitaufwand für die Haushaltsführung für Kinder und Wegezeiten im Gesamtzeitaufwand eingerechnet sind, und da ein Opportunitätskostenansatz gewählt worden ist, bei dem sowohl der Durchschnittsbruttolohn einer Frau und eines Mannes mit Kindern¹³ für die Bewertung des Zeitaufwandes zugrunde gelegt worden sind. Ferner werden die Präferenzen von Paarhaushalten berücksichtigt, wenn die Kinderbetreuungszeit für andere Verwendungen zur Verfügung stünde.

Die vorliegende Studie berechnet den Zeitaufwand für Kinderbetreuung folgendermaßen:

1. Die durch die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 ermittelten Betreuungsstunden für Kinderbetreuung als Hauptaktivität inklusive der Wegezeiten für Kinderbetreuung für Haushalte mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren (Kahle, 2004) werden mit dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn des betreuenden Elternteils monetär bewertet. Dieser beträgt für eine Frau mit im Haushalt lebenden Kindern unter 16 im Jahre 2006 12,78 Euro zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung und für einen Mann mit den gleichen Merkmalen 19,03 Euro zuzüglich des Arbeitgeberanteils (SOEP, 2003). Zusätzlich wird angenommen, dass 33 Prozent der Haushaltstätigkeiten ohne Kinderbetreuung im Durchschnitt aller Haushalte mit Kindern auf die Kinder entfallen¹⁴, wobei auch diese Tätigkeit mit dem jeweiligen Durchschnittsstundenlohn belegt wird. Um eine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung vornehmen zu können, sind Daten des Mikrozensus 2005 herangezogen worden. Der Umfang der so berechneten indirekten Kosten beträgt etwa 196,8 Milliarden Euro. Die Kosten erhöhen sich auf 236,2 Milliarden Euro, wenn man den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung hinzurechnet¹⁵. Der Zeitaufwand für Kinderbetreuung als Nebenaktivität und die sonstige mit Kindern verbrachte Zeit wurde nicht berücksichtigt, da dies keine Opportunitätskosten bedeuten.
2. Von den 236,2 Milliarden Euro ist ein Abschlag vorzunehmen, da die Präferenzen von Paarhaushalten dazu führen dürften, dass diese nicht die gesamte verfügbare Zeit für die Erwerbstätigkeit einsetzen. Auf Basis des SOEP (2006) lässt sich zum Beispiel zeigen, dass bei kinderlo-

¹³ Je nachdem, ob Kinder durch ihre Mutter oder ihren Vater betreut worden sind.

¹⁴ Lampert (1996) nimmt an, dass in Haushalten mit einem Kind etwa 25 Prozent der Haushaltstätigkeit auf das Kind entfallen, bei zwei Kindern sind es 40 Prozent. Da in der Zeitbudgeterhebung nicht nach Anzahl der Kinder im Haushalt unterschieden wird, wird die Annahme getroffen, dass 33 Prozent der Haushaltstätigkeit den Kindern zuzuordnen sind und bewegen uns damit eher am unteren Rand der Schätzungen der kinderinduzierten Haushaltstätigkeit.

¹⁵ Mit Faktor 1,2 hochgerechnet.

sen Paaren die Frauen¹⁶ im Alter zwischen 20 und 40 eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 27,2 Stunden vereinbaren. Bezogen auf eine wöchentliche Arbeitszeit von etwa 40 Stunden werden damit durchschnittlich rund 68 Prozent der möglichen Arbeitszeit von dieser Vergleichsgruppe zur Erwerbstätigkeit verwendet. Ein durchschnittlicher Anteil von 32 Prozent wird hingegen nicht für Erwerbstätigkeit am Arbeitsmarkt, sondern beispielsweise für Hausarbeit aufgewendet. Legt man diesen Anteil als Präferenz zugrunde, so sinkt das entgangene Einkommen inklusive Arbeitgeberanteil auf 160,6 Milliarden Euro.

3. Von dieser Größe wiederum würde der Staat bei einer getrennten Veranlagung bei einem angenommenen Durchschnittssteuersatz von rund 10 Prozent auf etwa 13,4 Milliarden Euro¹⁷ verzichten müssen. Die Opportunitätskosten der Familien betragen dementsprechend 147,2 Milliarden Euro an Nettolöhnen und Gesamtzahlungen in die Sozialversicherungen.¹⁸

Zusätzlich zu den hier berechneten Opportunitätskosten könnten Aufwendungen berücksichtigt werden, die sich aus entstehenden Erwerbsunterbrechungen in späteren Erwerbsphasen ergeben (Anger/Plünnecke, 2008). Die dargestellten 147,2 Milliarden Euro können daher als Untergrenze der Opportunitätskosten der Familien aufgefasst werden.

3 Die Förderkulisse des Staates

Von Seiten des Staates wird in vielerlei Hinsicht Familienpolitik betrieben. So kann beispielsweise nach steuerrechtlichen Maßnahmen, Geldleistungen, Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherung und Realtransfers unterschieden werden. Ein wichtiger Ausgabenfaktor ist beispielsweise das Kindergeld, das sowohl als Steuerfreibetrag als auch als monetärer Transfer gewährt wird. In mancherlei Hinsicht kommt es zu einer Vermischung unterschiedlicher Politikbereiche, so dass nicht klar zugewiesen werden kann, ob es sich beim Beispiel der Schulen um Familien- oder Bildungspolitik handelt. Aus diesem Grund sollen zunächst Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme aufgezeigt werden, bevor dann die Förderkulisse danach unterschieden werden soll, ob die Maßnahmen eher zur Unterstützung der Eltern bei anfallenden direkten oder indirekten Kosten dienen.

3.1 Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme

Eine umfassende und in der Bundesregierung abgestimmte Auflistung der staatlichen Maßnahmen und Leistungen im Hinblick auf Familienpolitik bietet eine Veröffentlichung des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in aktualisierter Form (BMFSFJ, 2008). Die definitorische Abgrenzung der familienpolitischen Leistungen wird dabei von verschiedener Seite unterschiedlich interpretiert.

¹⁶ Arbeitslose Frauen wurden bei der Durchschnittsbildung nicht berücksichtigt. 14,7 Prozent der übrigen Frauen waren im Jahr 2006 nicht erwerbstätig, rund 61 Prozent vollzeiterwerbstätig, 13 Prozent teilzeiterwerbstätig und 11,3 Prozent in Ausbildung oder geringfügig beschäftigt.

¹⁷ Bezogen auf das entgangene Bruttoeinkommen ohne Arbeitgeberanteil von rund 134 Milliarden Euro. Die tatsächlichen Steuerrückgänge sind bei gemeinsamer Veranlagung höher, werden aber im Rahmen dieser Studie unter „Ehegattensplitting“ bei der Kompensation von entstandenen Opportunitätskosten gebucht.

¹⁸ Die Sozialversicherungsanteile werden zu den Opportunitätskosten der Familien hinzuaddiert, da diese zu veränderten Ansprüchen an die Sozialversicherungen führen würden. Dies ist mit dem Vorgehen in dieser Studie konsistent, da die Mitversicherung bei Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten bei der Rentenversicherung bei der Betrachtung der staatlichen Förderkulisse gesondert betrachtet werden.

tiert: Während die Bundesregierung Leistungen im Rahmen der Sozialversicherung und solche, die die Schulpflicht betreffen, zu den Familienleistungen des Staates hinzu rechnet, kritisiert der Familienbund der Katholiken diese Vorgehensweise in seiner kommentierten Fassung des Maßnahmenkatalogs des BMFSFJ (Familienbund der Katholiken, 2007). Dessen Ansicht zufolge sind Sozialversicherungsleistungen als nach dem Solidarprinzip erbrachte und nicht als staatliche Zuwendungen zu bezeichnen. Des Weiteren seien Ausgaben für allgemeinbildende Schulen im Rahmen des Bildungsauftrages des Staates zu verstehen. Daher belaufen sich laut Familienbund der Katholiken die staatlichen Leistungen auf lediglich 56 Milliarden Euro im Gegensatz zu 188,7 Milliarden Euro (ohne Schulen) beziehungsweise 238,3 Milliarden Euro mit Schulen des BMFSFJ (2008).

Ob man Schulen den familienpolitischen Maßnahmen zurechnet ist strittig, da es sich hierbei streng genommen um Bildungspolitik handelt. In der vorliegenden Studie finden jedoch die Kosten für allgemeinbildende Schulen Beachtung, da das Thema Bildung auch in den folgenden Kapiteln eine zentrale Rolle spielt und somit auch die damit verbundenen Kosten berücksichtigt werden sollten.

In dieser Studie werden die familienbezogenen Leistungen im weiteren Sinne betrachtet. Es soll eine Gegenüberstellung der Kosten von Eltern für ihre Kinder und der Leistungen für Familien seitens des Staates vorgenommen werden. Daher werden auch Maßnahmen wie das Ehegattensplitting bei Familien mit minderjährigen Kinder oder der Steuerfreibetrag für Kinder erfasst. Dieses sind in steuerrechtlichem Sinne keine familienpolitischen Leistungen. Sie dienen aber aus Sicht eines Haushalts, der vor der Entscheidung für ein Kind steht, zur Deckung der anfallenden Kosten für minderjährige Kinder. Die direkten Kosten werden durch Kindergeld oder die Steuerfreibeträge zu einem Teil abgedeckt. Die indirekten Kosten entgangener Einkommen werden gedämpft, da der prozentuale Nettoverlust durch das Splitting geringer ausfällt als bei getrennter Veranlagung.

Zur Darstellung der familienbezogenen Leistungen des Staates wird im Folgenden die Aufstellung des Bundesministeriums für Familie verwendet, da sie in der Öffentlichkeit weitgehend als Grundlage akzeptiert worden ist. Dabei ergeben sich jedoch folgende Probleme:

Erstens lässt sich dem Maßnahmenkatalog des BMFSFJ keine genaue Altersstruktur bei den jeweiligen Maßnahmen entnehmen. Wichtig ist aber, dass in dieser Studie auf Seiten des Staates die gleiche Altersbegrenzung wie bei der Berechnung der Kosten von Familien verwendet wird, damit Vergleichbarkeit gewährleistet ist.

Zweitens sind im Maßnahmenkatalog des BMFSFJ (2008) auch ehebezogene Maßnahmen aufgeführt worden, ohne jedoch nach Ehepaaren mit Kindern und Ehepaaren ohne Kinder zu differenzieren. Da aber in dieser Studie die Familienförderung des Staates im Hinblick auf die Kosten für minderjährige Kinder untersucht werden soll, sind im Rahmen der vorliegenden Studie die jeweiligen familienbezogenen Anteile dieser Maßnahmen ermittelt worden. Aus den vorliegenden Zahlenwerten werden im Folgenden die Werte für Familien mit minderjährigen Kindern berechnet. Aufgrund von Datenproblemen stellen diese Berechnungen zum Teil Näherungen dar.

So ist der Anteil für Ehepaare mit mindestens einem Kind unter 18 an den Steuermindereinnahmen aufgrund des Ehegattensplittings im Rahmen einer Prognos-Berechnung auf 47,6 Prozent veranschlagt worden. Die Rechnungen basieren auf der Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Jahres 2001, fortgeschrieben auf das Jahr 2006. Dies entspricht circa 9,5 Milliarden Euro am Gesamtbetrag von fast 19,9 Milliarden Euro. Mangels Daten ist in der vorliegenden IW-Studie beim begrenzten Re-

alsplitting der gleiche Anteil wie beim Ehegattensplitting in Höhe von 47,6 Prozent (176 Millionen Euro) zugrunde gelegt worden.

Die Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die Gesetzliche Rentenversicherung sind nur zum Teil den indirekten kompensatorischen Maßnahmen zugeordnet worden – und zwar nur dann, wenn bei Eltern mit Kindern im Alter von unter 3 Jahren¹⁹ eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit vorliegt. Auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2006 ist der Anteil von Paaren und Alleinerziehenden mit Vollzeit- oder Teilzeiterwerbstätigkeit als Beamter oder Selbstständiger²⁰ berechnet worden²¹. Dieser Anteil in Höhe von 19 Prozent wird im Folgenden als direkte staatliche Förderung zusätzlicher Art deklariert. Im Gegenzug ist der Anteil von Paaren mit Kindern im Alter von unter 3 Jahren, in denen nicht beide Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigte nicht verbeamtet oder selbstständig sind²², und der Anteil nicht Vollzeit- oder Teilzeit-erwerbstätiger verbeamteter oder selbstständiger Alleinerziehender²³ der indirekten kompensatorischen Förderung zugeordnet worden. Auf sie entfällt ein Anteil von 81 Prozent²⁴ der Gesamtausgaben in Höhe von 11,4 Milliarden Euro.

Bei der Berechnung des Kostenanteils der beitragsfreien Mitversicherung des Ehegatten in Gesetzlicher Kranken- und Pflegeversicherung wird geschätzt, welcher Anteil auf Familien mit minderjährigen Kindern entfällt. Man erhält für die Staatsausgaben für die beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in der Gesamthöhe von fast 10,2 Milliarden Euro einen Familienanteil von 4,8 Milliarden Euro. Bei der Berechnung ist man folgendermaßen vorgegangen: Es sind ausschließlich Ehepaare betrachtet worden, bei denen entweder nur der Mann oder lediglich die Frau erwerbstätig ist. Auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2004²⁵ ist davon dann der Anteil der Ehepaare, bei denen mindestens ein Kind unter 18 Jahre alt ist und im Haushalt lebt berechnet worden. Dieser Anteil beträgt 47,4 Prozent.

Für die Berechnung des Familienanteils der Familienkomponente (Beihilfe für Staatsbedienstete), der auf Ehepaare mit mindestens einem Kind unter 18 entfällt, ist aus Datenmangel der gleiche Ansatz zugrunde gelegt worden. Ebenso liegt der Berechnung für den Verheiratenzuschlag für Beamte die Annahme zugrunde, dass die Quoten bei Beamten und Nicht-Beamten identisch sind, das heißt, dass die gleiche Verheiratenquote zugrunde liegt. Basierend auf dem Mikrozensus ist der Anteil von Ehepaaren mit Kindern unter 18 an allen Ehepaaren (auch ohne Kinder) ermittelt worden,

¹⁹ Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Gesetzlichen Rentenversicherung bezieht sich nur auf ein Elternteil je Kind unter 3 – unabhängig vom Erwerbsstatus dieses Elternteils.

²⁰ Beamte und Selbstständige erhalten keine Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung, da sie nicht in die gesetzliche Rentenversicherung fallen.

²¹ In Paarhaushalten müssen entweder beide selbstständig oder verbeamtet Teilzeit-erwerbstätig oder einer Vollzeit- und der andere selbstständig oder verbeamtet Teilzeit-erwerbstätig sein.

²² Folgende Kombinationen sind hierbei möglich: ein Partner ist Vollzeit-erwerbstätig, der andere ist abhängig Beschäftigter in Teilzeit, erwerbslos oder Nichterwerbsperson; beide Partner sind abhängig Beschäftigte Teilzeit-erwerbstätige, Nichterwerbspersonen oder Erwerbslose; ein Partner ist abhängig Beschäftigter Teilzeit-erwerbstätig, der andere ist erwerbslos oder Nichterwerbsperson; oder aber einer ist erwerbslos und der andere Nichterwerbsperson.

²³ Diese können entweder abhängig Beschäftigte in Teilzeiterwerbstätigkeit, Erwerbslose oder Nichterwerbspersonen sein.

²⁴ Hierbei ist nur das berechnete Verhältnis zugrunde gelegt worden, da sich – wahrscheinlich aufgrund von Doppelzählungen – die genauen Anteile nicht auf 100 Prozent addieren lassen.

²⁵ Es konnte nicht der aktuellste Mikrozensus aus dem Jahr 2005 verwendet werden, da aufgrund eines neuen Aufteilungsschlüssels keine derartige Auswertung möglich gewesen wäre.

der bei 17 Prozent liegt. Somit erhält man anstatt eines Wertes von 1,9 Milliarden Euro einen Wert in Höhe von 0,3 Milliarden Euro.

Bei der Berechnung der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder wird berücksichtigt, dass analog zum Kindergeldbezug etwa 10 Prozent der Empfänger älter als 18 Jahre alt sind, so dass die Werte aus der Aufstellung des BMFSFJ entsprechend um 10 Prozent reduziert werden müssten. Aus dem Gesamtwert von 13,7 Milliarden Euro bei der beitragsfreien Mitversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung ergibt sich damit der bereinigte Wert von 12,3 Milliarden Euro. Die Ausgaben für die beitragsfreie Mitversicherung in der Gesetzlichen Pflegeversicherung liegen statt bei 0,9 bei 0,8 Milliarden Euro.

Bezüglich der Zuschüsse an Studierende und Schüler sowie des Bafög ist die Annahme getroffen worden, dass Studenten über 18 Jahre alt sind, so dass lediglich Zuschüsse an Schüler aufgenommen worden sind, da in der Abgrenzung dieser Studie nur Maßnahmen für Kinder unter 18 berücksichtigt werden. Somit gehen in den Maßnahmenkatalog 0,7 Milliarden Euro statt 1,5 Milliarden Euro ein (siehe Statistisches Bundesamt, 2007c).

Vernachlässigt werden im Folgenden Zuwendungen für Witwer und Witwen²⁶, Leistungen für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921, der Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung und die Berufsausbildungsbeihilfe, da es sich bei den Maßnahmen entweder nicht explizit um Familienförderung handelt oder Familien mit Kindern im Alter von über 18 Jahren begünstigt werden. Ferner bleiben die Ausgaben für die Schülerbeförderung in Höhe einer Milliarde Euro unberücksichtigt, da es sich hierbei um eine Leistung im verkehrspolitischen Sinne handelt. Die Summe dieser nicht berücksichtigten Maßnahmen beträgt etwa 46,1 Milliarden Euro. Da im Maßnahmenkatalog des BMFSFJ generell Familien mit Kindern betrachtet worden sind, in dieser Studie jedoch eine Konzentration auf Familien mit Kindern unter 18 stattfindet, ergibt sich wie oben beschrieben eine Differenz bei den ehebezogenen Maßnahmen und beim Bafög in Höhe von fast 20 Milliarden Euro.

3.2 Die staatliche Förderung von Familien

Wenn man sich nun einer Analyse der staatlichen Familienförderung zuwendet, muss vorab eine Untergliederung in direkte und indirekte Förderung vorgenommen werden, abhängig davon, ob sie auf direkte oder indirekte Kosten abzielt. Die staatlichen Maßnahmen, die direkte Familienkosten betreffen, lassen sich als direkte Transfers, wie zum Beispiel das Kindergeld, definieren, die Familien helfen sollen, ihre Ausgabenbelastung, in Form von Konsumausgaben für Kinder, abzumindern beziehungsweise zum Teil zu decken. Ferner gibt es staatliche Leistungen, die nicht diese genannte Funktion erfüllen, sondern darüber hinaus gehende Leistungen darstellen, die den Familien kostenlos zur Verfügung stehen und vom Staat finanziert werden. Familien müssten diese Leistungen – zusätzlich zu ihren privaten Konsumausgaben – finanzieren, würde der Staat an dieser Stelle nicht vorab die Kosten übernehmen. Dazu gehören beispielsweise Maßnahmen der Jugendhilfe oder die beitragsfreie Mitversicherung. Den direkten Kosten von Familien und den entsprechenden staatlichen Leistungen widmen sich die Tabellen 5, 6a und 6b.

²⁶ Große Witwen-/ Witwerrenten, Witwen-/ Witwerrenten insgesamt und Witwengeld für Beamte

Tabelle 5: Direkte Kosten der Familien für minderjährige Kinder

Ausgabenkomplexe	in Mrd. €
Wohnung und Energie	22,4
Nahrungsmittel, Getränke etc.	18,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	14,1
Bekleidung, Schuhe	7,3
Verkehr	6,2
Innenausstattung, Haushaltsgeräte	4,5
Bildungswesen	4,3
Nachrichtenübermittlung	4,0
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	3,6
Gesundheitspflege	3,5
Waren und Dienstleistungen	2,1
Summe	90,2

Quelle: eigene Berechnung der Ausgabenkomplexe der Familien auf Basis von Münnich (2006)²⁷ und Statistisches Bundesamt (2005a), Preise von 2006 (Statistisches Bundesamt, 2007d)

Die direkten Kosten für Kinder, die in Form von Konsumausgaben in privaten Haushalten anfallen, belaufen sich auf rund 90 Milliarden Euro. Die größten Ausgaben sind dabei in den Bereichen Wohnung und Nahrungsmittel zu verzeichnen, die zusammen 45 Prozent an den Gesamtausgaben ausmachen. Einen großen Ausgabenkomplex stellt auch der Faktor Freizeit dar.

²⁷ Dort werden die Anteile der jeweiligen Ausgabenkomplexe an den Gesamtausgaben im Durchschnitt für die jeweiligen Haushalts-Typen angegeben. Ausgenommen sind dabei Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17.895 Euro und mehr (1998) beziehungsweise 18.000 Euro und mehr (2003) und Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Tabelle 6a: Kompensation der direkten Kosten durch den Staat

Maßnahmen	in Mrd. €
Kindergeld als monetäre Leistung ²⁸ oder steuerliche Freibeträge; sonstige Steuerfreibeträge ²⁹	34,5
Sonstige Leistungen im Rahmen des SGB ³⁰	4,0
Kinderkomponenten bei der Eigenheimförderung	3,0
Zahlungen an Beamte ³¹	1,9
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	0,9
Waisenrenten im Rahmen der GRV	0,8
Zuschüsse an Schüler ³²	0,7
Kinderkomponenten bei Lohnersatzleistungen	0,6
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	0,6
Erhöhung der Zahl der zum HH rechnenden Familienmitglieder durch Kinder und damit erhöhtes Wohngeld nach dem WoGG	0,4
Waisenrenten, -beihilfen im Rahmen der Unfallversicherung	0,1
Kinderzuschlag	0,1
Zahlung an die Bundesstiftung „Mutter und Kind“	0,1
Sonderausgabenabzug für Schulgeld ³³	0,0
Kindbedingter Darlehensteilerlass ³⁴	0,0
Summe	47,8

Quelle: eigene Kategorisierung auf Basis von BMFSFJ (2008); Rundungsdifferenzen; für Familien mit minderjährigen Kindern

Die staatlichen Maßnahmen, die die Kosten der Eltern für ihre minderjährigen Kinder reduzieren, werden in Tabelle 6a dargestellt und belaufen sich auf circa 48 Milliarden Euro. Mit diesen staatli-

²⁸ auch erhöhtes Kindergeld ab dem 4. Kind

²⁹ Freibeträge für Kinder (ohne Solidaritätszuschlag), Abziehbarkeit der Freibeträge für Kinder nach §32 EStG bei Ermittlung des Solidaritätszuschlags, Abziehbarkeit der Freibeträge für Kinder nach §32 EStG bei Ermittlung der Kirchensteuer.

³⁰ Regelleistung einschließlich Mehrbedarfe ohne Leistungen für Unterkunft für Sozialgeldempfänger (für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18) in Höhe von 540 Millionen Euro, Mehrbedarfzuschläge für Alleinerziehende im ALG II, Leistungen für Unterkunft und Heizung für Empfänger von ALG II-Anteil für Kinder unter 18, Mehrbedarfzuschläge für Alleinerziehende bei der Sozialhilfe.

³¹ Familienzuschläge für Besoldungs- und Versorgungsempfänger im Öffentlichen Dienst (Kinderzuschläge), Waisengeld nach Beamtenversorgungsgesetz für Beamte, Richter und Soldaten.

³² Das Statistische Bundesamt (2007c) gibt einen finanziellen Aufwand für Bafög- Zahlungen an Schüler und Schülerinnen mit 717,3 Millionen Euro an, die auch hier verwendet werden.

³³ 45 Millionen Euro

³⁴ 42 Millionen Euro

chen Maßnahmen lassen sich fast 53 Prozent der Ausgaben von Familien decken. Die mit Abstand umfangreichsten Maßnahmen stellen dabei mit 34,5 Milliarden Euro das Kindergeld als monetäre Leistung oder steuerlicher Freibetrag und sonstige Steuerfreibeträge dar.

Tabelle 6b: Zusätzliche staatliche Ausgaben der für Familien kostenlosen Leistungen

Maßnahmen	in Mrd. €
Schulen (allgemeinbildende Schulen)	49,6
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Familienmitglieder (Kinder und Jugendliche) im Rahmen der Krankenversicherung	12,3
Jugendhilfe (ohne Kinderbetreuung)	7,6
Sonstige Leistungen im Rahmen der GKV ³⁵	3,3
Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die Gesetzliche Rentenversicherung ³⁶	2,2
Familienkomponente bei der Beihilfe (kinderbezogen)	1,6
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Familienmitglieder (Kinder und Jugendliche) im Rahmen der GPV	0,8
Sonstige Leistungen im Rahmen des SGB ³⁷	0,3
Unterhaltshöchstbetrag	0,3
Familienzuschläge für Besoldungs- und Versorgungsempfänger im Öffentlichen Dienst (Verheiratetenzuschlag)	0,3
Begrenztes Realsplitting	0,2
Schwangerschaftskonfliktberatung	0,1
Übernahme von Kinderbetreuungskosten nach SGB III bei Teilnahme an Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung ³⁸	0,0
Übernahme von Kosten der Haushaltshilfe und Kinderbetreuung im Rahmen der Unfallversicherung ³⁹	0,0
Summe	78,8

Quelle: eigene Kategorisierung auf Basis von BMFSFJ (2006); Rundungsdifferenzen; für Familien mit minderjährigen Kindern

³⁵ Ausnahme vom Ausschluss nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel von der Verordnungsfähigkeit für Kinder bis 12 Jahre und Jugendliche mit Entwicklungsstörungen, Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft (stationäre Entbindung, ärztliche Betreuung, Hebammenhilfe, häusliche Pflege/Haushaltshilfe), Krankengeld bei Erkrankung des Kindes, Mutter-Kind-Kuren, Haushaltshilfe.

³⁶ Siehe Erläuterungen auf Seite 19.

³⁷ Mehrbedarfzuschläge bei Schwangerschaft im ALG II, Familien- und kindbezogene Einmalleistungen nach SGB II, Familienkomponenten bei der Sozialhilfe (SGB XII), familienbedingte Ausnahme vom Unterhaltsrückgriff.

³⁸ 30 Millionen Euro

³⁹ 7 Millionen Euro

In Tabelle 6b sind die zusätzlichen staatlichen Ausgaben dargestellt. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die von vornherein durch den Staat getragen werden und keinen kompensatorischen Charakter haben. Diese zusätzlichen Maßnahmen belaufen sich auf 78,8 Milliarden Euro – mit der Unterhaltung von Schulen als größter Ausgabenkomplex (49,6 Milliarden Euro). Die Familien erhalten folglich für ihre minderjährigen Kinder zusätzlich ein kostenloses Bildungsangebot, eine Mitversicherung in der Krankenkasse, Unterstützung durch die Jugendhilfe und andere Leistungen, ohne dass sie dafür einen zusätzlichen finanziellen Aufwand haben.

Aus den kompensatorischen (Tabelle 6a) und zusätzlichen staatlichen Ausgaben (Tabelle 6b) ergibt sich eine gesamte staatliche Ausgabensumme von 126,6 Milliarden Euro bei den direkten Kosten.

Tabelle 7: Direkte Gesamtkosten

Finanzierung	in Mrd. €
Familienanteil	90,2
+ Gesamter Staatsanteil	126,6
- Staatliche Kompensation des Familienanteils	47,8
Direkte Gesamtkosten (Familienanteil u. zusätzlicher Staatsanteil)	169,0

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Münnich (2006), Statistisches Bundesamt (2005a), BMFSFJ (2008)

Die direkten Kosten der Familien, die sich auf 90,2 Milliarden Euro belaufen, werden also gut zur Hälfte von staatlicher Seite kompensiert. Zusätzlich dazu werden Staatsausgaben, die einen direkten Nutzen für Kinder stiften, in Höhe von 78,8 Milliarden Euro, besonders im Bereich der Bildung (Schulen) und Sozialversicherung, getätigt.

Bezogen auf die gesamten direkten Kosten für Kinder im Alter von unter 18 Jahren von Staat und Eltern in Höhe von fast 169 Milliarden Euro tragen somit die Eltern einen Anteil von 25 Prozent beziehungsweise rund 42 Milliarden Euro.

Wie schon angesprochen, sehen sich Familien zudem indirekten Kosten, das heißt Opportunitätskosten gegenüber. Durch ein geringeres Angebot am Arbeitsmarkt entgeht den Familien Einkommen und Zahlungen in die Sozialversicherungen, die zu höheren künftigen Ansprüchen führen. Auf staatlicher Seite ist zu deren Minderung für Familien beispielsweise die beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten vorgesehen. Ein weiterer Ausgaben- beziehungsweise Einnahmensenkungskomplex im Rahmen der Kompensation ist gegenüber getrennter Veranlagung auch das Ehegattensplitting für Familien mit minderjährigen Kindern.

Auf der anderen Seite wird vom Staat Infrastruktur in Form von Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich um staatliche Ausgaben, die ansonsten von Familien getragen werden

müssten. Diese Ausgaben dienen dazu, dass die Familien ihren Erwerbwunsch besser realisieren können und wirken damit der Entstehung von Opportunitätskosten entgegen.

Mit diesem Kosten- und Ausgabenkomplex beschäftigen sich die Tabellen 8, 9a und 9b.

Tabelle 8: Indirekte Kosten der Familien für minderjährige Kinder

Indirekte Kosten in den Bereichen... ⁴⁰	in Mrd. €
... Haushaltsführung	72,2
... Körperpflege und Beaufsichtigung	28,7
... Spiel und Sport	17,5
... Fahrdienste und Wegezeiten	11,2
... Kind bei Terminen begleiten	4,8
... Hausaufgabenbetreuung/Anleitungen	4,7
... Gespräche mit den Kindern	3,3
... Sonstiges	2,6
... Vorlesen/Erzählen	2,2
Summe der indirekten Kosten für Familien	147,2

Quelle: eigene Berechnung auf Basis von Kahle (2004), Statistisches Bundesamt (2007a), SOEP (2006)

In Tabelle 8 sind die Opportunitätskosten von Eltern für die Kinderbetreuungszeiten in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen dargestellt worden⁴¹. Sie belaufen sich insgesamt auf etwa 147,2 Milliarden Euro, wobei der größte Teil mit 49 Prozent im Bereich der kindbedingten Haushaltstätigkeiten anfällt.

⁴⁰ Es ist darauf hinzuweisen, dass sich andere Ergebnisse als bei Kahle (2004, 188) ergeben, da aufgrund der Präferenzen von Paaren nicht die gesamte für Kinder verwendete Zeit alternativ zur Erwerbstätigkeit verwendet würde.

⁴¹ Die Kinderbetreuungszeiten von Männern und Frauen in Paarhaushalten und von alleinerziehenden Müttern sind mit dem jeweiligen geschlechtsspezifischen Brutto-Durchschnittsstundenlohn belegt und auf ein Jahr hochgerechnet worden. Da es nur Daten zur Zeitverwendung von alleinerziehenden Müttern gibt und im Mikrozensus die Gesamtheit aller Alleinerziehenden dargestellt ist, sind hier alle Alleinerziehenden mit der durchschnittlichen Zeitverwendung alleinerziehender Mütter und mit dem Stundenlohn von Frauen belegt worden.

Tabelle 9a: Staatliche Ausgaben zur Kompensation entstandener Opportunitätskosten

Maßnahmen	in Mrd. €
Ehegattensplitting	9,5
Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die GRV ⁴²	9,2
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehegatten GKV u. GPV	4,8
Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz	2,8
Befreiung von Krankenversicherungsbeiträgen während des Bezugs von Erziehungsgeld und Mutterschaftsgeld, Elternzeit	1,4
Familienkomponenten Beihilfe (ehebezogen)	1,2
Mutterschaftsgeld	0,5
Kinderzulage im Rahmen der Altersvorsorgezulage	0,2
Beiträge des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit während der Erziehungszeit	0,2
Beitragsfreiheit (GPV) während des Bezugs von Mutterschafts- und Erziehungsgeld	0,2
Einmalige Zahlungen nach dem MuSchG an Frauen, die nicht Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse sind ⁴³	0,0
Summe	30,0

Quelle: eigene Kategorisierung auf Basis von BMFSFJ (2008); Leistungen für Familien mit minderjährigen Kindern

Kompensatorisch in Bezug auf die entgangenen Einkommen und Sozialversicherungsbeiträge fungieren die in Tabelle 9a dargestellten Maßnahmen in Höhe von 30 Milliarden Euro. In diesem staatlichen Ausgabenbereich sind lediglich Maßnahmen zu verzeichnen, die die Auswirkungen von Opportunitätskosten mildern sollen. Das heißt, dass im Vorfeld bereits bei den Familien Einkommensausfälle aufgrund von Kinderbetreuungszeiten aufgetreten sind. So hat häufig ein Elternteil aufgrund der Kinderbetreuung kein eigenes Einkommen erzielen können. Die fehlenden Beiträge in die gesetzlichen Sozialversicherungen würden zu einem geringeren Leistungsanspruch des Elternteils führen. Dies kompensiert der Staat, in dem Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung berücksichtigt werden, der Partner in der Kranken- und Pflegeversicherung beitragsfrei mitversichert ist. Ferner führt die gemeinsame Veranlagung des Haushalts dazu, dass die Familien durch das Ehegattensplitting entlastet werden.

⁴² Siehe Erläuterungen auf Seite 19.

⁴³ 4 Millionen Euro

Tabelle 9b: Staatliche Ausgaben zur Vermeidung der Entstehung von Opportunitätskosten

Maßnahmen	in Mrd. €
Kinderbetreuung (Realtransfers: Tagesbetreuung)	10,4
Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten	0,6
Höchstbetrag für eine Haushaltshilfe	0,2
Steuerfreiheit von Leistungen des Arbeitgebers zur Unterbringung und Betreuung von nicht schulpflichtigen Kindern ⁴⁴	0,0
Summe	11,2

Quelle: eigene Kategorisierung auf Basis von BMFSFJ (2008); für Familien mit minderjährigen Kindern

Die in Tabelle 9b behandelten zusätzlichen staatlichen Ausgaben in Höhe von 11,2 Milliarden Euro umfassen Maßnahmen, die die Entstehung von Opportunitätskosten für die Familien mindern. Hier ist vor allem die Kinderbetreuung zu nennen.

Aus den kompensatorischen und den staatlichen Ausgaben zur Minderung von Opportunitätskosten (Tabellen 9a und 9b) ergibt sich eine gesamte staatliche Ausgaben­summe von 41,1 Milliarden Euro bei den indirekten Kosten.

Tabelle 10: Indirekte Gesamtkosten

Finanzierung	in Mrd. €
Familienanteil	147,2
+ Entgangene Steuern	13,3
+ Gesamte staatliche Förderung im Bereich indirekter Kosten	41,1
- Staatliche Kompensation des Familienanteils	30,0
Indirekte Gesamtkosten (Familienanteil u. zusätzlicher Staatsanteil)	171,6

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Kahle (2004), Statistisches Bundesamt (2007a), SOEP (2006), BMFSFJ (2008)

Die indirekten Kosten der Familien belaufen sich auf etwa 147,2 Milliarden Euro, denen 30 Milliarden Euro zur Kompensation auf staatlicher Seite gegenüberstehen. Darüber hinaus erhöhen sich die Gesamtkosten für Kinder (auf familiärer und staatlicher Seite) von 147,2 auf 171,6 Milliarden Euro, da

⁴⁴ 10 Millionen Euro

der Staat zusätzliche Ausgaben im Bereich Kindertagesstätten tätigt und aufgrund der verringerten Erwerbstätigkeit weniger Steuern einnimmt. Somit beträgt abzüglich der staatlichen kompensatorischen Maßnahmen der Kostenanteil der Familien an den gesamten indirekten Kosten etwa 68 Prozent.

Tabelle 11: Gesamtkosten für Familien (Familienanteil und zusätzliche Staatsausgaben)

Gesamtkosten	in Mrd. €
Direkte Gesamtkosten	169,0
Indirekte Gesamtkosten	171,6
Summe	340,6

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Münnich (2006), Kahle (2004), SOEP (2006), Statistisches Bundesamt (2005a), Statistisches Bundesamt (2007a), BMFSFJ (2008)

Wie in Tabelle 11 ersichtlich, belaufen sich die kindbedingten Gesamtkosten für Familien, als Summe von direkten und indirekten Kosten auf Staats- und familiärer Seite auf fast 341 Milliarden Euro. Die indirekten Gesamtkosten sind dabei leicht höher als die direkten.

4 Bewertung der staatlichen Förderkulisse

4.1 Unwucht in der derzeitigen Förderkulisse

Neben der Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Kosten lässt sich als weiteres Kriterium bei der Analyse der staatlichen Fördermaßnahmen bezüglich der indirekten Gesamtkosten nach Entstehung und Auswirkung differenzieren. Wird bei den Auswirkungen von Opportunitätskosten angesetzt, bedeutet das, dass bereits entstandene Opportunitätskosten aus Sicht der Familien lediglich abgeschwächt werden. Andererseits gibt es Maßnahmen, die bereits die Entstehung von Opportunitätskosten verringern. Während beispielsweise Kindertagesstätten oder der Kinderzuschlag⁴⁵ die Entstehung von Opportunitätskosten mindern, werden durch die Befreiung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen während des Bezugs von Erziehungs-, Mutterschaftsgeld und Elternzeit die Auswirkungen der Opportunitätskosten reduziert.

Legt man diese Einteilung zugrunde, ergibt sich folgende Kategorisierung in Bezug auf den staatlichen Maßnahmenkatalog:

⁴⁵ Der Kinderzuschlag wird an Familien gezahlt, wenn Eltern ihren eigenen Lebensunterhalt erwirtschaften können, nicht aber den ihrer Kinder. Mit Hilfe des Kinderzuschlags wird die Existenzgrundlage des Kindes sichergestellt.

Tabelle 12: Kategorisierung der staatlichen kindbedingten familienpolitischen Maßnahmen für Kinder im Alter unter 18 Jahren (in Milliarden Euro)

1. Direkte Förderung		2.a. Indirekte Förderung Entstehung Opportunitätskosten		2.b. Indirekte Förderung Auswirkung Opportunitätskosten	
Schulen	49,6	Kinderbetreuung	10,4	Ehegattensplitting	9,5
Kindergeld u.a.	34,5	Steuerliche Absetzbarkeit Kinderbetreuungskosten	0,6	Beiträge Bund für Kindererz.-Zeiten an GRV	9,2
Mitvers. GKV (Kinder)	12,3	Höchstbetrag HH-Hilfe	0,2	Mitvers. GKV/GPV (Ehegatten)	4,8
Jugendhilfe	7,6	Steuerfreiheit Kinderbetreuungsleist. AG ⁴⁶	0,0	Erziehungsgeld	2,8
Sonst. Leistungen SGB	4,0			Befreiung v. Beiträgen GKV während Elternzeit etc.	1,4
Sonst. Leistungen GKV	3,3			Sonstiges	2,3
Kinderkomp. Eigenheimförderung	3,0				
Zahlungen an Beamte	1,9				
Familienkomp. Beihilfe (Kinder)	1,6				
Sonstiges	8,7				
Summe	126,6	Summe	11,2	Summe⁴⁷	30,0

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Basis von BMFSFJ (2008); für Familien mit minderjährigen Kindern; Rundungsfehler

Während die direkte Förderung mit etwa 75 Prozent den bei weitem größten Anteil an der Gesamtförderung in Höhe von 167,8 Milliarden Euro ausmacht, beträgt die Förderung zur Vermeidung der

⁴⁶ 10 Millionen Euro

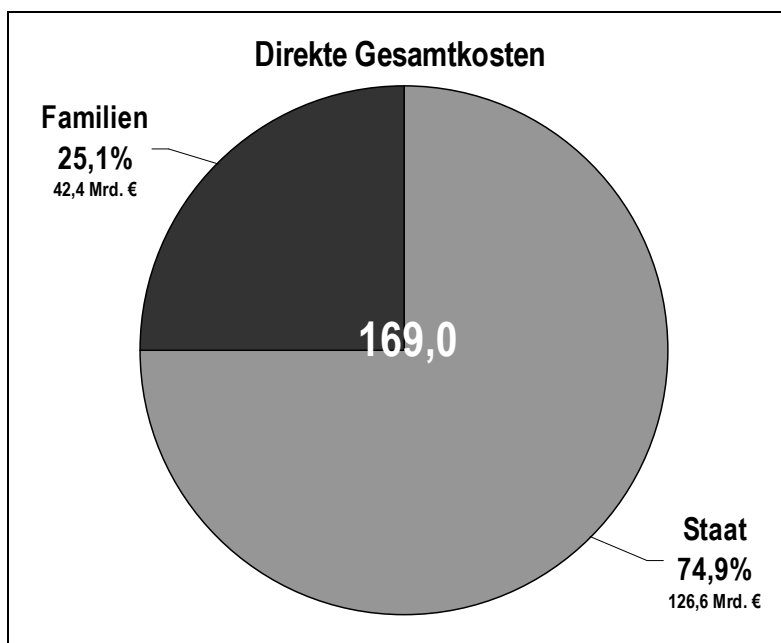
⁴⁷ An dieser Stelle muss beachtet werden, dass Witwenrenten keinen Eingang in diese Untersuchung gefunden haben, da sie nicht eindeutig der Familienförderung zuordenbar sind, das heißt, sie werden auch an Witwen/Witwer ohne Kinder gezahlt. Allerdings ist davon auszugehen, dass ein nicht unerheblicher Anteil der Maßnahmen (insgesamt 40,5 Mrd. €) Witwen/Witwern mit Kindern zugute kommt, die teilweise nicht berufstätig waren, womit sich die Summe der Maßnahmen, die die Auswirkungen von Opportunitätskosten betreffen, erhöhen würde.

Entstehung von Opportunitätskosten lediglich 11,2 Milliarden Euro (6,7 Prozent). Ein Anteil von fast 18 Prozent kommt den Auswirkungen von Opportunitätskosten zu.

An Abbildung 1 und 2 wird deutlich, dass die staatliche Förderkulisse stärker auf die direkten Kosten einwirkt, indem der Staatsanteil an den direkten Gesamtkosten für Kinder fast 2,4-mal so groß ist wie an den indirekten Gesamtkosten.

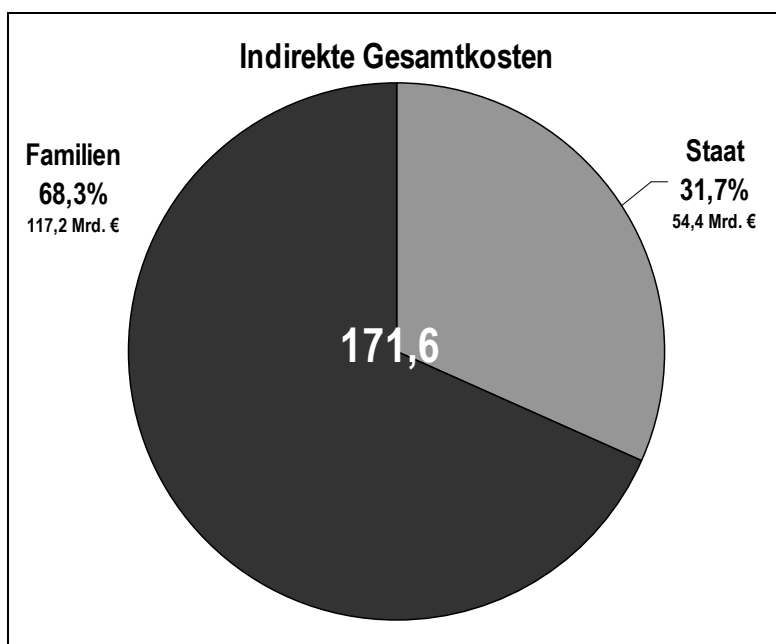
Aus den Tabellen 7 und 10 geht hervor, dass die indirekten Kosten von Familien vor staatlicher Förderung 1,6-mal so hoch wie die direkten Kosten sind. Nach staatlicher Förderung, die einen stärkeren Ausgleich der direkten Kosten vornimmt, hat sich das Verhältnis zwischen von Familien zu tragenden indirekten und direkten Kosten dahingehend verändert, als dass die indirekten Kosten nun fast 2,8-mal so hoch wie die direkten Kosten sind.

Abbildung 1: Förderkulisse bezüglich direkter Kosten



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von BMFSFJ (2008), Münnich (2006) und Statistisches Bundesamt (2005a)

Abbildung 2: Förderkulisse bezüglich indirekter Kosten

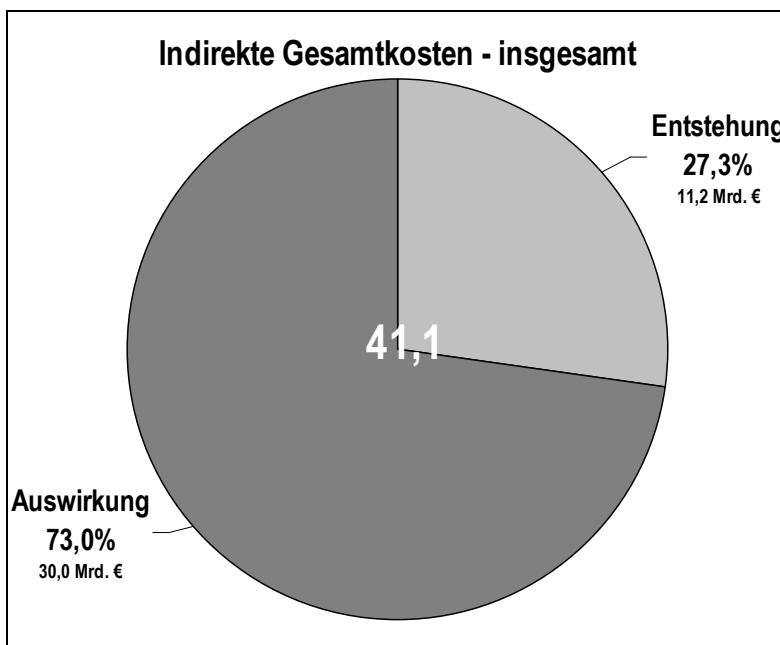


Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von BMFSFJ (2008), Kahle (2004), SOEP (2006), Statistisches Bundesamt (2007a); beim Staat entstehen 13,3 Milliarden Euro davon aufgrund entgangener Steuern

Ein höherer Anteil bei der Förderung der direkten Kosten kann aus sozialpolitischen Gründen gerechtfertigt erscheinen. Lebenshaltungskosten für Kinder könnten ohne Unterstützung ansonsten von einkommensschwachen Haushalten nicht in ausreichendem Maße finanziert werden, was sich negativ auf die Entwicklung der Kinder auswirken könnte. Wie weiter unten diskutiert, scheint diese Argumentation mit Bezug zur Kinderarmut jedoch nicht zu überzeugen.

Betrachtet man wie in Abbildung 3 nur die indirekte staatliche Förderung nach Entstehung und Auswirkung von Opportunitätskosten, wird deutlich, dass 27 Prozent der Maßnahmen an der Entstehung und 73 Prozent der Maßnahmen an den Auswirkungen ansetzen. Würde die Entstehung von Opportunitätskosten mit Hilfe entsprechender Maßnahmen stärker gemindert, so würden Maßnahmen bezüglich der Auswirkungen automatisch geringer ausfallen. Dies kann anhand eines Ausbaus der Kindertagesstätten verdeutlicht werden: Die bessere Infrastruktur im frühkindlichen Bereich steigert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit daraus resultierenden verbesserten Erwerbschancen. In Paarhaushalten bringt eine Erwerbstätigkeit beider Partner eine Reduktion der ehebezogenen Leistungen wie beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung oder das Ehegattensplitting mit sich. Staatlichen Kosten in Höhe von etwa 8.000 Euro für einen U3-Platz stehen Entlastungen in vielen Bereichen beim Familienbudget gegenüber. Allein die Entlastungen beim Ehegattensplitting sowie bei der Kranken- und Pflegeversicherung dürften einen Großteil der Kosten decken.

Abbildung 3: Staatliche Förderung nach Entstehung und Auswirkungen von Opportunitätskosten

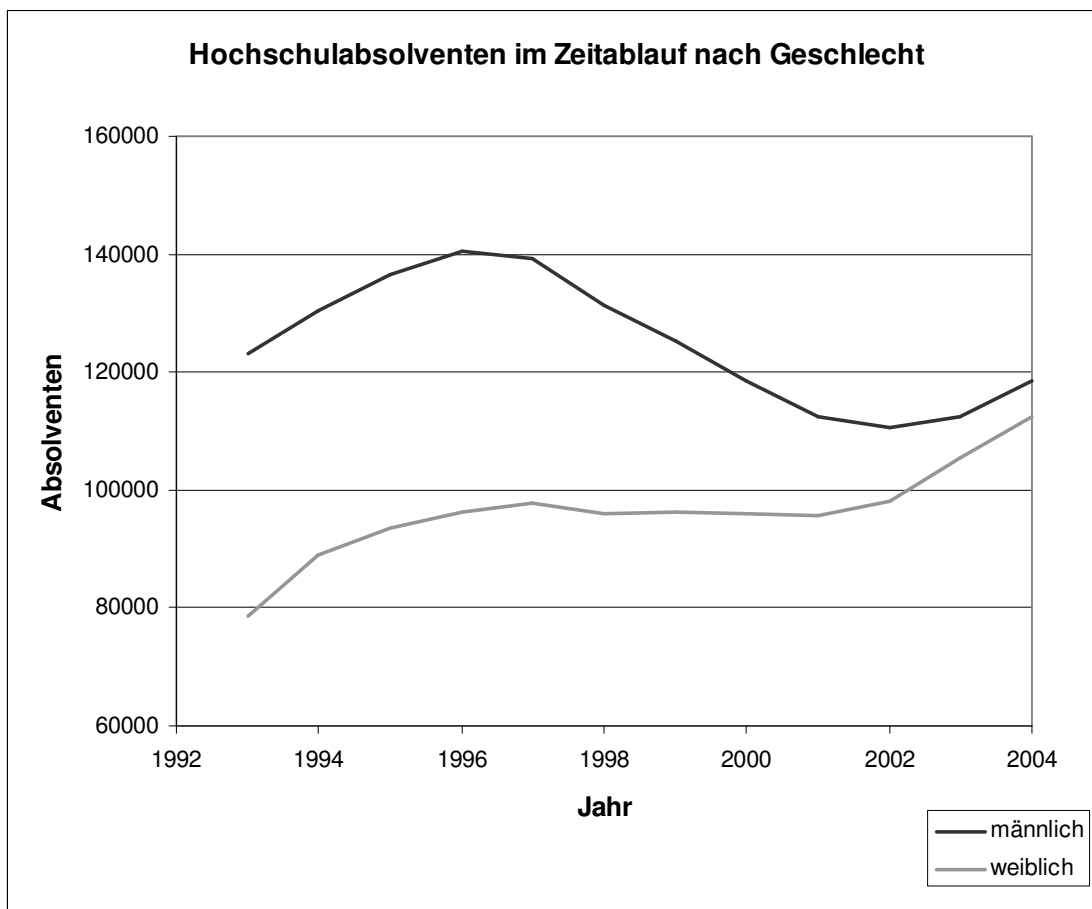


Quelle: eigene Berechnung auf Basis von BMFSFJ (2006); Rundungsdifferenzen; für Familien mit minderjährigen Kindern; ohne 13,3 Milliarden Euro aufgrund entgangener Steuern

4.2 Zukünftige Entwicklungen und Handlungsbedarf

Anhand der vorhergehenden Analyse ist deutlich geworden, dass die Opportunitätskosten, denen sich Eltern gegenübersehen, bei weitem die direkten Kosten für ihre Kinder übersteigen. Dabei ist anzunehmen, dass diese Kosten im Zeitablauf immer weiter ansteigen werden, da Frauen im Durchschnitt ein immer höheres Qualifikationsniveau erreichen, das mit höheren Gehältern verbunden ist. Diese Tatsache lässt sich anhand der steigenden Anzahl von Hochschulabsolventen in Abbildung 4 verdeutlichen.

Abbildung 4: Entwicklung der Anzahl der Hochschulabsolventen nach Geschlecht zwischen 1993 und 2004



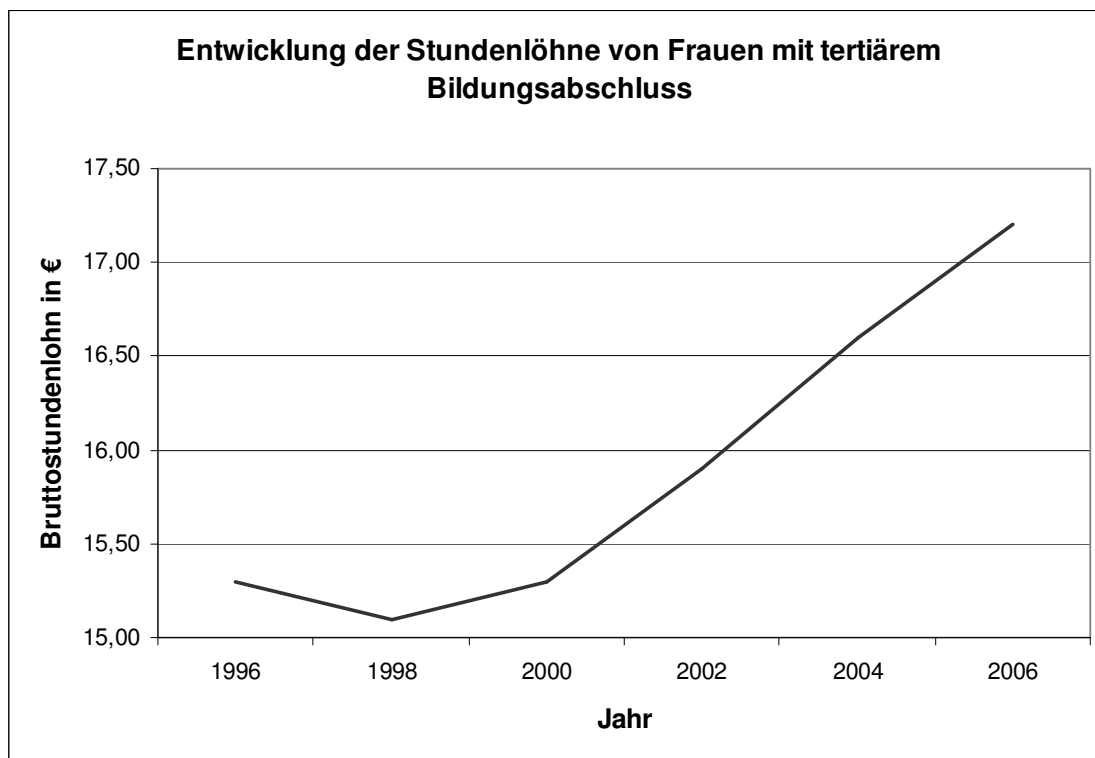
Quelle: Statistisches Bundesamt (2006)

Während 1993 nur 78.558 Frauen ein Studium beendet haben, waren es im Jahr 2004 112.553. Bei den Männern ist ein Rückgang der Hochschulabsolventen von 123.165 in 1993 um 3,9 Prozent auf 118.387 in 2004 zu verzeichnen. Der Anteil weiblicher Hochschulabsolventen an allen Absolventen ist von 38,9 Prozent in 1993 auf 48,7 Prozent in 2004 gestiegen.

Die steigenden Qualifikationen von Frauen lassen sich auch an der Tatsache verdeutlichen, dass im Jahr 2006 die Anzahl der weiblichen Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife die Anzahl der männlichen Absolventen um etwa 28 Prozent übertroffen hat. Während 107.136 Männer die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, waren es 136.874 Frauen (Statistisches Bundesamt, 2007b).

Ebenso ist ein höherer Stundenlohn für hoch qualifizierte Frauen zu beobachten. Die Entwicklung des Stundenlohns hoch qualifizierter Frauen lässt sich anhand Abbildung 5 nachvollziehen. So ist der Bruttostundenlohn von Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss in den letzten zehn Jahren um 1,90 Euro auf 17,20 Euro angestiegen.

Abbildung 5: Entwicklung der Bruttostundenlöhne von Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP (verschiedene Jahrgänge)

Wie aus den obigen Abbildungen hervorgeht, sind sowohl die Qualifikationen junger Frauen als auch der Lohn hoch qualifizierter Frauen gestiegen, woraus ein Anstieg ihrer Opportunitätskosten folgt. Diese steigenden Opportunitätskosten gehen in ihr Kalkül ein, sich für oder gegen Kinder zu entscheiden. Ein Resultat davon ist, dass Akademikerinnen die Entscheidung für Kinder immer schwerer fällt. So attestiert Roloff (2003, 12), dass in Westdeutschland der Anteil kinderloser Akademikerinnen immer weiter zunimmt. Außerdem haben Untersuchungen gezeigt, dass Frauen, die eine Erziehungspause einlegen, im weiteren Zeitablauf nicht mehr das gleiche Lohnniveau wie Frauen erreichen, die keine Auszeit genommen haben, obwohl sie vor der Pause ein identisches Qualifikations- und Lohnniveau vorzuweisen hatten (siehe zum Beispiel Beblo et al., 2006; Anger/Plünnecke, 2008).

Als politische Handlungsempfehlung lässt sich aus diesen Befunden eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Minimierung der Opportunitätskosten ableiten, da auch gerade im Zuge des Fachkräftemangels hoch qualifizierte Frauen bessere Erwerbsaussichten haben. Doch nicht nur aus Sicht der Wirtschaft, sondern auch aus Perspektive der Frauen ist eine Förderung der Frauenerwerbstätigkeit zu befürworten: So übersteigen bei Frauen die gewünschten die tatsächlichen Arbeitszeiten, was daran deutlich wird, dass von etwa 50 Prozent der Paare mit Kindern eine Voll- oder Teilzeit-Erwerbstätigkeit der Mütter gewünscht wird, die tatsächlich aber nur von einem Drittel realisiert wird (Eichhorst et al., 2007, 39). Westdeutsche Mütter mit Kindern unter drei Jahren geben zu 77 Prozent an, dass nur ein Elternteil erwerbstätig ist, gewünscht wird dieses Modell jedoch lediglich von 14 Prozent der befragten Mütter (Beckmann, 2002).

Die hohen Opportunitätskosten, denen sich hoch qualifizierte Frauen gegenübersehen, müssten stärker als derzeit in das Kalkül des Staates einfließen. Es wurde deutlich, dass die Förderung der indirekten Kosten relativ gering ist, dass diese vor allem zur Kompensation bereits entstandener Opportunitätskosten eingesetzt wird. Das Ungleichgewicht der staatlichen Leistungen verzerrt die Nutzenentscheidungen von Familien. Doch jüngere Politikmaßnahmen wie das Elterngeld oder der Ausbau der Kinderbetreuung für die Unter-Dreijährigen zeigen, dass den Opportunitätskosten von Familien zunehmend Rechnung getragen wird. Das Elterngeld hat dabei einen doppelten Charakter. Zum einen kompensiert es die entstanden Opportunitätskosten im ersten Jahr der Kinderbetreuung, zum anderen erhöht es den Anreiz, nach einem Jahr wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und wirkt damit der Entstehung von Opportunitätskosten in späteren Lebensphasen des Kindes entgegen.

Die politische Handlungsempfehlung, die aus dieser Analyse der familiären Kostenstrukturen und der staatlichen familienpolitischen Maßnahmen folgt, lautet, dass eine möglichst aufkommensneutrale Umjustierung der Förderkulisse hin zu einer stärkeren indirekten Förderung mit Fokus auf die Entstehung von Opportunitätskosten vorgenommen werden sollte. Zurzeit gibt es eine Verzerrung in der Förderkulisse. Um Wahlfreiheit zu gewährleisten, sollte diese Neuausrichtung, die zum Teil schon durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kleinkinder vonstatten geht, vorangetrieben werden. Durch eine Umschichtung könnte die zurzeit bestehende Unwucht der Förderkulisse gemindert werden, ohne dass daraus ein Zwang zu Erwerbstätigkeit abgeleitet werden kann.

Wichtig ist an dieser Stelle zu verdeutlichen, dass es sich um keine aktive Umschichtung der familienpolitischen Förderkulisse handelt, sondern dass aufgrund eines Ausbaus der frühkindlichen Bildung ein Automatismus durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Gang gesetzt wird. So können die zurzeit ungewollt nicht erwerbstätigen oder Teilzeit erwerbstätigen Elternteile ihre gewünschten Erwerbszeiten realisieren. Das führt wiederum dazu, dass die Inanspruchnahme ehebezogener familienpolitischer Maßnahmen wie das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten in Gesetzlicher Kranken- und Pflegeversicherung sich automatisch reduzieren.

Außerdem ist zu erwarten, dass sich mit Hilfe einer Politik, die eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beinhaltet, eine Erhöhung der Geburtenrate, ein Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik, erzielen lässt, da sich oftmals wegen der mangelnden Vereinbarkeit Paare mit Kinderwunsch gegen Kinder entscheiden. So zeigt die Studie der OECD (2007), dass beispielsweise in den skandinavischen Ländern im OECD-Durchschnitt die Betreuungsinfrastruktur besonders gut ausgebaut ist und viele Frauen erwerbstätig sind, was mit einer vergleichsweise hohen Geburtenrate einhergeht (siehe dazu auch Funcke, 2006).

Doch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich nicht nur durch eine bessere Betreuungsinfrastruktur sicherstellen. Ebenso sollte eine familienfreundlichere Arbeitswelt geschaffen werden, indem Eltern beispielsweise flexiblere Arbeitszeitmodelle zur Verfügung stehen, um Zeitstress in Familien zu reduzieren. Die Entwicklungen in den letzten Jahren zeigen erhebliche Fortschritte der Wirtschaft (BMFSFJ, 2006).

Eine Umschichtung von den direkten zu den indirekten Maßnahmen und dort zu Maßnahmen zur Vermeidung von Opportunitätskosten kann auch helfen, die bestehende Kinderarmut zum Teil einzudämmen, da eine höhere Erwerbstätigkeit ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung von Armut ist.

So bietet eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit von Eltern generell die finanzielle Grundlage und soziale Sicherung für die Versorgung von Kindern.

Im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird attestiert, dass „das Armutsrisiko von Familienhaushalten ... in starkem Maße davon abhängig [ist], ob und wie viele Einkommensbezieher im Haushalt leben. ... Mit der Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung durch ein oder mehrere erwerbsfähige Haushaltsmitglieder sinkt die Armutsgefährdung auf 8% bzw. 5%. Eine gezielte Förderung und Vermittlung in Arbeit und Ausbildung sowie die Bereitstellung unterstützender Hilfen wie Beratung und Kinderbetreuung sind daher von erheblicher Bedeutung“ (BMAS, 2008, 95). Auch aus dem Nationalen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland 2005-2010 geht hervor, dass aufgrund der geringen Wirksamkeit einer ausschließlichen Konzentration der Förderung auf Kinder-, Erziehungsgeld etc. ein „Paradigmenwechsel“ hin unter anderem zu einem Infrastrukturausbau und umfangreicheren Maßnahmen zur Erwerbsintegration von Frauen vorgenommen werden solle.

Als empirische Fundierung dessen kann beispielsweise eine OECD-Studie (OECD, 2007, 36) bezüglich Kinderarmut im OECD-Vergleich und damit verbundene staatliche Maßnahmen gesehen werden, aus der sich als Fazit für Deutschland mit Priorität das Vorantreiben von Reformen zur Senkung von Arbeitslosigkeit von Familien ergibt – verbunden mit Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile.

In ökonomischen Studien, die sich mit dem Thema „Kinderarmut“ beschäftigen, kommt zum Ausdruck, dass die Erwerbstätigkeit beider Elternteile oder des alleinstehenden Elternteils ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung der Kinderarmut ist.⁴⁸ Bezüglich Frauenerwerbstätigkeit kommt Becker (2002) im Rahmen einer empirischen Untersuchung zum Schluss, dass in Paarhaushalten mit Kindern bereits eine Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen das Armutsrisiko erheblich senkt.

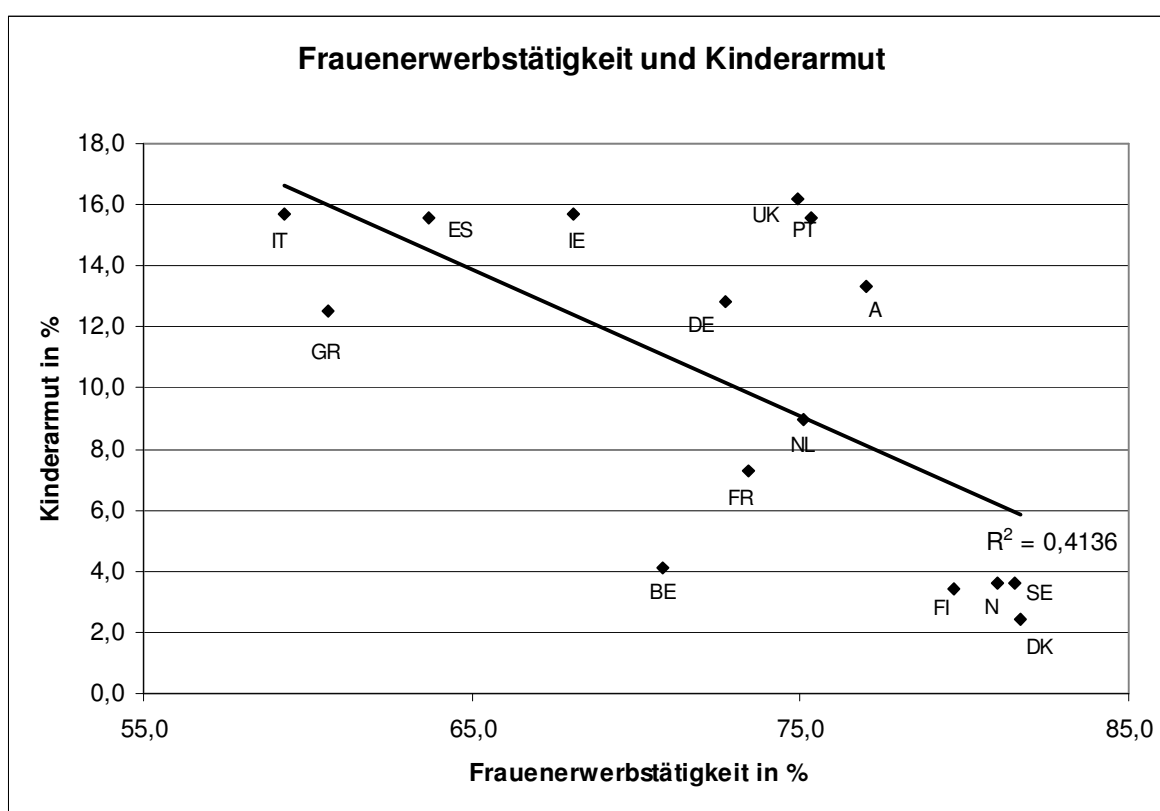
Auf Basis von Daten des SOEP hat Tamm (2007, 44) in einer Untersuchung zur dynamischen Entwicklung in und aus Armut festgestellt, dass mit Beginn einer Erwerbstätigkeit in einem – zuvor armen – Haushalt mit beiden leiblichen Eltern die Wahrscheinlichkeit bei 86 Prozent liegt, die Armutssituation verlassen zu können. Diese Wahrscheinlichkeit liegt derweil in Haushalten mit einem alleinerziehenden Elternteil, das nun eine Arbeitsstelle findet, bei 71,2 Prozent. Allerdings wird sich diese um etwa 15 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit darauf zurückführen lassen, dass Alleinerziehende per se einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. So steigt beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, der Armut zu entkommen, auf 55,6 Prozent, wenn in dem Haushalt mit einem alleinerziehenden Elternteil ein Erwachsener hinzukommt. Ebenso kommen Jenkins et al. (2002) in einer Untersuchung zur Einkommensarmut von Kindern in einem deutsch-britischen Vergleich zum Schluss, dass „die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ... in beiden Ländern das beste Mittel [ist], um der Armut zu entkommen“, woraus sich als Handlungsempfehlung für die deutsche Politik eine Fokussierung auf eine Förderung der Erwerbstätigkeit und eine Verbesserung der Kinderbetreuung ergibt.

Der wichtige Beitrag der Frauenerwerbstätigkeit zur Reduktion von Kinderarmut wird ebenso deutlich, wenn man das Thema Kinderarmut im EU-Kontext betrachtet. Vergleicht man Daten der alten EU-Mitgliedsstaaten mit Blick auf Kinderarmut und Frauenerwerbstätigkeit, ist erkennbar, dass ein

⁴⁸ Kinderarmut wird im Folgenden als relative Armut definiert. Kinder gelten dann als arm, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen unterhalb einer relativen Armutsgrenze liegt. Diese Grenze wird beim Konzept der OECD in Höhe von 50 Prozent des Medians vom jeweiligen gewichteten Nettoäquivalenzeinkommen eines Landes angesetzt.

Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit in dem jeweiligen Land und der Höhe der Kinderarmut besteht. So hat beispielsweise ein Land wie Italien eine vergleichsweise hohe Kinderarmut von 15,7 Prozent und eine – im EU-Vergleich – geringe Frauenerwerbstätigkeit (59,3 Prozent aller 15- bis 64-jährigen Frauen) vorzuweisen. Auf der anderen Seite verfügen die skandinavischen Länder über eine hohe Erwerbstätigenquote von Frauen (zum Beispiel 81,7 Prozent in Dänemark) und einen geringen Anteil armer Kinder und liegt die Kinderarmut in Dänemark bei 2,4 Prozent. Auch wenn man beachten muss, dass eine Vielzahl von Einflussfaktoren die Kinderarmut in einem Land beeinflusst, lässt sich dennoch an Abbildung 6 ablesen, dass die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit in besonderem Maße eine Reduktion der Kinderarmut mit sich bringen kann.

Abbildung 6: Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit 15- bis 64-jähriger Frauen und Kinderarmut im EU-15- Vergleich⁴⁹



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis OECD (2007)⁵⁰

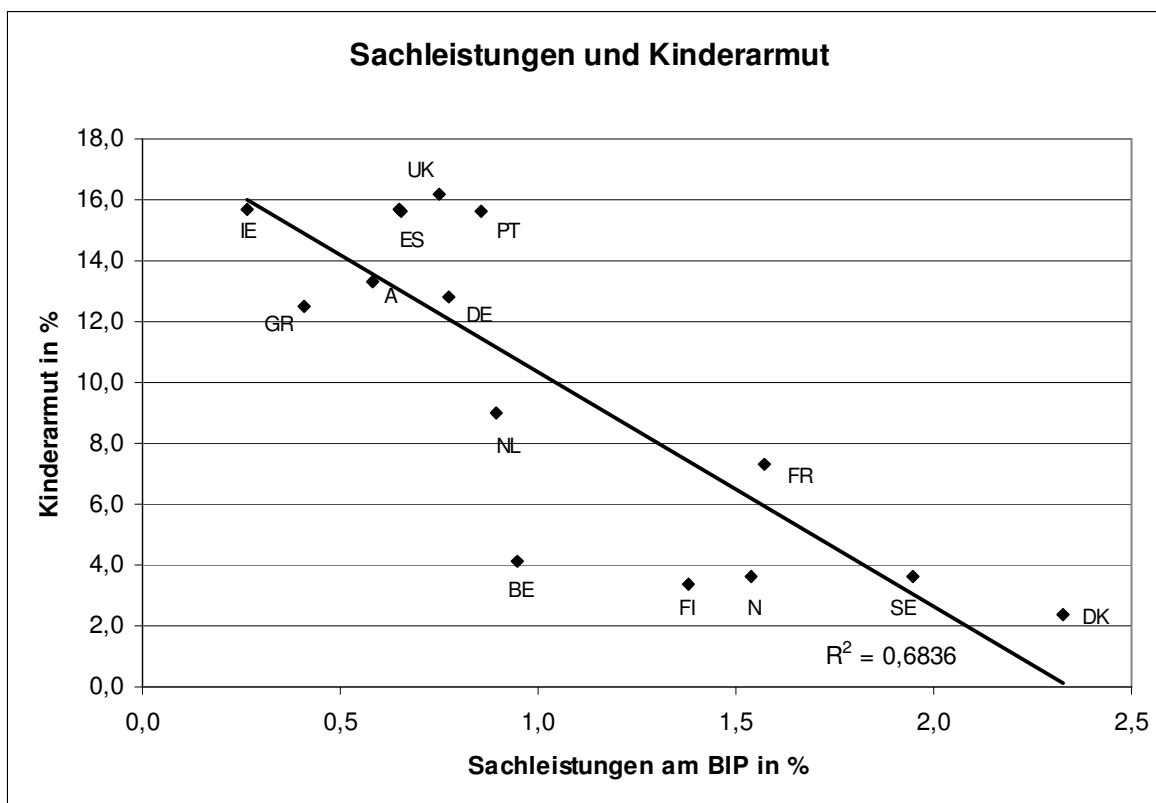
Wie oben bereits dargelegt stehen als staatliche Interventionsinstrumente zur Eindämmung von Kinderarmut monetäre Transfers wie das Kindergeld und Sachleistungen zur Verfügung. Der statistische Zusammenhang zwischen der Höhe der Sachleistungen und Kinderarmut wird in Abbildung 7 erkennbar. So weisen Staaten wie Schweden und Dänemark, die – am BIP gemessen – hohe Ausga-

⁴⁹ Luxemburg findet keine Berücksichtigung, da keine Daten zur Kinderarmut verfügbar sind.

⁵⁰ Es sind folgende Länderkürzel verwendet worden: A – Österreich, BE – Belgien, DK – Dänemark, FI – Finnland, FR – Frankreich, DE – Deutschland, GR – Griechenland, IE – Irland, IT – Italien, NL – Niederlande, N – Norwegen, PT – Portugal, ES – Spanien, SE – Schweden, UK – Vereinigtes Königreich.

ben für Sachleistungen tätigen, eine vergleichsweise geringe Kinderarmut auf, während in Staaten mit geringen Sachleistungen wie Irland die Kinderarmut ein größeres Problem darstellt.

Abbildung 7: Zusammenhang zwischen staatlichen Sachleistungen in der Familienpolitik (in Prozent am Bruttoinlandsprodukt) und Kinderarmut im EU-15-Vergleich⁵¹



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis OECD (2003, 2007)⁵²

Auf Basis der Fachliteratur und der Datenauswertungen wird deutlich, dass eine abgestimmte Strategie aus Geld- und Sachleistungen mit einer Eindämmung der Kinderarmut einhergeht. Basierend auf den oben geschilderten OECD- Empfehlungen für Deutschland erscheint jedoch insbesondere ein Ausbau der Infrastrukturleistungen angebracht, da hierzulande die Geldleistungen – im Gegensatz zu den Sachleistungen – bereits ein sehr hohes Niveau erreicht haben. Durch die Infrastruktur kann bei Familien mit einem oder zwei Kindern die Erwerbstätigkeit der Eltern gefördert werden – der beste Schutz vor Kinderarmut. Bei den Geldleistungen wie dem Kindergeld wäre jedoch eine differenzierte Betrachtung lohnenswert, da insbesondere bei Mehrkindfamilien der Schutz vor Kinderarmut auch über höhere Kindergeldleistungen gewährleistet werden kann (Prognos, 2008).

Die obigen Befunde legen nahe, dass ein Ausbau der Infrastruktur nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen zur Eindämmung der Kinderarmut vorgenommen werden sollte.

⁵¹ Luxemburg findet keine Berücksichtigung, da keine Daten zur Kinderarmut verfügbar sind.

⁵² Es sind folgende Länderkürzel verwendet worden: A – Österreich, BE – Belgien, DK – Dänemark, FI – Finnland, FR – Frankreich, DE – Deutschland, GR – Griechenland, IE – Irland, IT – Italien, NL – Niederlande, N – Norwegen, PT – Portugal, ES – Spanien, SE – Schweden, UK – Vereinigtes Königreich.

Teil II Analyse des Einflusses der Familie auf die Entwicklung von Kindern

Schwerpunkt des zweiten Teils der vorliegenden Studie ist die Untersuchung des Einflusses familiärer Faktoren auf Gesundheit und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Oftmals wird bei solchen Untersuchungen die Bedeutung der Familienstruktur in den Mittelpunkt gestellt. Im Folgenden werden daher zunächst wichtige Ergebnisse von Untersuchungen zur Bedeutung der Familienstruktur (Paarfamilien mit leiblichen Kindern und andere Familienformen) auf die Entwicklung der Kinder dargestellt (Kapitel 5.1). Diese Betrachtung ist jedoch zu eng. Daher werden im Kapitel 5.2 und 5.3 auch andere wichtige Einflussfaktoren auf die Bildung und die Gesundheit von Kindern vorgestellt.

Auf Basis dieser breiteren theoretischen Grundlage wird dann in Kapitel 6 überprüft, von welchen familiären Faktoren der Bildungsstand von Kindern abhängt. Neben der Familienstruktur werden vor allem der Bildungshintergrund der Eltern sowie der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung und der Erwerbsstatus der Mutter näher untersucht. Es soll überprüft werden, welche dieser familiären Variablen den stärksten Erklärungsgehalt für die Bildung der Kinder hat. Als Datengrundlage dient für diese Untersuchung der PISA-Datensatz der OECD.

In Kapitel 7 wird der Einfluss familiärer Faktoren wie die Familienstruktur, der familiäre Zusammenhalt und die Schichtzugehörigkeit auf den Gesundheitszustand der Kinder überprüft. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Familienstruktur wie in Kapitel 5.1 beschrieben für die Funktionsfähigkeit der Familie im Hinblick auf die Entwicklung der Kinder von zentraler Rolle ist, oder ob nicht vielmehr Faktoren wie der familiäre Zusammenhalt wichtiger für das Wohlergehen der Kinder sind. Diese Frage wird mittels der KiGGS-Daten des Robert Koch-Instituts untersucht.

5 Der Einfluss familiärer Faktoren auf Gesundheit und Bildung von Kindern und Jugendlichen

5.1 Einfluss der Familienstruktur auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Viele Untersuchungen zum Einfluss familiärer Faktoren auf die Entwicklung von Kindern stellen die Bedeutung der Familienstruktur in den Mittelpunkt. Hierbei ist es jedoch wichtig, das Problem der Selektivität und der unbeobachtbaren Heterogenität zu berücksichtigen. Eventuell beobachtbare Zusammenhänge zwischen Familienstruktur und Entwicklung der Kinder können auch auf dritte Faktoren zurückzuführen sein, die nicht beobachtet werden können und gleichermaßen Familienstruktur und kindliche Entwicklung beeinflussen (Björklund, Ginther and Sundström, 2007, 183f.). Nach Kontrolle sowohl der sozioökonomischen Variablen als auch der Selektivität bleibt der Einfluss der Familienstruktur in vielen Studien bestehen. In einigen Studien verringert sich der Einfluss der Familienstruktur, aber er bleibt signifikant (McLanahan and Sandefur, 1994; Ginther and Pollack, 2003; Sandefur and Wells, 1999; Ermisch and Francesconi, 2001; Gennetian et al., 2005). Es gibt jedoch auch Studien, die keinen Effekt der Familienstruktur finden, wenn die unbeobachtbare Heterogenität kontrolliert wird (Björklund, Ginther and Sundström, 2007). Björklund et al. (2007) messen den Einfluss der Familienstruktur auf den Erfolg der Kinder anhand der Bildungsjahre und ihres späteren Verdienstes. Der Einfluss der Familienstruktur wird insignifikant, wenn der Effekt unterschiedlicher Familien herausgerechnet wird (family fixed-effects Modell). Dabei untersuchen sie Geschwister, die in derselben Familie aufwachsen, aber zum Zeitpunkt der Trennung der Eltern unterschiedlich alt wa-

ren. Sie testen dabei die Hypothese, dass die Dauer der Jahre, die man bei beiden leiblichen Eltern verbracht hat, relevant für die Entwicklung der Kinder ist. Eine Unterscheidung nach dem Alter der Kinder findet nicht statt.

Die wenigen Studien aus Deutschland können – mit Ausnahme der Wahrscheinlichkeit zu rauchen – keine Effekte der Familienstruktur auf die Entwicklung der Kinder feststellen. Mit Hilfe multivariater Analysen und Geschwisteranalysen ermitteln Francesconi et al. (2006) anhand des SOEP für Kinder der Jahrgänge 1966 bis 1986 die Folgen unterschiedlicher Familienstrukturen. Der Familientyp unterscheidet zwischen Kindern, die immer bei beiden leiblichen Eltern gelebt haben, und solchen, die mindestens ein Jahr in einer anderen Familienform verbracht haben. Als erklärende Variablen gehen Familientyp, Alter zum Zeitpunkt der letzten Beobachtung, Geburtsjahr, Geschlecht, Einzelkind, Geburtenfolge, Geschwisterzahl, Bundesland, Alter der Mutter bei der Geburt, höchster Bildungsabschluss der Eltern, zum Teil das Haushaltseinkommen und die Zahl der Erwerbsjahre der Mutter ein. Als Ergebnis stellen sie fest, dass es keinen Einfluss des Familientyps auf die Wahrscheinlichkeit, das Abitur oder einen höheren Bildungsabschluss zu erlangen, gibt. Allerdings finden sie für deutsche Kinder in Westdeutschland einen negativen Effekt anderer Familienformen für den Besuch des Gymnasiums im 14. Lebensjahr. Weiterhin besteht kein Einfluss auf das Arbeitslosigkeitsrisiko in der Jugend. Lediglich eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche rauchen, konnte als negativer Effekt verzeichnet werden.

Auch Winkelmann (2003) konnte mit der Zufriedenheits-Skala des SOEP nicht belegen, dass das Aufwachsen in einer anderen Familienform einen negativen Effekt auf das subjektive Wohlbefinden der Kinder hat. Als andere Familienform wird in der Studie von Winkelmann das Zusammenleben nur mit der Mutter, nur mit dem Vater oder ohne Elternteil definiert. Mögliche Gründe für den fehlenden Zusammenhang können darin liegen, dass die Trennung der Eltern ein Selektionsbias behält: Ehen, die eventuell in einer Trennung enden, können auch während ihres Bestehens unvorteilhaft für die Kinder sein. Unter Umständen leiden die Kinder unter einer schlechten Ehe stärker als unter einer Trennung.

Jenkins und Schluter (2002) fanden heraus, dass die Wahl der weiterführenden Schule in keinem Zusammenhang zur Trennung der Eltern oder dem Zusammenleben mit einem neuen Partner steht. Auch Bohrhardt (2000) stellt fest, dass die Scheidung der Eltern die Wahrscheinlichkeit eines Schulabschlusses nicht beeinflusst.

Studien, die die psychosozialen Belastungen der Kinder untersuchen, deuten hingegen auf Stressreaktionen und Beeinträchtigung der psychosozialen Gesundheit der Kinder hin. Diese äußern sich in Verunsicherung und Ängsten, psychischen und Verhaltensauffälligkeiten sowie in schulischen Problemen und Beziehungskonflikten (Gloger-Tippelt/König, 1999, zit. in Hagen/Kurth, 2007, 27). Bohrhardt (2006, zit. in Hagen/Kurth, 2007, 26) stellt in seiner Studie fest, dass die Trennung der Eltern häufig mit Auseinandersetzungen und Konflikten einhergeht, die von vielen Kindern über Stimmungsschwankungen der Eltern und damit verbundene Auswirkungen auf den elterlichen Erziehungsstil erlebt werden. Dabei gilt es nach dem Alter der Kinder zu unterscheiden. So finden Reis und Meyer-Probst (1999, zit. in Hagen/Kurth, 2007, 27) in ihrer Untersuchung heraus, dass alleinerziehende Mütter von Kindern im Alter bis zu zehn Jahren häufiger über Erziehungsschwierigkeiten berichten und ihren Erziehungsstil eher als autoritär bezeichnen als Alleinerziehende mit älteren Kindern.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass für Deutschland ein uneinheitliches Bild besteht, ob die Familienstruktur die Entwicklung der Kinder beeinflusst. Ob und inwieweit es jedoch zu Beeinträchtigungen der Kinder kommt, welche Faktoren positiv oder negativ auf die Entwicklung der Kinder wirken, wird im Rahmen dieser Studie analysiert. Bei der Analyse sollen dabei die Familienstruktur sowie wichtige andere familiäre Einflussfaktoren wie der familiäre Bildungshintergrund bei der Entwicklung des Bildungsstandes des Kindes oder der familiäre Zusammenhalt bei der Entwicklung des Gesundheitsstandes betrachtet werden. Im Gegensatz zu Francesconi et al. (2006) können in der vorliegenden Studie mit Hilfe der KiGGS- Daten auch Variablen wie der familiäre Zusammenhalt, persönliche Ressourcen und soziale Unterstützung Berücksichtigung finden.

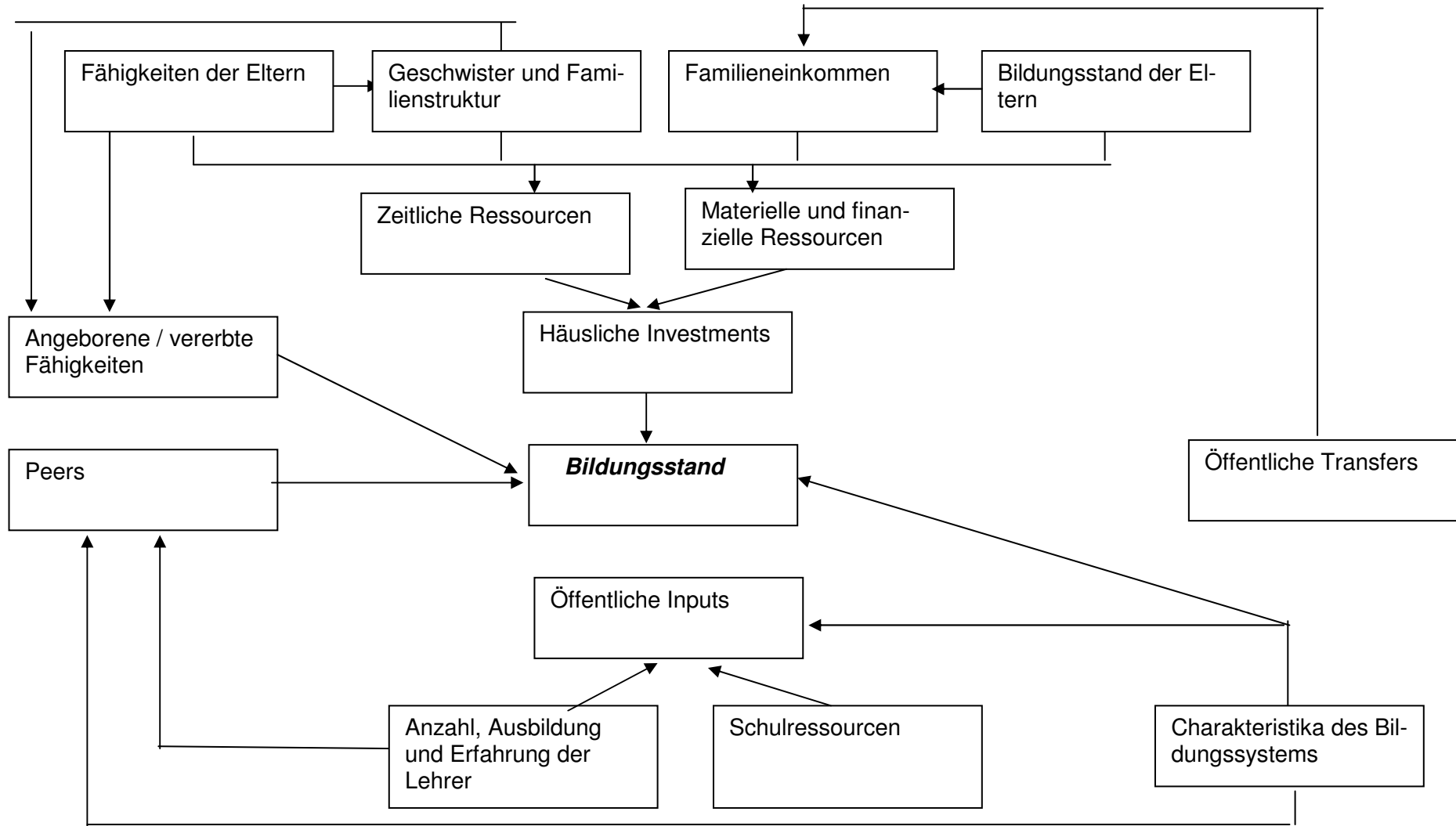
Es ist zu prüfen, inwieweit der familiäre Bildungshintergrund beziehungsweise der familiäre Zusammenhalt einen stärkeren Einfluss haben als die Familienstruktur und ob letztere bei einer gemeinsamen Betrachtung signifikante Effekte hat. In den Kapiteln 5.2 und 5.3 werden der theoretische Hintergrund für die folgenden empirischen Untersuchungen zum Bildungsstand und zur Gesundheit näher erläutert.

5.2 Theorie zum Bildungsstand von Kindern

Den theoretischen Rahmen für die Analyse des Zusammenhangs von Familienstrukturen und des Bildungsstandes des Kindes bildet eine sogenannte „Education production function“. Diese Funktion stellt eine Beziehung zwischen dem Bildungsstand einer Person und verschiedenen Einflussfaktoren auf diese Outputgröße dar. Anhand dieses theoretischen Rahmens ist es möglich, Einflussfaktoren für einen niedrigen oder hohen Bildungsstand eines Individuums abzuleiten, die die Grundlage für die empirischen Analysen bilden können.

In Abbildung 8 ist die „Education production function“ grafisch dargestellt. Es werden die Einflussfaktoren auf den Bildungsstand einer Person mit ihren Wechselwirkungen dargestellt. Im oberen Teil des Schaubildes sind die privaten/familiären Investitionen, die den Bildungsstand einer Person beeinflussen, dargestellt und im unteren Bereich die öffentlichen Investitionen.

Abbildung 8: Education production function



Im Überschneidungsbereich zwischen privaten und öffentlichen Investitionen befinden sich zum einen die staatlichen Transfers an Familien, die deren privates Einkommen erhöhen. Zum anderen stehen die Mitlernenden, sogenannte „Peers“, an der Schnittstelle zwischen privatem und öffentlichem Bereich. Die Klassenzusammensetzung bestimmt sich einmal durch das Schulsystem und die Schule, zum anderen haben die Eltern durch die Schulwahl oder die Wahl des Wohnortes einen Einfluss auf die Zusammensetzung des sozialen Umfelds in der Klasse.

Folgende Determinanten können einen Einfluss auf den Bildungsstand einer Person haben:

Familiärer Hintergrund / Häusliche Inputs

Der Gedanke der Bildungsfunktion geht auf die Theorie der Familie zurück. Bereits 1979 betrachteten Becker/Tomes den Bildungsstand der Kinder als Ergebnis der elterlichen Entscheidungen und somit der Home Investments. Um den eigenen Nutzen zu maximieren, der durch ihre Präferenzen und das verfügbare Einkommen bestimmt wird, entscheiden die Eltern, welche Ressourcen unter anderem für Konsum, Fertilität, Ersparnisse, Wohnen und auch für die „Investitionen“ in Kinder aufgewendet werden. Die Eltern können somit nicht nur die Anzahl der Kinder beeinflussen, sondern zum Teil auch deren Bildungsstand mitbestimmen, indem sie entscheiden, in welchem Umfang materielle, ideelle und finanzielle Ressourcen den Kindern zur Verfügung gestellt werden (Becker/Tomes, 1979, 1986; Haveman/Wolfe, 1995, 1832ff.).

Dahinter steht der Gedanke, dass Home Investments in Form von Büchern, eigenem Schreibtisch, die Schule ergänzende Lehrangebote, bezahlte Nachhilfe etc. den Lernerfolg der Kinder positiv beeinflussen. Neben diesen finanziellen und materiellen Ressourcen (good inputs) spielen auch die zeitlichen Ressourcen (time inputs), die die Eltern für ihre Kinder aufbringen, eine wesentliche Rolle (Becker/Tomes, 1979, 1986; Haveman/Wolfe, 1995, 1832ff.). Die zeitlichen Investitionen der Eltern umfassen beispielsweise die Unterstützung bei Hausaufgaben, das Engagement der Eltern bei schulischen Veranstaltungen oder die Zeit, die für die gemeinsame Lösung von Problemen aufgewendet wird. Die Inputs der Eltern in die Bildung ihrer Kinder stehen dabei in einem relativ engen Zusammenhang zu ihrem eigenen Bildungsstand. Eltern, die Bildung für wichtig erachten, werden auch ihren Kindern die Bedeutung von Bildung nahebringen. Eltern, die eine qualifizierte Ausbildung haben, fällt es leichter, ihre Kinder bei Lernproblemen auch fachlich zu unterstützen, als Eltern mit einfacherem Bildungshintergrund. Dazu zählt auch, dass Eltern mit einem hohen Bildungshintergrund ihre Kinder häufiger in einen Kindergarten schicken (Kreyenfeld, 2004). Ein Grund dafür kann einmal sein, dass sie eine Betreuung für ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit benötigen, andererseits sehen sie auch häufiger den positiven Nutzen für ihr Kind, wenn es frühzeitig mit anderen Kindern in Kontakt kommt und auch schon vor dem Eintritt in die Schule altersgemäß gefördert wird. Die Erwerbstätigkeit der Eltern beeinflusst dabei die zeitlichen Ressourcen, entscheidend für die Entwicklung des Kindes ist aber die „Qualitätszeit“. Es ist somit aus theoretischer Sicht nicht sicher, ob die Erwerbstätigkeit beider Eltern positive oder negative Auswirkungen hat.

Ebenfalls zu den familiären Inputs zählt die Familienstruktur, weil Scheidungen und das Aufwachsen bei nur einem Elternteil unter Umständen negative Auswirkungen auf die Kinder haben könnten.

Angeborene Fähigkeiten

Neben den finanziellen, materiellen und zeitlichen Ressourcen spielen die angeborenen Fähigkeiten der Kinder eine Rolle für ihre Lernleistungen. Es kann empirisch festgestellt werden, dass Kinder von gut ausgebildeten Eltern selber einen höheren Bildungsstand erreichen. Die Frage ist nur, ob dies dadurch erreicht wird, dass die Fähigkeiten und Anlagen der Eltern genetisch weitervererbt werden oder dadurch, dass Eltern mit einem hohen Bildungshintergrund ein besseres Umfeld für ihre Kinder schaffen, um einen hohen Bildungsstand zu erreichen. Die Debatte „nature or nurture“ wird intensiv geführt, wobei nicht bestritten wird, dass beide Faktoren einen Einfluss haben, sondern strittig ist nur, in welcher Höhe er jeweils besteht. So kommen beispielsweise Plug und Vijverberg anhand eines Abgleichs zwischen den Leistungen biologischer und adoptierter Kinder im Vergleich zu den Fähigkeiten der jeweiligen Eltern zu dem Ergebnis, dass 55 bis 60 Prozent der für die Schulleistungen relevanten Fähigkeiten von den Eltern vererbt werden (Plug/Vijverberg, 2003, 624ff.).

Öffentliche Inputs

Auch die öffentlichen Inputs in die Schulen können den Lernerfolg der Schüler beeinflussen. Zu den öffentlichen Inputs gehören zum einen die öffentlichen Bildungsausgaben, die ihren Niederschlag in der Ausstattung der Schulen mit Gebäuden und Lehrmaterialien finden. Zum anderen zählt die Quantität und Qualität der Lehrer zu den möglichen Einflussfaktoren auf den Bildungsstand der Schüler. Hinsichtlich der Qualität der Lehrer ist hier neben dem Ausbildungsgrad die Erfahrung der Lehrer zu nennen. Umfassende bildungsökonomische Theorien, die den Zusammenhang zwischen öffentlichen Inputs in die Schulen und Lernergebnissen messen, gibt es kaum (Lazear, 2001, 778). Die Auswirkungen der öffentlichen Inputs werden in der Regel auf der Basis empirischer Studien beurteilt. Diese werden dabei von verschiedenen Autoren unterschiedlich bewertet; somit gibt es in der Literatur eine Kontroverse über den Zusammenhang zwischen den öffentlichen Inputs in die Schulen und deren Output in Form von Lernergebnissen der Schüler. Hanushek (1986, 1997, 2003) betont beispielsweise, dass kein statistisch signifikanter Einfluss der Schulinputs und hier insbesondere der Schüler-Lehrer-Relation auf das Lernergebnis der Schüler zu konstatieren sei. Er stützt sich bei dieser Aussage auf eine Reihe von empirischen Studien. Krueger (1999, 2003) widerspricht dieser Ansicht, in dem er die Ergebnisse der Studien, die Hanusheks Aussage zugrunde liegen, überprüft und zeigt, dass bei einer anderen Gewichtung der unterschiedlichen Aussagen der einzelnen Studien ein positiver Einfluss der Schulinputs auf die Lernergebnisse der Schüler festzustellen ist (Krueger, 1999, 2003). Eindeutige gesicherte Wirkungsbeziehungen zwischen öffentlichen Inputs in die Schule und Output der Schulen in Form von Lernleistungen der Schüler scheinen somit nicht zu existieren.

Schulumfeld der Schüler

Weiterhin können auch die Gruppen, in denen die Schüler lernen, einen Einfluss auf den Lernerfolg haben (Lazear, 2001). So können einerseits leistungsstarke Schüler leistungsschwächere Schüler fördern, andererseits führt ein hoher Anteil an Kindern, die den Unterricht häufig stören oder eine mangelnde Motivation für das Lernen aufweisen, zu einer Beeinträchtigung des Unterrichts. Auch das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern und das Verhältnis der Schüler untereinander können das Lernklima und damit auch den Lernerfolg beeinflussen.

Bildungssystem

Schließlich kann die Ausgestaltung des Bildungssystems einen Einfluss auf den Bildungserfolg haben. Relevante Unterschiede zwischen verschiedenen Bildungssystemen können beispielsweise im vorausgesetzten formalen Qualifikationsniveau der Lehrer bestehen. Die institutionelle Ausgestaltung des Bildungssystems kann jedoch auch Auswirkungen auf die Verhaltensanreize der am Bildungsprozess beteiligten Personen haben und sich auf diesem Weg auf die Lernergebnisse der Schüler auswirken (Wößmann, 2005a, 12). Charakteristika, die hier zu nennen sind, sind einmal standardisierte Tests, die regelmäßig die Lernergebnisse der Schüler überprüfen, sowie das Vorhandensein von Autonomie der Schulen in bestimmten Gebieten wie die Festlegung der Lerninhalte, Personal- und Gehaltsentscheidungen oder Budgetentscheidungen. Von einer Dezentralisierung von Entscheidungsfreiheiten auf die Schulebene verspricht man sich positive Effekte, weil die Schule möglicherweise in vielen Entscheidungsbereichen Wissensvorsprünge gegenüber einem zentralen Entscheidungsträger besitzt (Wößmann, 2004, 6; Wößmann, 2005b, 22). Überlässt man den Schulen jedoch weitgehende Entscheidungsfreiheiten, ohne die Ergebnisse dieser Entscheidungen, in diesem Fall die Lernergebnisse der Schüler, zu überprüfen, so besteht die Gefahr, dass bei den Verantwortlichen an den Schulen ein opportunistisches Verhalten auftreten kann und sie andere Ziele als die eines möglichst guten Lernergebnisses der Schüler verfolgen. Verbindet man die Autonomie der Schulen jedoch mit einer Überprüfung der Lernergebnisse in Form von zentralen Abschlussprüfungen oder standardisierten Tests, so entsteht eine gewisse Transparenz über die Ergebnisse der Entscheidungen der Schulverantwortlichen und die Gefahr des opportunistischen Verhaltens wird möglicherweise verringert. Somit kann es zu Komplementaritäten zwischen der Autonomie von Schulen und der öffentlich dokumentierten Überprüfung der Lernergebnisse von Schülern kommen. Ein positiver Effekt auf die Lernergebnisse der Schüler wird möglicherweise erst dann erreicht, wenn die Schule sowohl über Autonomie verfügt als auch die Lernergebnisse ihrer Schüler regelmäßig überprüft werden (Wößmann, 2004, 6f.; Wößmann, 2005a, 14). Ferner dürfte der Zeitpunkt der Trennung im Schulsystem einen wichtigen Erklärungsbeitrag für die Streuung der Kompetenzen der Schüler spielen (Wößmann, 2007).

Bei der Schätzung des Einflusses der genannten Faktoren auf den Bildungsstand der Kinder ist zu berücksichtigen, dass sowohl die aktuellen als auch die vergangenen Investitionen Einfluss auf den Bildungsstand nehmen. Betrachtet man den Lebenslauf eines Kindes, so hängt zum Zeitpunkt des Eintritts in den Kindergarten der Bildungsstand ausschließlich von den vergangenen familiären Inputs und den Fähigkeiten des Kindes ab. Beim Übergang in die Grundschule hängt der Bildungsstand dann von den gesamten im Zeitablauf getätigten familiären Investitionen, den Fähigkeiten des Kindes und von den Inputs des Kindergartens ab. Beim Übergang von der Grundschule an die weiterführende Schule akkumulieren sich die bisher geleisteten Investitionen noch weiter, wobei es hier zu Substitutionseffekten zwischen familiären und schulischen Inputs kommen kann. Sind die von der Schule aufgewendeten Ressourcen in die Bildung der Kinder hoch, so reduzieren die Eltern möglicherweise ihre Ressourcen und umgekehrt (Todd/Wolpin, 2003).

5.3 Theorie zur Gesundheit und zum Verhalten der Kinder

Epidemiologische Untersuchungen, die auf dem salutogenetischen Ansatz beruhen, analysieren sowohl Risikofaktoren für bestimmte Erkrankungen als auch die Bedingungen und Faktoren, die Gesundheit schützen und – hinsichtlich psychischer Erkrankungen – zur Widerstandskraft gegenüber Stressoren beitragen (Erhart et al., 2007, 800).

Als weiterer theoretischer Ansatz ist die entwicklungspsychologische Resilienzforschung hervorzuheben. Hier wird der Frage nachgegangen, welche Einflussfaktoren es betroffenen Kindern und Jugendlichen bei vorhandenen Belastungen und Risikofaktoren ermöglichen, sich dennoch gesund zu entwickeln (Erhart et al., 2007, 800). Diese Einfluss- oder Schutzfaktoren für die psychische Gesundheit lassen sich grob in drei Gruppen einteilen:

- Der familiäre Zusammenhalt umfasst insbesondere Aspekte des Familienklimas, das heißt den familiären Zusammenhalt und das Erziehungsverhalten der Eltern. Im Fragebogen des RKI (siehe Kapitel 7.1) wird der familiäre Zusammenhalt über Fragen zu gemeinsamen Unternehmungen, Zeit für Sorgen und Nöte der Kinder und Jugendlichen, Regeln in der Familie, Konfliktlösungen in der Familie, etc. erfragt.
- Persönliche Ressourcen sind Merkmale der Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen selbst, wie zum Beispiel der Kohärenzsinn oder der dispositionelle Optimismus. Erfragt werden sie anhand der Fähigkeiten, mit Problemen umzugehen; Optimismus, Dinge des täglichen Lebens bereiten Freude, etc.
- Die soziale Unterstützung umfasst die zum Beispiel von gleichaltrigen und Erwachsenen erfahrene oder verfügbare soziale Unterstützung. Sie wird erfragt hinsichtlich der Unterstützung in Form von Zuhören und Zuneigung, Vermittlung von Informationen zur Problemlösung, gemeinsame Unternehmungen etc.

Mit der Frage, welche Auswirkungen Deprivationserfahrungen bei Kindern und Jugendlichen hervorrufen, beschäftigen sich zum Beispiel Groh-Samberg/Grundmann (2006). Zum einen gibt es unterschiedliche Bewältigungsstrategien, um mit der Situation umzugehen, andererseits sind auch im Bildungsbereich Einflüsse der Armut zu konstatieren. Hinsichtlich der Bewältigung gelangen die Autoren zu der Erkenntnis, dass „die Qualität der familialen Beziehungen und die Mobilisierbarkeit von sozialem und kulturellem Kapital ... ganz entscheidenden Einfluss darauf [haben], wie Kinder die materiellen Problemlagen im elterlichen Haushalt erfahren“ (Groh-Samberg/Grundmann, 2006, 15). So existiert ihrer Ansicht nach kein unumkehrbarer negativer Entwicklungsverlauf materiell benachteiligter Kinder, da Eltern mit Hilfe adäquater Erziehungsmethoden diesem entgegenwirken können. Schauen sich die Autoren jedoch die Bildungschancen armer Kinder an, zeigt sich ein verändertes Bild. So ist die Wahrscheinlichkeit eines armen Kindes, die Hauptschule zu besuchen, auch dann sehr hoch, wenn es ein familiäres Umfeld hat, das sich durch gute familiäre Verbindungen und schulische Unterstützungsleistungen durch die Eltern auszeichnet.

Analog zur education production function lässt sich eine Übersicht mit Einflussfaktoren auf die gesundheitliche Entwicklung der Kinder darstellen. Einflussfaktoren auf den Gesundheitszustand sind analog zum vorhergehenden Vorgehen:

- vererbte/angeborene Gesundheit (Behinderung, chronische Krankheiten etc.)
- Gesundheit von Eltern und Geschwistern
- Gesundheitsverhalten der Eltern (Rauchen, Übergewicht)
- Gesundheitsvorsorge bei den Kindern (Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen zeitliche und materielle Ressourcen)
- soziodemografische Faktoren (Familienstand, Alter, Geschlecht, Bildungsstand von Eltern und Kindern, Einkommen, Beruf et cetera)
- Schutzfaktoren (personale, familiäre und soziale Ressourcen)
- staatliches Gesundheitssystem

Den Einfluss, den der familiäre beziehungsweise sozioökonomische Hintergrund auf den Gesundheitszustand und das Sozialverhalten von Kindern hat, ist beispielsweise im Rahmen der Studie von Holz et al. (2005) (zitiert in: Huster et al., 2007) ermittelt worden. So hat sich ergeben, dass Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten unter anderem einen schlechteren Gesundheitszustand vorzuweisen haben, einen gefährlicheren Lebensstil pflegen, schwächere Beziehungen zu anderen Familienmitgliedern und weniger Freunde außerhalb der Familie haben und sich weniger oft an Sport- und Kulturveranstaltungen beteiligen⁵³.

Trabert (2006), der sich unter medizinischen Gesichtspunkten mit den Gesundheitsrisiken der Kinderarmut beschäftigt, kommt zu dem Schluss, dass das soziale Milieu, in dem Kinder aufwachsen, bereits vor der Geburt bei der Embryonalentwicklung eine Rolle spielt und Einflüsse über den gesamten Lebenszyklus hinweg erkennbar sind: So gebären sozioökonomisch unterprivilegierte Mütter signifikant häufiger zu früh, eine Frühförderung wird häufiger bei Kindern aus sozial benachteiligten Gruppen angeraten⁵⁴, diese ernähren sich schlechter und nehmen weniger häufig und lange Präventivmaßnahmen in Anspruch.

Huster et al. (2007) haben beobachtet, dass Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten weniger oft zu gesundheitlichen Vorsorgeuntersuchungen gehen, ihre Eltern geringere Ausgaben für Zahnhygiene und sportliche Aktivitäten tätigen, öfters fettleibig sind, sich häufiger schlecht ernähren, früher und häufiger rauchen und häufiger unter psychosomatischen Krankheiten leiden.

Allerdings spielt es eine Rolle, wie lang der Zeitraum ist, in dem Kinder in Armut leben. So hat eine US-amerikanische Untersuchung ergeben, dass bei nur kurzen Armutperioden die Eltern die negativen Effekte auf Gesundheit und Ernährungsverhalten weitaus besser kompensieren können als bei lang andauernder Armut (Miller/Korenman, 1994, zitiert in: Helmert, 2003, 77).

In diesem Zusammenhang ist jedoch wichtig zu sehen, dass Deprivation nicht eine Frage der monetären Mittel ist. So sind, wie man an Tabelle 13 erkennen kann, 13,7 Prozent der nicht armen Kinder multipel depriviert, was zwar zwei Drittel weniger bedeutet als bei armen Kindern, aber dennoch eine nicht zu vernachlässigende Größe darstellt. Betrachtet man lediglich die Deprivationserscheinungen in einzelnen Bereichen, liegen arme und nicht arme Kinder mit etwa 40 Prozent fast gleichauf.

Tabelle 13: Deprivationserfahrungen bei armen und nicht armen Kindern im Vergleich (in Prozent)

Lebenssituation	Arme Kinder	Nicht arme Kinder	Summe
Wohlbefinden	23,6	46,4	40,2
Deprivation	40,3	39,8	40,0
Multiple Deprivation	36,1	13,7	19,8
Summe	100,0	100,0	100,0

Quelle: Hock et al., 2000, 77

⁵³ Ebenso sind Auswirkungen auf den Bildungserfolg in der Form beobachtet worden, als dass Kinder aus sozial schwachen Familien später eingeschult werden, einem größeren Risiko unterliegen, ein Schuljahr zu wiederholen und weniger oft eine Empfehlung für das Gymnasium ausgesprochen wird.

⁵⁴ Siehe dazu Böhm/Kuhn, 2000. Sie beziehen sich auf Daten zur Einschulungsuntersuchung im Land Brandenburg aus dem Jahr 1998.

6 Empirische Analyse des Bildungsstandes von Kindern

6.1 Datensatz

Als Datengrundlage für die empirischen Analysen zu den familiären Einflussfaktoren auf den Bildungserfolg von Kindern dient die PISA-Erhebung aus dem Jahr 2003. Diese wurde ebenso wie die Vorgängerbefragung aus dem Jahr 2000 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführt. Daten aus der Erhebung 2006 werden im Folgenden nicht verwendet, da im Datensatz 2006 keine Frage zum Kindergartenbesuch der Schüler gestellt wurde.

Die Zielgruppe der PISA-Untersuchung sind 15-jährige Schülerinnen und Schüler, die in den Bereichen Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften und in ihrer Problemlösekompetenz getestet wurden. Im Jahr 2003 haben 41 Länder an der Untersuchung teilgenommen und insgesamt wurden circa 250.000 Schülerinnen und Schüler geprüft. Die repräsentative Stichprobe der teilnehmenden Schüler wurde in jedem Land per Zufallsverfahren bestimmt. Das zweistündige Testverfahren erfolgte dann an einem bestimmten Testtag an den Schulen. Neben den individuellen Testergebnissen enthält der PISA-Datensatz Angaben zu dem jeweiligen Schüler aus einem Schülerfragebogen, der unter anderem Fragen zu deren Herkunft und Umgebung, ihren Lerngewohnheiten und ihrer Motivation enthält. Angereichert werden die Individualdaten weiterhin durch Angaben der Schulleiter zu den an der Schule zur Verfügung stehenden Ressourcen, zur Qualifikation der Lehrkräfte und zum Schulklima (PISA-Konsortium Deutschland, 2004, 15f.).

In den folgenden Tabellen werden die Variablen aufgeführt, von denen ein Einfluss auf die Kompetenzen der Schüler erwartet wird und die deshalb in die empirische Untersuchung aufgenommen wurden. Die Variablen stammen aus den Bereichen „Familiärer Hintergrund“, „Häusliche Inputs“, „Öffentliche Inputs“ und „Schul- und Klassenklima“.

Tabelle 14: Familiärer Bildungs- und Migrationshintergrund

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz	Variablenausprägung
Bildungsstand der Eltern	Bildungsstand der Eltern <ul style="list-style-type: none"> • Eltern haben keinen Sek II-Abschluss • mind. ein Elternteil hat einen Sek II- oder einen postsekundären Abschluss • mind. ein Elternteil hat einen Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Abschluss (Referenzkategorie: mind. ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss)	1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu

Migrationshintergrund	Sprechen der Testsprache zu Hause	1 = zu Hause wird die Testsprache nicht gesprochen 0 = zu Hause wird die Testsprache gesprochen
Bildungsnähe der Eltern	Anzahl der Bücher im Haushalt <ul style="list-style-type: none"> • 0-10 Bücher • 11-25 Bücher • 26-100 Bücher • 101-200 Bücher • 201-500 Bücher (Referenzkategorie: mehr als 500 Bücher)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

- Der Bildungsstand der Kinder kann durch den Bildungsstand der Eltern beeinflusst werden. Eltern, die eine qualifizierte Ausbildung haben, fällt es leichter, ihre Kinder bei Lernproblemen auch fachlich zu unterstützen, als Eltern mit einfacherem Bildungshintergrund. Der Bildungsstand der Eltern wird hier anhand ihrer formalen Schul- und Berufsabschlüsse operationalisiert. Ein geringes Bildungsniveau weisen die Eltern nach der hier vorgenommenen Operationalisierung auf, wenn sie nicht mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II (also über keine abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen. Es wird davon ausgegangen, dass Kinder, deren Eltern über einen geringen Bildungsstand verfügen, schlechtere Bildungsleistungen erbringen.
- Ein Migrationshintergrund wirkt sich vermutlich vor allem dann negativ auf den Lernerfolg des Kindes aus, wenn zu Hause nicht die Testsprache des PISA-Tests und damit nicht die Unterrichtssprache gesprochen wird. Daher wird ein möglicher Migrationshintergrund der Jugendlichen anhand dieser Variablen operationalisiert.
- Die Bildungsnähe der Eltern, von der ein positiver Effekt auf die Lernleistungen der Kinder erwartet wird, kann durch die Anzahl der im Haushalt verfügbaren Bücher abgebildet werden. Eltern, die Bildung nicht für wichtig erachten, werden auch ihren Kindern die Bedeutung von Bildung weniger nahebringen.

Tabelle 15: Familienstruktur

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz	Variablenausprägung
Struktur des familiären Zusammenlebens	Kind wächst auf bei (Referenzkategorie: beiden leiblichen Eltern)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
	Einem leiblichen Elternteil	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
	Einem leiblichen Elternteil und einem Stiefelternteil	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
	Einer anderen Form	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

- Untersucht werden soll, ob die Struktur des familiären Zusammenlebens einen Einfluss auf die Bildungsergebnisse der Kinder hat. Hierbei ist zu unterscheiden, ob das Kind bei beiden leiblichen Eltern lebt, ob nur ein Elternteil die Erziehungsaufgaben übernimmt (Alleinerziehende), ob das Kind bei zwei Elternteilen aufwächst, wovon nur eines ein leibliches Elternteil ist (Patchwork) oder ob das Kind mit anderen Personen in einem Haushalt lebt (Geschwister, Großeltern, Heim).

Tabelle 16: Erwerbstätigkeit

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz	Variablenausprägung
Erwerbstätigkeit der Mutter	Mutter ist Vollzeit erwerbstätig	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
	Mutter ist Teilzeit erwerbstätig	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
	Mutter ist arbeitslos	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
	(Referenzkategorie: Mutter ist nicht erwerbstätig)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

- Auch die Erwerbstätigkeit der Mutter könnte einen Einfluss – in positiver wie auch negativer Hinsicht – auf den Bildungserfolg der Kinder haben. So ließe sich zum einen argumentieren, dass Mütter mit Wunsch nach Erwerbstätigkeit dann zufriedener sind, wenn sie diese auch tatsächlich ausüben können. Deren Zufriedenheit überträgt sich sodann positiv auf die Situation des Kindes. Zum anderen könnte das aus der Erwerbstätigkeit resultierende Zeitproblem angeführt werden, das negativ auf das Wohl des Kindes wirken könnte. Hierbei handelt es sich jedoch um ein stark normativ umkämpftes Feld, das im Folgenden einer empirischen Analyse unterworfen werden soll. Unterschieden wird dabei, ob die Mutter nach Arbeit sucht und arbeitslos ist, ob sie freiwillig nicht oder ob sie Teilzeit oder Vollzeit erwerbstätig ist.

Tabelle 17: Häusliche Inputs

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz	Variablenausprägung
Ausstattung der Kinder mit Lernmitteln	Verfügbarkeit eines Lexikons / Wörterbuchs	1 = Lexikon nicht vorhanden 0 = Lexikon vorhanden
	Verfügbarkeit eines Computers, der für die Schulaufgaben verwendet werden kann	1 = kein Computer vorhanden, der für die Schulaufgaben verwendet werden kann 0 = Computer vorhanden, der für die Schulaufgaben verwendet werden kann

- Der Lernerfolg der Schüler kann auch durch die häusliche Ausstattung mit Lernmitteln beeinflusst werden. Keine gute Ausstattung mit sogenannten „home investments“ in Form von Büchern, eigenem Schreibtisch, die Schule ergänzenden Lehrangeboten, bezahlter Nachhilfe und so weiter

kann den Lernerfolg der Kinder negativ beeinflussen. Anhand des PISA-Datensatzes kann die Ausstattung mit häuslichen Lernmitteln durch das Vorhanden- oder nicht Vorhandensein eines Lexikons/Wörterbuchs und eines Computers, der für die Schulaufgaben verwendet werden kann, abgebildet werden.

Tabelle 18: Einstellungen/Werte

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz	Variablenausprägung
Einstellung: Schule bereitet wenig auf das Leben vor Einstellung: Schule ist Zeitverschwendung	Stimmen Sie den Aussagen zu (Kinder)? Die Schule bereitet wenig auf das Leben vor? Die Schule ist Zeitverschwendung?	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Werte: Pünktlichkeit/Disziplin	Zuspätkommen in der Schule <ul style="list-style-type: none"> • 5 mal oder mehr • 3 oder 4 mal zu spät • 1 oder 2 mal zu spät (Referenzkategorie: nie zu spät) Zeit, die für die Hausaufgaben aufgebracht wird	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = weniger als 5 Stunden werden für die Hausaufgaben verwendet 0 = 5 oder mehr Std. pro Woche werden für die Hausaufgaben verwendet

- Auch Einstellungen und Werte der Familie können den Lernerfolg der Kinder positiv beeinflussen. Hier soll untersucht werden, ob die Schüler der Aussage zustimmen, dass die Schule wenig auf das Leben vorbereitet und ob die Schule als Zeitverschwendung aufgefasst werden kann. Ferner gibt häufiges Zuspätkommen Aufschluss darüber, welche Rolle Werte wie Pünktlichkeit und Disziplin in der Familie spielen.

Tabelle 19: Zugang zur frühkindlicher Bildung

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz	Variablenausprägung
Besuch eines Kindergartens	Kindergartenbesuch	1 = Kindergarten ist gar nicht oder für ein Jahr oder weniger besucht worden 0 = Kindergarten ist länger als 1 Jahr besucht worden

- Ein weiterer Einflussfaktor für das Lernergebnis in der Schule kann der Besuch eines Kindergartens sein. Besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten oder Kinder mit einem Migrationshintergrund, der dazu führt, dass zu Hause nicht die Unterrichtssprache gesprochen wird, können von dem Besuch eines Kindergartens dahingehend profitieren, dass sie besser auf den Schulbesuch vorbereitet werden. Die Information, ob ein Schüler einen Kindergarten länger als ein Jahr lang besucht hat, ist im PISA-2003-Datensatz vorhanden. Somit kann diese Variable in die empirische Untersuchung aufgenommen werden.

Des Weiteren wurden Variablen zu den öffentlichen Inputs, dem Schulklima und weitere Kontrollvariablen aufgenommen.

6.2 Multivariate Analyse

Um den Zusammenhang von Familienstruktur und den Kompetenzen der Schüler zu untersuchen, reicht es nicht, deskriptive Untersuchungen vorzunehmen. Diese beschreiben noch keine Ursachenbeziehungen, geben aber erste Hinweise für mögliche Zusammenhänge.

Bei der Betrachtung der Familienstruktur ist zu beobachten, dass Kinder, die bei beiden leiblichen Eltern aufwachsen, 506 Punkte im Lesen, 515 Punkte in der Mathematik und 516 Punkte in den Naturwissenschaften erreichen. Zu Kinder aus Patchwork-Familien und Kinder von alleinerziehenden Müttern bestehen keine signifikanten Unterschiede. Lediglich für Kinder, die nicht bei mindestens einem Elternteil aufwachsen, ergeben sich schlechtere Ergebnisse. Diese Personengruppe ist aber sehr klein, so dass sie in den kommenden Kapiteln nicht gesondert betrachtet wird.

Bei der deskriptiven Betrachtung der durchschnittlichen Ergebnisse der Kinder in Abhängigkeit von der Erwerbstätigkeit der Mutter treten signifikante Unterschiede auf. So fällt auf, dass Kinder von erwerbstätigen Müttern besser bei PISA abschneiden als Kinder, deren Mutter arbeitslos ist beziehungsweise keine Beschäftigung anstrebt. Die Kinder der erwerbslosen Mütter schneiden etwa durchschnittlich um 20 Punkte schlechter ab (Tabelle 20). Aus dieser bivariaten Betrachtung kann nicht geschlossen werden, dass sich die Erwerbstätigkeit der Mutter positiv auf den Lernerfolg der Kinder auswirkt. Andere Einflussfaktoren, wie die Bildung der Mutter, dürfte mit der Erwerbstätigkeit korrelieren und gegebenenfalls diesen statistischen Zusammenhang verursachen. Um daher näher auf verschiedene Einflussgrößen eingehen zu können, werden die PISA-Daten folglich im Rahmen einer multivariaten Untersuchung analysiert.

Tabelle 20: Erwerbstätigkeit der Mutter und Kompetenzen der Kinder, deskriptive Betrachtung

Erwerbstätigkeit Mutter	Mittelwert Lesen	Mittelwert Mathematik	Mittelwert Naturwissenschaften
Voll erwerbstätig	504	516	516
Teilzeit erwerbstätig	514	521	524
arbeitslos	491	497	492
Nicht erwerbstätig	489	499	496

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis PISA 2003

Die multivariate Analyse (Tabelle 21) soll im Folgenden ein besonderes Augenmerk auf den Bildungs- und Migrationshintergrund der Familie, auf die Familienstruktur, die Erwerbstätigkeit der Eltern, die Einstellungen und Werte gegenüber dem Lernen sowie dem Zugang zu frühkindlicher Bildung legen. Andere Einflüsse werden als Kontrollvariablen mit in das Regressionsmodell aufgenommen.

Tabelle 21: Einflussfaktoren auf die Höhe der PISA-Punkte in Deutschland

	Lesen	Mathematik	Naturwissenschaften
Familiärer Hintergrund			
Bildungs- und Migrationshintergrund			
Bildungsstand der Eltern (ausgelassen: mind. ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss)			
• Eltern haben keinen Sek II-Abschluss	-56,4***	-51,4***	-66,3***
• mind. ein Elternteil hat einen Sek II- oder einen postsekundären Abschluss	-20,6***	-21,6***	-29,7***
• mind. ein Elternteil hat einen Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Abschluss	-18,2***	-14,5***	-24,9***
im Haushalt wird nicht die Testsprache gesprochen	-51,1***	-32,2***	-46,6***
Bücher im Haushalt (ausgelassen: mehr als 500 Bücher)			

• 0-10 Bücher	-69,8***	-68,7***	-84,8***
• 11-25 Bücher	-51,7***	-67,1***	-67,9***
• 26-100 Bücher	-30,1***	-44,2***	-46,4***
• 101-200 Bücher	-18,0***	-26,6***	-30,9***
• 201-500 Bücher	-3,6	-11,6**	-13,5**
Familienstruktur			
Familienstruktur (ausgelassen: beide Elternteile im Haushalt)			
Alleinerziehend	-0,2	4,3	2,1
Patchwork	2,7	6,6	0,7
Erwerbstätigkeit			
Erwerbstätigkeit der Mutter (ausgelassen: Mutter nicht erwerbstätig)			
Mutter vollzeit erwerbstätig	0,8	0,1	-2,3
Mutter teilzeit erwerbstätig	6,1*	2,3	4,1
Mutter arbeitslos	10,3	6,3	-1,8
Einstellungen/Werte			
Einstellung: Schule bereitet wenig auf das Leben vor	-1,5	0,7	1,3
Einstellung: Schule ist Zeitverschwendung	-14,4**	-7,9	-8,2
zu spät zur Schule (ausgelassen: nie zu spät)			
• 5 mal oder mehr zu spät	-19,3*	-32,0***	-22,5**
• 3 oder 4 mal zu spät	-33,4***	-27,4***	-25,6***
• 1 oder 2 mal zu spät	-1,0	-4,2	-8,4**
Häusliche Inputs			
im Haushalt ist kein Wörterbuch / Lexikon vorhanden	-28,9***	-32,1***	-21,7**
im Haushalt ist kein Computer vorhanden	-32,5***	-32,3***	-28,7***
Zugang zu frühkindlicher Förderung/Bildung			
Kindergarten ist gar nicht oder 1 Jahr und weniger besucht worden	-16,4***	-27,5***	-24,3***

Kontrollvariablen			
Öffentliche Inputs			
Verfügbarkeit von Lehrmaterialien (ausgelassen: fehlen gar nicht)			
• Lehrmaterialien fehlen etwas	13,8**	12,8*	10,6
• Lehrmaterialien fehlen sehr	2,9	-2,0	3,0
Verfügbarkeit von Laborausstattung (ausgelassen: fehlt gar nicht)			
• Laborausstattung fehlt etwas	-3,1	-2,9	2,4
• Laborausstattung fehlt sehr	-9,7	-10,3	5,4
Verfügbarkeit von Lehrern (ausgelassen: fehlt gar nicht)			
• Lehrer fehlen etwas	-14,5**	-13,4**	-25,5***
• Lehrer fehlen sehr	-14,6	1,0	-42,0***
Schüler-Lehrer-Relation	0,01	0,01	0,01
Schul- und Klassenklima			
weniger als 5 Stunden pro Woche Hausaufgaben	-6,4**	-3,7	-7,9**
Schüler kommen nicht gut mit den Lehrern aus	-10,2***	-5,6*	-8,5***
Respekt vor den Lehrern (ausgelassen: fehlt gar nicht)			
• Respekt fehlt etwas	-20,5***	-19,3**	-19,7***
• Respekt fehlt sehr	-20,0	-26,3	-21,3
Schüler arbeiten nicht mit Begeis- terung	-22,5***	-17,4**	-22,9***
Abwesenheit der Schüler (ausgelassen: keine Abwesenheit)			
• manchmal Abwesenheit	-2,1	-0,6	0,3
• häufige Abwesenheit	-49,2***	-48,6***	-36,3***
Persönliche Charakteristika			
Alter	15,9**	-19,2***	-17,6***
Geschlecht (weiblich)	21,6***	-27,2***	-25,4***
Vorsprung durch höhere Klassen- stufe	36,3***	41,6***	33,4***

Konstante	837,4***	922,8***	922,95***
Schüler	3.013	3.013	3.013
Schulen	183	183	183
R2	0,3857	0,3809	0,4054

*** = signifikant auf dem 1%-Niveau; ** = signifikant auf dem 5%-Niveau; * = signifikant auf dem 10%-Niveau

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der PISA-Daten 2003, abhängige Variable: Punkte im PISA-Test; Schätzung von cluster-robusten linearen Regressionsmodellen; ohne Familienform „Aufwachsen bei Geschwistern und Großeltern“

Bildungs- und Migrationshintergrund der Familie

Bei der Betrachtung des Bildungs- und Migrationshintergrunds der Familie zeigt sich, dass der Bildungsstand der Eltern einen hochsignifikanten Einfluss auf das Bildungsergebnis des Kindes hat. Der Erklärungsgehalt dieser Größe ist von zentraler Bedeutung. Kinder, deren Eltern keinen mittleren Qualifikationsabschluss (also keine abgeschlossene Berufsausbildung) haben, fallen gegenüber Akademikerkindern um rund 60 Punkte in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zurück. Dies entspricht dem Wissensstand von fast zwei Schuljahren. Wird im Haushalt zusätzlich nicht deutsch gesprochen, so fallen die Kinder um weitere 40 bis 50 Punkte zurück. Familien, die darüber hinaus wenige Bücher besitzen, fallen weitere rund 50 bis 80 Punkte gegenüber Kindern aus Familien zurück, die mehr als 500 Bücher besitzen. Die betrachteten Variablen zeigen somit deutlich auf, dass vor allem der Bildungshintergrund der Eltern einen sehr starken Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder hat.

Familienstruktur

Die Aufnahme der Familienstruktur bei der Untersuchung der PISA-Ergebnisse ist gegenüber bisherigen Studien (Anger et al., 2006) ein neuer Ansatz der vorliegenden Studie. Dabei ergibt sich, dass die Familienstruktur keinen signifikanten Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder hat. Kinder von Alleinerziehenden oder solche, die in Patchworkfamilien aufwachsen, weisen bedingt durch die Familienform keine signifikanten Unterschiede beim Bildungsstand gegenüber leiblichen Kinder von Paarfamilien auf.

Erwerbstätigkeit

Auch die Erwerbstätigkeit der Eltern hat keinen signifikanten Einfluss auf die Kompetenzen der 15-jährigen Kinder. Der positive Zusammenhang aus Erwerbstätigkeit und den Kompetenzen bei der deskriptiven Darstellung erklärt sich vielmehr daraus, dass Mütter mit höheren Qualifikationen häufiger erwerbstätig sind. Damit ist nicht die Erwerbstätigkeit an sich erklärend für die besseren Bildungsergebnisse der Kinder, sondern die dahinter stehenden Unterschiede bei den Bildungsvariablen der Eltern. Andererseits kann aber damit auch gezeigt werden, dass Kinder von hoch, mittel oder gering qualifizierten Eltern nicht in ihren Bildungsergebnissen darunter leiden, dass die Mutter er-

werbstätig ist. Lediglich im Bereich Lesen ist zu beobachten, dass Kinder von teilzeit-erwerbstätigen Müttern schwach signifikant besser abschneiden als Kinder von nicht-erwerbstätigen Müttern.

Einstellungen/Werte

Neben dem Bildungshintergrund der Eltern haben auch die Einstellungen und Werte in der Familie eine große Bedeutung für den Bildungserfolg der Kinder. Kinder, die die Schule als Zeitverschwendung betrachten, fallen zumindest im Textverständnis signifikant zurück. Kinder, die häufig zu spät zur Schule kommen, fallen in allen drei Testbereichen gegenüber den Kindern, die nie zu spät kommen, signifikant um rund 20 bis 30 Punkte zurück.

Häusliche Inputs

Familien, die ihren Kindern kein Wörterbuch oder Lexikon zum Lernen zur Verfügung stellen oder die keinen Computer zum Lernen besitzen, fallen gegenüber den anderen Kindern um jeweils rund 20 bis 30 Punkte zurück. Diese Größen zeigen damit, dass Kinder profitieren, wenn die Eltern in die Bildung ihrer Kinder auch durch häusliche Infrastruktur investieren.

Zugang zu frühkindlicher Bildung

Kinder, die den Kindergarten weniger als ein Jahr besucht haben, fallen gegenüber den anderen Kindern um weitere rund 20 Punkte in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zurück. Der Besuch des Kindergartens macht sich somit im Alter von 15 Jahren signifikant positiv bemerkbar, selbst wenn die Effekte des familiären Hintergrundes (Bildungsstand der Eltern) herausgerechnet werden.

Politische Schlussfolgerung

Zusammenfassend ist für die Bildungsentwicklung von Kindern insbesondere der Bildungshintergrund der Eltern sowie der Zugang zu frühkindlicher Bildung von Bedeutung. Ferner haben Einstellungen und Werte in der Familie sowie der Zugang zu einer Lerninfrastruktur im Elternhaus eine hohe Bedeutung. Die Erwerbstätigkeit der Mutter sowie die Familienform (siehe auch Francesconi et al., 2006) selbst spielen keine signifikante Rolle.

Aus politischer Sicht ist damit der Ausbau der frühkindlichen Bildung eine wichtige Stellgröße. Um alle Kinder besser als bislang zu fördern und die starke Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozioökonomischem Hintergrund zu reduzieren, könnte eine bessere institutionelle Förderung – insbesondere von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern – hilfreich sein. Vor allem Kinder, die im Elternhaus nicht die erforderliche Unterstützung erhalten, erreichen somit möglicherweise ein höheres Qualifikationsniveau.

Dafür ist es von besonderer Bedeutung, den Bildungsauftrag in Kindertageseinrichtungen zu stärken, da der Elementarbereich eine wichtige Funktion für die spätere Bildungskarriere der Kinder übernehmen kann. Die Bildungsfunktion des Elementarbereichs wird daran deutlich, dass im Elementar-

bereich die Grundlagen geschaffen werden, die einem Menschen erlauben zu lernen, sein Leistungspotenzial zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen einzugehen (OECD, 2004). Die Bildung im Elementarbereich übernimmt daher die Funktionen der Sozialisation und des Erwerbs von Basiskompetenzen.

Frühzeitiges Lernen von Kontrollstrategien helfen, Herausforderungen auf einer emotionalen und motivationalen Ebene zu meistern. Lernerfolge in der ersten Lebensphase helfen weitere Lernerfolge in der Schule und im Berufsleben zu realisieren. Neben der Familie haben qualitativ hochwertige frühkindliche Einrichtungen wichtige Effekte für die Entwicklung des Kindes (Pfeiffer/Reuß, 2008). Je früher die Kinder, die Entwicklungsrisiken oder Behinderungen aufweisen, institutionell gefördert werden, desto besser sind ihre Chancen, dass sie die Rückstände aufholen. Dies ist mit erheblichen positiven ökonomischen Konsequenzen verbunden. Setzt die Förderung zum Beispiel von Kindern mit bildungsfernem Familienhintergrund früh ein, also bereits vor der Einschulung, so ist bei Beginn der Schulzeit die Chancengerechtigkeit größer, und desto kostengünstiger lassen sich die individuellen Stärken ausbauen, Talente und Interessen fördern sowie Schwächen beheben.

Dass dies augenblicklich noch nicht in dem gewünschten Umfang stattfindet, liegt zum einen daran, dass der Elementarbereich bislang noch nicht konsequent als erste Bildungsstufe anerkannt wurde, vielfach überwog der Betreuungsgedanke. Auch wenn hier langsam eine Veränderung zu bemerken ist, so kommt hinzu, dass der Besuch eines Kindergartens wiederum vom sozioökonomischen Hintergrund abhängt. Es sind somit Selbstselektionseffekte festzustellen, die dazu führen, dass gerade die Kinder einen Kindergarten nicht besuchen, die möglicherweise am stärksten davon profitieren würden (Büchel/Spieß, 2002a, 49ff.; Kreyenfeld, 2004), zumindest dann, wenn der Bildungsauftrag in den Kindergärten zukünftig noch stärker verankert wird.

Soll also der Anteil der jungen Menschen erhöht werden, die über ein hohes Qualifikationsniveau verfügen, damit die Humankapitalausstattung Deutschlands sich nicht als Wachstumshemmnis erweist, muss bereits am Anfang der Bildungskarriere angesetzt werden. Dies gilt gerade mit Blick auf die aus einer ökonomischen Perspektive begründbare Startchancengerechtigkeit für die Kinder.

Grundsätzlich ist die Einschätzung der Qualität des Bildungsangebotes in einer Einrichtung durch die Eltern schwierig. So liegen die erforderlichen Informationen entweder nicht vor oder sind nur schwierig einzuschätzen, weil der Erfolg der Bildungsmaßnahmen zum einen unter Umständen erst in späteren Bildungsphasen offenkundig wird, und zum anderen von den persönlichen Merkmalen des Kindes abhängt (sogenannte Vertrauensguteigenschaft von Bildung). Verbindliche Vorgaben, Kontrolle und Autonomie stärken die Wahlfreiheit der Eltern. Sie reduzieren Informationsunterschiede zwischen Einrichtungen und Eltern und bieten die Gewähr, dass dem Kind eine qualitativ angemessene Betreuung zukommt, und erhalten den Spielraum, die Einrichtung nach eigenen Präferenzen auszuwählen. Der Staat sollte daher zur Stärkung der Wahlfreiheit in gleicher Form und Höhe Zuschüsse an alle Anbieter und damit auch an privat-gewerbliche zahlen, die beispielsweise in Gutscheinform effizient vorgenommen werden könnten (Enste/Flüter-Hoffmann, 2008).

Ein besonderes Augenmerk sollte schließlich auf Maßnahmen der Sprachförderung liegen, mit denen Defizite und Verzögerungen in der Sprachentwicklung rechtzeitig erkannt und individuell behoben werden können, damit Kinder im Einschulalter auch schulfähig sind. Eine Studie von McKinsey setzt den Anteil der Kinder im Vorschulalter mit Störungen oder Verzögerungen bei der Sprachentwicklung bei 20 bis 30 Prozent an (McKinsey, 2005, 24).

7 Empirische Analyse der Gesundheit und des Verhaltens von Kindern

7.1 Die KiGGS-Daten und Methodik

Die vorliegenden Analysen basieren auf den Daten des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys (KiGGS) des Robert Koch-Instituts. An der KiGGS-Studie, die vom Robert Koch-Institut durchgeführt wurde, haben zwischen Mai 2003 und Mai 2006 insgesamt 17.641 Jugendliche im Alter von 0 bis 17 Jahren sowie deren Eltern teilgenommen (Kurth, 2007). Ziel dieses bundesweiten Befragungs- und Untersuchungssurveys war es, erstmals umfassende und bundesweit repräsentative Daten zum Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen zu erheben. Die Kinder und Jugendlichen sowie ihre Eltern wurden schriftlich befragt und die Heranwachsenden zusätzlich körperlich untersucht. Die Befragung wurde mittels Selbstausfüllfragebögen durchgeführt, die von den Eltern und ab dem 11. Lebensjahr auch von den Kindern und Jugendlichen auszufüllen waren. Zu den Themenschwerpunkten der Befragung zählten neben der körperlichen und psychischen Gesundheit auch das subjektive Wohlbefinden, die gesundheitsbezogene Lebensqualität, das Gesundheitsverhalten und die gesundheitliche Versorgung.

Ziel dieser Studie ist es, beeinflussende Faktoren bezüglich der gesundheitlichen Entwicklung zu ermitteln. Die gesundheitliche Entwicklung wird dabei erfasst über die Frage, ob die Kinder und Jugendlichen rauchen, regelmäßig Alkohol trinken, ob sie unter Übergewicht leiden, wie sie ihren subjektiven Gesundheitszustand einschätzen und ob sie psychisch auffällig sind. Dabei werden sowohl Risikofaktoren betrachtet, die zum Entstehen von Erkrankungen führen, als auch Bedingungen und Faktoren, die die Gesundheit schützen und bei psychischen Belastungen zur Widerstandskraft gegenüber Stressoren beitragen.

Die zentrale Idee der vorliegenden Studie ist es, zu prüfen, inwieweit die Gesundheit von Kindern, von der Familienstruktur und durch die familiären und anderen Ressourcen, die den Kindern zur Verfügung stehen, beeinflusst werden. Die verwendeten Daten des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys (KiGGS) ermöglichen neben einer Kontrolle der finanziellen und materiellen Ressourcen auch die Kontrolle von familiärem Zusammenhalt, persönlichen Ressourcen der Kinder und sozialer Unterstützung durch Verwandte und Freunde (sogenannte Schutzfaktoren).

Denn die Frage, ob und inwieweit die Trennung und Scheidung der Eltern und das Aufwachsen bei einem Elternteil oder in einer Patchworkfamilie für die Kinder mit psychosozialen Belastungen und Stressreaktionen verbunden ist, hängt wesentlich von der Beziehung zu dem Elternteil ab, bei dem die Kinder leben. Möglichen negativen Folgen für die Kinder kann entgegengewirkt werden, wenn es dem alleinerziehenden Elternteil gelingt, ein stabiles und vertrauensbasiertes familiäres Umfeld zu erhalten oder neu zu schaffen (Hagen/Kurth, 2007, 26). Aus wissenschaftlicher Sicht wird die Diskrepanz zwischen der starken Beanspruchung des nun alleinerziehenden Elternteils (finanzielle Belastung, evtl. Konflikte um das Sorgerecht und die Unterhaltszahlungen, schlechte Erwerbschancen vor allem von alleinerziehenden Müttern, schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf wegen mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten) und dem gesteigerten Unterstützungsbedürfnis der Kinder als Hauptursache für Belastungen des Familien- und Erziehungsklimas angesehen (Franz/Lensche, zitiert in Hagen/Kurth, 2007, 26).

Es wird geprüft, ob Kinder, die zwar bei beiden Elternteilen leben, aber einen defizitären familiären Zusammenhalt vorfinden, schlechter oder besser abschneiden als Kinder von Alleinerziehenden oder aus Patchworkfamilien, die einen guten familiären Zusammenhalt und damit ein besseres Umfeld für

die Kinder aufweisen. Basierend auf der Resilienzforschung stellt sich die Frage, welche Schutzfaktoren Kindern trotz möglicher Belastung durch nicht traditionelle Familienstrukturen eine gesunde Entwicklung erleichtern oder ermöglichen.

Die Endogenität der Familienstruktur kann mit KiGGS nicht kontrolliert werden, es können aber mit KiGGS viele familiäre Ressourcen berücksichtigt werden, die eine Unterteilung der Familien nach Familienstruktur und weiteren zentralen Ressourcen erlauben. Möglicherweise schwächt sich der Einfluss der Familienstruktur ab, wenn neben den materiellen und finanziellen Ressourcen (Einkommen, Bildung, Berufsstatus) der Eltern noch weitere, insbesondere die Schutzfaktoren (familiärer Zusammenhalt, persönliche Ressourcen, soziale Unterstützung) kontrolliert werden. Mit diesen Variablen kann treffsicherer als anhand der Familienstruktur und anderer sozioökonomischer und soziodemografischer Variablen ermittelt werden, wie sich der familiäre Hintergrund auf das Verhalten der Kinder und Jugendlichen auswirkt. Die Selektionseffekte, die bei der Berücksichtigung der Familienstruktur bestehen, können verringert werden, da eine Vielzahl der elterlichen Verhaltensweisen und Eigenschaften, die mit dem Verhalten der Kinder zusammenhängen, nun erfasst und damit beobachtbar geworden sind.

Diese Studie grenzt sich somit dahingehend von anderen Studien ab, als dass mit Hilfe der KiGGS-Daten Faktoren wie der familiäre Zusammenhalt, persönliche Ressourcen, soziale Unterstützung und die persönlichen Eigenschaften der Kinder berücksichtigt werden können.

Es werden drei verschiedene Modelle zur Erklärung der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder berechnet. Die Analysen beziehen sich auf 11- bis 17-jährige Kinder und Jugendliche, da erst ab diesem Alter Angaben über die Schutzfaktoren erhoben werden. Die Berechnungen sind gewichtet:

- In Modell A) gehen alle erklärenden Variablen einzeln ein
- In Modell B) werden Variablen aus Familienstruktur (bei beiden Elternteilen, Alleinerziehende, Patchwork und andere) und Schicht (untere, mittlere und obere Schicht), sogenannte Dummies, gebildet. Es ergeben sich zwölf Variablen, wobei die Kategorie „Kind lebt bei beiden leiblichen Eltern aus der mittleren Schicht“ als Referenz dienen.⁵⁵ Mit dieser Modellierung wird vor allem berücksichtigt, dass viele Alleinerziehende aufgrund geringer finanzieller Ressourcen über geringere Möglichkeiten verfügen, ihre Kinder zu fördern. Unterschieden werden:
 - beide leibliche Eltern aus unterer Schicht
 - beide leibliche Eltern aus mittlerer Schicht
 - beide leibliche Eltern aus hoher Schicht
 - Alleinerziehende aus unterer Schicht
 - Alleinerziehende aus mittlerer Schicht
 - Alleinerziehende aus hoher Schicht
 - Patchworkfamilien aus unterer Schicht
 - Patchworkfamilien aus mittlerer Schicht
 - Patchworkfamilien aus hoher Schicht
 - Andere aus unterer Schicht
 - Andere aus mittlerer Schicht
 - Andere aus hoher Schicht

⁵⁵ Die Variable „andere“ werden jedoch nicht interpretiert und gezeigt, da es sich um wenige Fälle von Kindern bei Großeltern, Adoptiveltern und im Heim handelt, die eine höchst heterogene Gruppe darstellen.

- In Modell C) werden Variablen aus Familienstruktur und familiärem Zusammenhalt (familiärer Zusammenhalt mit geringen oder großen Defiziten versus unauffälliger familiärer Zusammenhalt) gebildet. Hier ergeben sich acht Dummies, wobei die „Eltern mit unauffälligem familiärem Zusammenhalt“ die Referenzkategorie bilden. Mit dieser Modellierung ist es möglich, die unterschiedlichen Familienstrukturen anhand der familiären Unterstützung, die die Kinder von ihren Eltern erhalten, zu unterteilen. Unterschieden werden:
 - beide leibliche Eltern mit unauffälligem familiärem Zusammenhalt
 - beide leibliche Eltern mit defizitärem familiärem Zusammenhalt
 - Alleinerziehende mit unauffälligem familiärem Zusammenhalt
 - Alleinerziehende mit defizitärem familiärem Zusammenhalt
 - Patchworkfamilien mit unauffälligem familiärem Zusammenhalt
 - Patchworkfamilien mit defizitärem familiärem Zusammenhalt
 - Andere mit unauffälligem familiärem Zusammenhalt
 - Andere mit defizitärem familiärem Zusammenhalt

In den folgenden Tabellen werden die Variablen aufgeführt, von denen ein Einfluss auf das gesundheitliche Wohlbefinden ausgeht. Die folgende Tabelle enthält die zu erklärende Variablen.

Tabelle 22: Zu erklärende Variablen zur Entwicklung der Jugendlichen (11 bis 17 Jahre)

Zu erklärende Variablen	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Alkoholkonsum	Mindestens 1 Glas Alkohol (Bier, Wein, Schnaps etc.) pro Woche (Kinderfragebogen)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Rauchen	Jugendlicher raucht (Kinderfragebogen)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Subjektiver Gesundheitszustand	Selbsteinschätzung des subjektiven Gesundheitszustandes (sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht) (Kinderfragebogen)	1=sehr guter und guter Gesundheitszustand 0=mittelmäßiger, schlechter, sehr schlechter Gesundheitszustand
Psychische Auffälligkeiten	Jugendliche mit grenzwertigem oder auffälligem SDQ (Strength and Difficulties Questionnaire) ⁵⁶ ; (Elternangaben)	1=grenzwertig / auffällig 0=unauffällig
Übergewicht	Jugendlicher ist übergewichtig	1=trifft zu

⁵⁶ Der SDQ erfragt Schwächen und Stärken in den fünf Bereichen „emotionale Probleme“, „Hyperaktivitätsprobleme“, „Verhaltensprobleme“, „Probleme mit Gleichaltrigen“ und „Prosoziales Verhalten“, wobei letztes in den vom RKI gebildeten und hier verwendeten SDQ-Gesamtwert nicht eingeht (Hölling et al., 2007, 785)

	nach der Definition von Kromeyer-Hauschild	0= trifft nicht zu
--	--	--------------------

Dabei ist es möglich, dass einzelne Variablen sowohl zu erklärende als auch erklärte Variablen sein können. So gehen beispielsweise in die Analyse zum subjektiven Gesundheitszustand auch die Variablen „Rauchen“ und „Alkohol“ ein.

Die Tabellen 23 bis 29 nennen die Faktoren, die als erklärende Variablen in die Analyse eingegangen sind. Dabei sind nicht alle Einflussfaktoren für alle zu erklärenden Variablen relevant, sondern in den multivariaten Analysen wird je nach Fragestellung eine Auswahl an Einflussfaktoren getroffen.

Tabelle 23: Familienstruktur

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Struktur des familiären Zusammenlebens	Kind wächst auf bei <ul style="list-style-type: none"> • beiden leiblichen Eltern • einem leiblichen Elternteil • einem leiblichen Elternteil und einem Stiefelternteil • einer anderen Form (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

- Untersucht werden soll, ob die Struktur des familiären Zusammenlebens einen Einfluss auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen hat. Hierbei ist zu unterscheiden, ob das Kind bei beiden leiblichen Eltern lebt, ob nur ein Elternteil die Erziehungsaufgaben übernimmt (Alleinerziehende), ob das Kind bei zwei Elternteilen aufwächst, wovon nur eines ein leibliches Elternteil ist (Patchwork) oder ob das Kind mit anderen Personen in einem Haushalt lebt (Adoptiveltern, Großeltern/Verwandte, Heim).

Tabelle 24: Familiärer Bildungs- und Migrationshintergrund

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Schicht der Eltern (sozialer Status anhand der Angaben der Eltern zu ihrer Schulbildung und beruflichen Qualifikation, ihrer beruflichen Stellung und zum Haushaltsnettoeinkommen)	Sozialer Status der Eltern <ul style="list-style-type: none"> • Eltern haben niedrigen Sozialstatus • Eltern haben mittleren Sozialstatus • Eltern haben hohen Sozialstatus (Referenzkategorie: Eltern haben mittleren Sozialstatus) (Elternangaben)	1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu
Migrationshintergrund	Migranten sind Kinder, die selbst aus einem anderen Land zugewandert sind und von denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist oder von denen beide Eltern zugewandert oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind	1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu

- Die soziale Schicht der Eltern bestimmt die finanziellen und materiellen Ressourcen, die den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden können.
- Der Migrationshintergrund kann sich auf die gesundheitliche Entwicklung der Kinder auswirken, wenn bestimmte Normen und Regeln in anderen Staaten oder Religionen zu anderen Verhaltensweisen führen. Es wird erwartet, dass in Bezug auf Rauchen und Alkohol Mitglieder anderer Religionsgruppen, zum Beispiel des Islam, andere Lebensgewohnheiten haben als Mitglieder westlicher Religionsgruppen.

Tabelle 25: Erwerbstätigkeit

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS -Datensatz	Variablenausprägung
Erwerbstätigkeit der Mutter	(Referenzkategorie: Mutter ist Vollzeit erwerbstätig) Mutter ist Teilzeit erwerbstätig Mutter ist arbeitslos Mutter ist nicht erwerbstätig	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

	Mutter ist in Ausbildung (Elternangaben)	
Erwerbstätigkeit des Vaters	(Referenzkategorie: Vater ist Vollzeit erwerbstätig) Vater ist Teilzeit erwerbstätig Vater ist arbeitslos Vater ist nicht erwerbstätig Vater ist in Ausbildung (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

- Auch die Erwerbstätigkeit der Eltern könnte einen Einfluss auf die Entwicklung der Kinder haben. Es soll dabei unterschieden werden, ob die Mutter/der Vater nach Arbeit sucht und arbeitslos ist, ob sie/er freiwillig nicht oder ob sie/er Teilzeit oder Vollzeit erwerbstätig ist.
- Mögliche positive Effekte einer Erwerbstätigkeit liegen im höheren Haushaltseinkommen und in der sozialen Anerkennung und der damit verbundenen höheren Zufriedenheit begründet. Negative Effekte könnten sich ergeben, da die zeitlichen Ressourcen, die die Eltern für ihre Kinder aufbringen können, durch eine Erwerbstätigkeit sinken.

Tabelle 26: Schutzfaktoren

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS -Datensatz	Variablenausprägung
Familiärer Zusammenhalt	Familiärer Zusammenhalt unauffällig gemäß der Cut-Off-Werte des RKI Familiärer Zusammenhalt grenzwertig Familiärer Zusammenhalt defizitär (Referenzkategorie: Familiärer Zusammenhalt ist unauffällig) (Kinderfragebogen)	1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu
Persönliche Ressourcen	Persönliche Ressourcen unauffällig gemäß der Cut-Off-Werte des RKI Persönliche Ressourcen grenzwertig Persönliche Ressourcen defizitär (Referenzkategorie: Persönli-	1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu

	che Ressourcen sind unauffällig) (Kinderfragebogen)	
Soziale Unterstützung	Soziale Unterstützung unauffällig gemäß der Cut-Off-Werte des RKI Soziale Unterstützung grenzwertig Soziale Unterstützung defizitär (Referenzkategorie: Soziale Unterstützung ist unauffällig) (Kinderfragebogen)	1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu

Die Schutzfaktoren werden in drei Gruppen eingeteilt:

- familiärer Zusammenhalt: gemeinsame Unternehmungen, Zeit für Sorgen und Nöte der Kinder und Jugendlichen, Regeln in der Familie, Konfliktlösungen in der Familie, etc.
- persönliche Ressourcen: Fähigkeiten, mit Problemen umzugehen; Optimismus, Dinge des täglichen Lebens bereiten Freude, etc.
- soziale Unterstützung: Unterstützung in Form von Zuhören und Zuneigung, Vermittlung von Informationen zur Problemlösung, gemeinsame Unternehmungen etc.

Gemäß der Resilienzforschung ermöglichen gute Schutzfaktoren eine gute Entwicklung der Kinder trotz bestehender Risiken, die sich aus einer veränderten Familienstruktur ergeben können. Finden Kinder und Jugendliche einen ausreichenden familiären Zusammenhalt vor, so könnten mögliche negative Effekte der Trennung oder des Zusammenlebens mit einem neuen Partner des eigenen Elternteils – teilweise oder vollständig – kompensiert werden.

Tabelle 27: Schulbesuch

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS -Datensatz	Variablenausprägung
Besuchte weiterführende Schule oder bereits erreichter Schulabschluss	<ul style="list-style-type: none"> • Hauptschule/Hauptschulabschluss • Realschule/Realschulabschluss • Gymnasium/Abitur (Kinderfragebogen)	1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu 0 = trifft nicht zu

Der Schulbesuch spiegelt das soziale Umfeld wider, in dem die Kinder leben, und bildet Peer-Effekte ab.

Tabelle 28: Weitere allgemeine Kontrollvariablen

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS -Datensatz	Variablenausprägung
Stadt-Land-Indikator	<ul style="list-style-type: none"> • ländlich • kleinstädtisch • mittelstädtisch • (Referenzkategorie: großstädtisch) 	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Geschlecht	Geschlecht	1=Junge; 2=Mädchen
Bundesland, in dem der Jugendliche zum Befragungszeitpunkt lebt	Bundesland <ul style="list-style-type: none"> • NRW • Bayern • Baden-Württemberg • ... 	1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu ...
Alter der Jugendlichen zum Befragungszeitpunkt	Alter	in Jahren
Geschwisterzahl	Anzahl der Geschwister	numerisch

Für die Gesundheit- und das Verhalten der Kinder dürften auch andere Variablen wie das Geschlecht und das regionale Umfeld bedeutsam sein. Aus diesem Grund werden diese Einflussfaktoren als allgemeine Kontrollvariablen mit in die Regression aufgenommen.

Tabelle 29: Weitere spezifische Kontrollvariablen

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS -Datensatz	Variablenausprägung
Rauchen Vater, Rauchen Mutter	Mutter raucht Vater raucht (Elternangaben)	1=trifft zu; 0=trifft nicht zu 1=trifft zu; 0=trifft nicht zu
Jugendlicher hat chronische Krankheiten	CSHCN-Indikator ⁵⁷ (Elternangaben)	1=tifft zu; 0=trifft nicht zu
Jugendlicher ist behindert	Amtlich anerkannte Behinderung (Elternangabe)	1=tifft zu; 0=trifft nicht zu
Übergewicht der Mutter, Übergewicht des Vaters	Body-Maß-Index zeigt Übergewicht an (Elternangaben)	1=tifft zu; 0=trifft nicht zu
Vollständige Untersuchungsreihe der Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9	Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen von der U3 bis zur U9 (Elternangaben)	1=tifft zu; 0=trifft nicht zu
Körperliche Aktivitäten	Häufigkeit körperlicher Aktivitäten (Kinderfragebogen)	5=etwa jeden Tag 4=3-5 mal / Woche 3=etwa 1-2mal / Woche 2=1-2 mal / Monat 1=nie

- Das Gesundheitsverhalten der Eltern spiegelt den Wert wider, den sie selbst Gesundheit beimesen, und zeigt auf, inwieweit die Eltern selbst gesund leben und diese gesunde Lebensweise in ihrer Vorbildfunktion an die Kinder weitergeben können. Das Gesundheitsverhalten der Eltern wird mittels der Frage erfasst, ob die Eltern rauchen, und ob sie unter Übergewicht leiden.
- Die Sorge der Eltern hinsichtlich der Gesundheit der Kinder wird darüber hinaus durch die Teilnahme der Kinder an den kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen im Kindesalter erfasst. Da die ersten beiden Vorsorgeuntersuchungen – U1 und U2 – in der Regel nach der Entbindung im Krankenhaus vorgenommen werden, geht in die Analysen die Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9, die die Altersspanne sechs Monate bis sechs Jahre umfassen, ein (vollständige Untersuchungsreihe).
- Angeborene oder dauerhaft erworbene gesundheitliche Belastungen der Kinder werden mittels der Variablen erfasst, ob das Kind eine amtlich anerkannte Behinderung hat, und/oder ob es unter chronischen Krankheiten leidet.

⁵⁷ Der Children with Special Health Care Needs (CSHCN)-Indikator gibt einen besonderen Versorgungsbedarf als Ausdruck einer chronischen Erkrankung an.

7.2 Multivariate Ergebnisse

Anhand deskriptiver Auswertungen ergibt sich ein differenziertes Bild zum Einfluss der Familienstruktur. Es kann beobachtet werden, dass Jugendliche, die nicht in Paarfamilien mit leiblichen Eltern aufwachsen, hinsichtlich Rauchen, Übergewicht und psychischer Auffälligkeiten schlechter abschneiden. Die Familienstruktur hat keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, Alkohol zu trinken und auf den subjektiven Gesundheitszustand der Jugendlichen im Selbstbericht. Gründe hierfür können darin liegen, dass Kinder aus anderen Familienformen häufiger aus niedrigeren Schichten stammen. Ob tatsächlich die Familienstruktur für die schlechtere Entwicklung ursächlich ist, oder ob es andere Faktoren sind, die zwar mit der Familienstruktur assoziiert sind, wie zum Beispiel die materielle Situation von Alleinerziehenden, wird anhand der folgenden multivariaten Analysen untersucht. Die Auswahl der Variablen erfolgt so, dass der Erklärungsgehalt der Modelle maximiert wurde. Für alle zu erklärenden Variablen wurden logistische Regressionen gerechnet, da die zu erklärende Variable entweder den Wert 0 oder 1 annehmen kann. In den Berechnungen ist für das Alter der Kinder und das Bundesland kontrolliert worden, und die Daten sind gewichtet worden.

In Tabelle 30 sind zunächst alle als relevant erachteten, im Rahmen der KiGGS-Daten erhobenen Einflussfaktoren für die Entwicklung der Jugendlichen in die Analyse aufgenommen worden (Modell A).

Tabelle 30: Modell A

	Rauchen (ja=1, nein=0)	Alkohol (ja=1, nein=0)	Übergewicht (ja=1, nein=0)	Psych. Auf- fälligkeiten (ja=1, nein=0)	Subjektiver Gesundheits- zustand (gut und sehr gut=1, mit- telmäßig bis sehr schlecht=0)
Familienstruktur					
Beide leibliche Eltern (Referenz)					
Alleinerziehende	0,47***	-0,27	-0,17	0,38** ⁵⁸	-0,16

⁵⁸ Auch für die Altersgruppe der 3- bis 10-Jährigen lässt sich dieses Ergebnis des Zusammenhangs zwischen Familienstruktur und Gesamtproblemwert SDQ aufrechterhalten. So kommen Hagen/Kurth (2007) zu dem Ergebnis, „dass Alleinerziehende die Probleme ihrer Kinder in allen vier Problembereichen signifikant häufiger als auffällig einstufen als Eltern in partnerschaftlichen Familien...“ (Hagen/Kurth, 2007, 28). Im Gegensatz zur vorliegenden Studie nehmen sie allerdings keine Differenzierung nach Patchwork-Familien vor. Des Weiteren kommen sie zum Schluss, dass dieser Zusammenhang zwischen Familienstruktur und SDQ bei Mädchen ausgeprägter ist als bei Jungen (Hagen/Kurth, 2007, 29). Ebenso haben Ravens-Sieberer et al. (2007, 876) festgestellt, dass psychische Auffälligkeiten gehäuft bei Kindern auftreten, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen. Allerdings untersuchen sie nicht den Einfluss auf den Gesamtproblemwert SDQ, wie in der vorliegenden Studie geschehen, sondern sie ziehen dar-

Patchworkfamilien	0,35**	-0,16	-0,53***	0,86***	0,20
Andere	-0,15	0,37	-0,10	1,69***	1,17*
Schicht					
untere soziale Schicht	-0,16 ⁵⁹	-0,05 ⁶⁰	0,36*** ⁶¹	0,03 ⁶²	0,28*
mittlere soziale Schicht (Referenz)					
obere soziale Schicht	-0,08	0,12	-0,06	-0,19	0,05
Schutzfaktoren					
defizitärer familiärer Zusammenhalt	0,58*** ⁶³	0,25* ⁶⁴	0,25*	0,84*** ⁶⁵	-0,73***
geringe Defizite im fam. Zus.	0,43***	0,24	0,00	0,10	-0,51***
unauffälliger fam. Zus. (Referenz)					
defizitäre soziale Unterstützung	-0,93***	-0,39**	0,47***	0,47***	-0,06
geringe Defizite bei sozialer Unterstützung	-0,44***	-0,28*	0,25*	0,56***	-0,14

über hinaus Daten aus der BELLA-Studie heran. Ebenso erschwert die Vergleichbarkeit, dass die Altersabgrenzung nicht mit der in dieser Studie gewählten übereinstimmt.

⁵⁹ Einen Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Rauchverhalten kann Lampert jedoch sehr wohl erkennen: „Sowohl beim aktiven Rauchen als auch bei der Passivrauchbelastung zeigen sich deutliche Unterschiede nach dem sozialen Status. ... In der Altersgruppe der 14-bis 17-Jährigen rauchen Jungen aus der unteren Statusgruppe etwa zweimal und Mädchen sogar dreimal häufiger täglich als die Gleichaltrigen aus der höchsten Statusgruppe.“ (Lampert, 2008, 120f.) Zurückführen lassen sich die unterschiedlichen Ergebnisse möglicherweise auf andere verwendete Kontrollvariablen.

⁶⁰ Dieser Befund wird auch durch die Untersuchungsergebnisse von Lampert/ Thamm (2007) gestützt. So haben sie festgestellt, dass weder bei Jungen noch bei Mädchen der Sozialstatus eine Rolle für den Alkoholkonsum spielt (Lampert/Thamm, 2007, 605).

⁶¹ Zu diesem Ergebnis kommen auch Lampert (2008, 117) und Kurth/Schaffrath Rosario (2007, 737).

⁶² Im Gegensatz dazu kommen Hölling et al. (2007) bei ihrer Analyse zu dem Schluss, dass „Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status ... mit 21,4% ein deutlich höheres Risiko für Verhaltensauffälligkeiten (nach SDQ) auf[weisen], ein hoher sozialer Status geht dagegen mit einem wesentlich verringerten Risiko einher (10,1%). Kinder aus Familien mit mittlerem sozioökonomischen Status liegen bezüglich ihres Risikos mit 13,7% zwischen beiden Gruppen. Dieser Effekt ist über die verschiedenen Altersgruppen annähernd konstant.“ (Hölling et al., 2007, 788). Unterstützt wird dieser Befund auch durch Lampert (2008, 116) und Ravens-Sieberer et al. (2007, 875/877). Letztere stützten sich jedoch nicht nur auf KiGGS-Daten, sondern haben zusätzlich Daten der BELLA-Studie herangezogen.

⁶³ Zu dem gleichen Schluss kommen Erhart et al. (2007): „In der Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit deutlichen Defiziten im familiären Zusammenhalt ist der Anteil Rauchender mit 34,5% fast doppelt so hoch wie in der Gruppe der Kinder mit ausreichendem familiären Zusammenhalt (17,7%), ein Unterschied, der bei den Mädchen tendenziell stärker ausfällt.“ (Erhart et al., 2007, 806).

⁶⁴ Für die Erfahrungen mit Alkohol, die keinen Eingang in die vorliegende Untersuchung finden, ist ebenso der familiäre Zusammenhalt von Belang. So haben deutlich mehr Kinder und Jugendliche mit defizitärem familiären Zusammenhalt Erfahrungen mit Alkohol gemacht als Kinder und Jugendliche mit unauffälligem familiären Zusammenhalt (Erhart et al., 2007, 806f.).

⁶⁵ Auch Ravens-Sieberer et al. (2007) haben auf Basis von KiGGS-Daten und Daten der BELLA-Studie herausgefunden, „... dass diese Kinder (Anm.: mit psychischen Auffälligkeiten) deutlich häufiger aus konfliktbelasteten Familien kommen...“ (Ravens-Sieberer et al., 2007, 876).

Soziale Unterstützung unauffällig (Referenz)					
defizitäre persönliche Ressourcen	0,29*	-0,03	0,10	0,84*** ⁶⁶	-0,58***
geringe Defizite bei persönlichen Ressourcen	0,24	0,27*	0,09	0,57***	-0,40**
Persönliche Ressourcen unauffällig (Referenz)					
Geschlecht (Jungen=0, Mädchen=1)	0,43*** ⁶⁷	-1,13*** ⁶⁸	-0,01 ⁶⁹	-0,49*** ⁷⁰	-0,06
Nationalität (Ausländer=0, Deutsche=1)	0,24 ⁷¹	0,78*** ⁷²	-0,19 ⁷³	-0,44*** ⁷⁴	0,32*
Geschwisterzahl	-0,02	0,04	-0,20***	-0,19***	-0,14***
Schulform (1: Hauptschule, 2 Realschule, 3 Gymnasium)	-0,71*** ⁷⁵	0,10 ⁷⁶	-0,12*	-0,56***	0,20**
Erwerbstätigkeit der Eltern					

⁶⁶ Auf Basis von KiGGS-Daten und Daten der BELLA-Studie kommen Ravens-Sieberer et al.(2007) zum Ergebnis, „dass die beschriebenen personalen, familiären und sozialen Ressourcen bei den psychisch unauffälligen Kindern am häufigsten vorhanden sind, während sie bei den Kindern mit Hinweisen auf psychische Auffälligkeiten im geringeren Ausmaß vorliegen und bei den wahrscheinlich psychisch auffälligen Kindern am geringsten ausgeprägt sind ...“ (Ravens-Sieberer et al., 2007, 876).

⁶⁷ Diese hohe Signifikanz in der Altersgruppe der 11- bis 17-Jährigen lässt sich durch Lampert/Thamm (2007, 602/604) für die Altersgruppe der 14- bis 17-jährigen nicht bestätigen. Vielmehr ergibt sich, dass bei den 14- bis 15-Jährigen Mädchen etwas öfter rauchen, was sich bei den 16- bis 17-Jährigen umgekehrt verhält.

⁶⁸ In Bezug auf 17-Jährige attestieren Lampert/Thamm (2007) Folgendes: „Von den 17-jährigen Jungen gaben 67,2% an, mindestens einmal pro Woche Alkohol zu trinken, von den Mädchen sind es hingegen nur 39,7%.“ (Lampert/Thamm, 2007, 604f.).

⁶⁹ Auch Lampert (2008) kommt zum Ergebnis, dass in Bezug auf Übergewicht und Adipositas Jungen und Mädchen gleich stark betroffen sind (Lampert, 2008, 117).

⁷⁰ Auch Hölling et al. (2007) kommen zu dem Schluss, dass „Jungen ... gegenüber Mädchen bei den Verhaltensauffälligen (nach SDQ) klar überrepräsentiert sind. Dieser Unterschied ist über alle Altersgruppen zu finden, fällt bei den 14- bis 17-Jährigen jedoch tendenziell geringer aus.“ (Hölling et al., 2007, 786/788; siehe auch Ravens-Sieberer et al., 2007, 874).

⁷¹ Demgegenüber ergeben die Untersuchungen von Lampert/Thamm (2007), dass „Jugendliche mit Migrationshintergrund vergleichsweise selten rauchen“ (Lampert/Thamm, 2007, 605). Unterschiede im Ergebnis sind möglicherweise auf unterschiedliche Kontrollvariablen zurückzuführen.

⁷² Dieses Ergebnis untermauert auch die Analyse von (Lampert/Thamm, 2007, 605).

⁷³ Die Untersuchung von Kurth/Schaffrath Rosario (2007) hat hingegen ergeben, dass Kinder mit Migrationshintergrund einem höheren Risiko für Übergewicht und Adipositas unterliegen (Kurth/Schaffrath Rosario, 2007, 737).

⁷⁴ Diesen Befund unterstreicht die Untersuchung von Hölling et al. (2007): „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind auch hier mit 17,0% häufiger betroffen als ohne Migrationshintergrund (14,4%). Dieser Unterschied fällt bei den Älteren (14 bis 17 Jahre) am geringsten aus (15,1% vs. 13,4%).“ (Hölling et al., 2007, 788).

⁷⁵ Siehe dazu auch Lampert/Thamm (2007, 605), die dieses Ergebnis unterstützen.

⁷⁶ Lampert/Thamm (2007, 605) kommen hingegen zu dem Ergebnis, dass Jungen, die eine Haupt- oder Realschule besuchen, im Vergleich zu Gymnasiasten etwas häufiger Alkohol konsumieren.

Nichterwerbstätigkeit der Mutter	0,07	-0,10	-0,09	0,05	-0,21
Arbeitslosigkeit der Mutter	-0,19	0,04	0,29	-0,22	-0,14
Teilzeittätigkeit der Mutter	0,09	-0,13	-0,06	-0,02	-0,27*
Mutter in Ausbildung	0,97	-0,15	Ns	-0,83	0,27
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Nichterwerbstätigkeit des Vaters	0,57***	-0,13	0,53**	0,28	-0,13
Arbeitslosigkeit des Vaters	0,13	-0,07	-0,01	0,09	-0,16
Teilzeittätigkeit des Vaters	0,18	0,06	-0,66	0,12	-0,20
Vater in Ausbildung	-0,26	-0,79	-1,23		-0,13
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Gemeindegröße					
ländlich	-0,19	0,55***	-0,01	-0,09	0,14
kleinstädtisch	-0,24	0,47***	0,12	-0,03	0,03
mittelstädtisch	0,11	-0,07	0,12	-0,04	0,41**
großstädtisch (Referenz)					
Gesundheitliche Faktoren					
Rauchen Mutter	0,62*** 77				-0,02
Rauchen Vater	0,43*** 78				-0,20*
Chronische Krankheiten			0,37***	1,34***	-0,69***
SDQ grenzwertig			0,25		-0,56***
SDQ auffällig			-0,16		-0,36*
Alkoholkonsum	1,50***		0,02	-0,22	0,10
Rauchen		1,43***	0,30**	0,50***	-0,57***
Behinderung			-0,07	0,40	-0,09
körperliche Aktivitäten			-0,08**	-0,15***	0,25***
Übergewicht				0,08	-0,81***
Übergewicht der Mutter			0,96*** ⁷⁹	0,26**	
Übergewicht des Vaters			0,69***	-0,01	

⁷⁷ Der Befund eines positiven Zusammenhangs zwischen Rauchverhalten der Eltern und Rauchverhalten der Kinder trifft laut Lampert/Thamm (2007, 604) auch für 14- bis 17-Jährige zu.

⁷⁸ Der Befund eines positiven Zusammenhangs zwischen Rauchverhalten der Eltern und Rauchverhalten der Kinder trifft laut Lampert/Thamm (2007, 604) auch für 14- bis 17-Jährige zu.

⁷⁹ Dieses Ergebnis bestätigen auch Kurth/Schaffrath Rosario (2007, 737).

Vorsorgeuntersuchungen U3-U9			0,06		
N	4552	4715	4372	4465	3561
Pseudo-R ²	0,3035	0,3663	0,0944	0,1851	0,1271

leere Felder: Variable wurde nicht untersucht; psychische Auffälligkeiten bei „Vater in Ausbildung“ in der Regression nicht berücksichtigt wegen fehlender Variationen in unabhängiger Variable; *** signifikant auf dem 1%-Niveau; ** signifikant auf dem 5%-Niveau; * signifikant auf dem 10%-Niveau
 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis KiGGS-Daten

Familienstruktur

Der Einfluss der Familienstruktur ist differenziert zu bewerten. Zunächst ist festzustellen, dass nach Kontrolle einer Vielzahl an weiteren Variablen ein Einfluss der Familienstruktur hinsichtlich Rauchen und psychischer Auffälligkeiten besteht. Hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit für Übergewicht haben Kinder Alleinerziehender keine höhere Wahrscheinlichkeit, Kinder aus Patchworkfamilien hingegen eine geringere Wahrscheinlichkeit.

Soziale Schicht

Die soziale Schicht hat nur in wenigen Bereichen einen Einfluss; Jugendliche aus Familien der unteren Schicht haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für Übergewicht. Unerwartet ist das Ergebnis, dass Jugendliche aus der unteren Schicht ihren subjektiven Gesundheitszustand besser einschätzen als Kinder aus anderen Schichten. Wird in der Regression jedoch die Variable „Schule“ nicht aufgenommen, so zeigt sich der erwartete negative Einfluss der Zugehörigkeit zur unteren Schicht.

Schutzfaktoren

Die Analyse bestätigt den großen Einfluss der Schutzfaktoren, insbesondere des familiären Zusammenhaltes. Generell lässt sich feststellen, dass ein normaler familiärer Zusammenhalt die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in allen hier untersuchten Bereichen positiv unterstützt.

Die soziale Unterstützung bietet ein eher ambivalentes Bild, weil in den Bereichen Rauchen und Alkohol eine defizitäre soziale Unterstützung das Risiko, zu rauchen oder Alkohol zu trinken, verringert. Dies kann damit erklärt werden, dass in der Regel in Gesellschaft von Freunden geraucht und Alkohol getrunken wird. Zudem wirken hier Peer-Effekte und soziale Vorbilder. Das Fehlen sozialer Unterstützung erhöht die Wahrscheinlichkeit für Übergewicht und psychische Auffälligkeiten.

Defizite bei den persönlichen Ressourcen erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Rauchen, Alkoholkonsum, psychische Auffälligkeiten und einen schlechteren subjektiven Gesundheitszustand. Sie haben keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit für Übergewicht.

Andere Einflüsse

Mädchen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit zu rauchen und eine geringere für Alkoholkonsum. Die Geschwisterzahl reduziert das Risiko für Übergewicht und psychische Auffälligkeiten, hat aber

auch einen negativen Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand. Die Nationalität hat Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, regelmäßig Alkohol zu trinken – diese ist bei Deutschen höher. Ausländer sind zudem seltener von psychischen Auffälligkeiten betroffen und schätzen ihren subjektiven Gesundheitszustand besser ein als Deutsche.

Der Schulbesuch ist auch bei gleichzeitiger Kontrolle der Schicht eine signifikante Erklärungsgröße. Je höher qualifizierend die Art der besuchten weiterführenden Schule ist (Realschule oder Gymnasium), umso besser verläuft die Entwicklung der Jugendlichen.

Die Erwerbstätigkeit der Eltern hat auf keine der zu erklärenden Variablen einen Einfluss – einzige Ausnahme ist ein positiver Effekt der Nichterwerbstätigkeit des Vaters auf die Wahrscheinlichkeit für Übergewicht und Zigarettenkonsum der Kinder.

Hinsichtlich der gesundheitlichen Faktoren lässt sich Folgendes feststellen:

- Rauchen: Wenn die Eltern rauchen, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder rauchen. Eltern fungieren hier als Vorbild.
- Rauchen und Alkohol gehen miteinander einher: Jugendliche, die rauchen, konsumieren auch regelmäßig Alkohol und umgekehrt.
- Übergewicht: Auch hier zeigt sich, dass Jugendliche, deren Eltern unter Übergewicht leiden, selbst ein höheres Risiko für Übergewicht haben. Hieran zeigt sich, dass Vorbildfunktion und gesunde beziehungsweise ungesunde Lebensweise der Eltern Einfluss auf die Kinder ausüben.
- Psychische Auffälligkeiten: Chronische Erkrankungen gehen oft mit psychischen Auffälligkeiten einher.
- Subjektiver Gesundheitszustand: Rauchen des Vaters, chronische Erkrankungen, psychische Auffälligkeiten, Rauchen und eigenes Übergewicht verringern die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut einschätzen.

Tabelle 31: Multivariate Ergebnisse anhand von Variablen aus Schicht und Familienstruktur (Modell B)

	Rauchen	Alkohol	Übergewicht	Psych. Auffälligkeiten	Subjektiver Gesundheitszustand
Zusammengesetzte Variablen Familienstruktur und Schicht					
Eltern aus unterer Schicht	-0,00	-0,16	0,31**	0,18	0,26
Eltern aus mittlerer Schicht (Referenz)					
Eltern aus oberer Schicht	0,08	-0,06	-0,07	0,09	0,05
Alleinerziehende aus unterer Schicht	0,42*	-0,41*	0,09	0,40	0,36
Alleinerziehende aus mittlerer Schicht	0,44**	-0,20	-0,06	0,67***	-0,42*
Alleinerziehende aus oberer Schicht	0,72	-0,64	-0,44	-0,92	0,78

Patchworkfam. aus unterer Schicht	-0,26	-0,20	0,18	0,92***	0,21
Patchworkfam. aus mittlerer Schicht	0,47**	-0,01	-0,79***	1,20***	0,43
Patchworkfam. aus oberer Schicht	0,73***	-0,63**	-0,64*	0,12	0,08
Schutzfaktoren					
defizitärer familiärer Zusammenhalt	0,59***	0,25*	0,24*	0,86***	-0,73***
geringe Defizite im fam. Zus.	0,43***	0,24	0,00	0,08	-0,51***
unauffälliger fam. Zus. (Referenz)					
defizitäre soziale Unterstützung	-0,93***	-0,40**	0,47***	0,50***	-0,07
geringe Defizite bei sozialer Unterstützung	-0,41***	-0,29**	0,24*	0,56***	-0,12
Soziale Unterstützung unauffällig (Referenz)					
defizitäre persönliche Ressourcen	0,29*	-0,03	0,11	0,83***	-0,58***
geringe Defizite bei persönlichen Ressourcen	0,24	0,27*	0,09	0,55***	-0,40**
Persönliche Ressourcen unauffällig (Referenz)					
Geschlecht (Jungen=0, Mädchen=1)	0,42***	-1,13***	-0,01	-0,49***	-0,07
Nationalität (Ausländer=0, Deutsche=1)	0,24	0,77***	-0,19	-0,45***	0,31*
Geschwisterzahl	-0,03	0,04	-0,20***	-0,19***	-0,14***
Schulform (1: Hauptschule, 2 Realschule, 3 Gymnasium)	-0,71***	0,10	-0,11*	-0,57***	0,20**
Erwerbstätigkeit der Eltern					
Nichterwerbstätigkeit der Mutter	0,08	-0,11	-0,09	0,01	-0,22
Arbeitslosigkeit der Mutter	-0,18	0,03	0,28	-0,22	-0,15
Teilzeittätigkeit der Mutter	0,10	-0,14	-0,06	-0,05	-0,28*
Mutter in Ausbildung	-0,88	-0,18		-0,73	0,34
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Nichterwerbstätigkeit des Vaters	0,54**	-0,14	0,55**	0,23	-0,14
Arbeitslosigkeit des Vaters	0,16	-0,09	-0,02	0,08	-0,15
Teilzeittätigkeit des Vaters	0,19	0,04	-0,67	0,09	-0,21
Vater in Ausbildung	-0,28	-0,78	-1,25		-0,27

Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Gemeindegröße					
Ländlich	-0,20	0,56***	-0,00	-0,09	0,14
Kleinstädtisch	-0,22	0,46***	0,12	-0,01	0,04
Mittelstädtisch	0,12	-0,08	0,12	-0,04	0,42**
großstädtisch (Referenz)					
Gesundheitliche Faktoren					
Rauchen Mutter	0,62***				-0,01
Rauchen Vater	0,44***				-0,20*
Chronische Krankheiten			0,36***	1,33***	-0,68***
SDQ grenzwertig			0,26		-0,56***
SDQ auffällig			-1,47		-0,37*
Alkoholkonsum	1,51***		0,02	-0,23	0,10
Rauchen		1,44***	0,31**	0,49***	-0,58***
Behinderung			-0,06	0,37	-0,12
körperliche Aktivitäten			-0,08**	-0,15***	0,24***
Übergewicht				0,10	-0,81***
Übergewicht der Mutter			0,96***	0,26**	
Übergewicht des Vaters			0,69***	-0,02	
Vorsorgeuntersuchungen U3-U9			0,06		
N	4550	4715	4372	4463	3559
Pseudo-R ²	0,3057	0,3670	0,0957	0,1908	0,1291

leere Felder: Variable nicht untersucht; Übergewicht bei „Mutter in Ausbildung“, psychische Auffälligkeiten bei „Vater in Ausbildung“ unberücksichtigt wegen fehlender Variationen in unabhängiger Variable; *** signifikant auf dem 1%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; * signifikant auf 10%-Niveau
 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis KiGGS-Daten

Da es einen starken Zusammenhang zwischen Schicht und Familienstruktur gibt, wird in den in Tabelle 31 dargestellten Berechnungen eine gemeinsame Variable aus Familienstruktur und Schicht gebildet. Die Referenzkategorie bildet die Kategorie „Kind lebt bei beiden leiblichen Eltern aus der mittleren Schicht“.

Im Wesentlichen verringert sich der Einfluss der Familienstruktur. Der Einfluss der Familienstruktur bezüglich Rauchen, Übergewicht und psychischer Gesundheit kann zu einem Teil durch die Schichtzugehörigkeit erklärt werden:

- Rauchen: Für die Wahrscheinlichkeit zu rauchen macht es keinen Unterschied für Kinder, die mit beiden leiblichen Eltern zusammen leben, aus welcher Schicht sie stammen. Jugendliche von Alleinerziehenden aus der unteren und mittleren Schicht haben eine größere Wahrscheinlichkeit zu

rauchen als Kinder, die mit beiden leiblichen Eltern der mittleren Schicht zusammen leben, während dies für Jugendliche von Alleinerziehenden der oberen Schicht nicht zutrifft. Jugendliche aus Patchworkfamilien aus der mittleren und oberen Schicht haben eine größere Wahrscheinlichkeit zu rauchen.

- Übergewicht: Jugendliche, die bei beiden Eltern leben, die zur unteren Schicht zählen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für Übergewicht. Jugendliche aus Patchworkfamilien der mittleren und oberen Schicht haben eine geringere Wahrscheinlichkeit für Übergewicht. Jugendliche von Alleinerziehenden unterscheiden sich nicht von Kindern, die mit beiden leiblichen Eltern zusammen leben.
- Psychische Auffälligkeiten: Jugendliche von Alleinerziehenden der mittleren Schicht und aus Patchworkfamilien der unteren und mittleren Schicht haben ein höheres Risiko als Kinder, die mit beiden leiblichen Eltern aus der mittleren Schicht zusammen leben.

Für die anderen Variablen ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.

In Tabelle 32 sind die Ergebnisse für die zusammengesetzten Variablen aus Familienstruktur und familiärem Zusammenhalt dargestellt. Referenzkategorie sind die Kinder, die mit beiden leiblichen Eltern mit einem normalen familiären Zusammenhalt leben. Mit dieser Spezifikation soll geprüft werden, ob der Einfluss der Familienstruktur verringert werden kann, wenn es den Familien gelingt, einen guten familiären Zusammenhalt zu schaffen und ob dieser Schutzfaktor geeignet ist, Belastungen, die sich aus Veränderungen der Familienstruktur für die Kinder ergeben, abzumildern.

Für die Bereiche Rauchen und psychische Auffälligkeiten gilt, dass ein Einfluss der Familienstruktur bestehen bleibt, das heißt selbst Familien mit einem normalen familiären Zusammenhalt gelingt es nicht, die negativen Effekte einer anderen Familienstruktur beziehungsweise Änderungen in der Familienstruktur vollständig aufzufangen.

Für die einzelnen Bereiche ergibt sich ein differenziertes Bild:

- Rauchen: Für alle Familienstrukturen gilt, dass ein familiärer Zusammenhalt, der geringe oder große Defizite ausweist, zu einer höheren Wahrscheinlichkeit zu rauchen führt. Es besteht ein negativer Einfluss des Aufwachsens bei Alleinerziehenden oder in Patchworkfamilien, da auch Jugendliche von Alleinerziehenden und aus Patchworkfamilien mit einem unauffälligen familiären Zusammenhalt eine höhere Wahrscheinlichkeit zu rauchen aufweisen als Kinder, die bei beiden leiblichen Eltern mit unauffälligem familiären Zusammenhalt leben.
- Alkoholkonsum: Jugendliche, deren leibliche Eltern oder deren alleinerziehender Elternteil Defizite im familiären Zusammenhalt aufweisen, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für regelmäßigen Alkoholkonsum, während sich kein Effekt der Patchworkfamilien zeigt.
- Übergewicht: Hier findet sich das Ergebnis, dass Kinder von Alleinerziehenden und Patchworkfamilien ein geringeres Risiko für Übergewicht haben.
- Psychische Auffälligkeiten: Für alle Familienstrukturen gilt, dass ein familiärer Zusammenhalt, der geringe oder große Defizite aufweist, zu einer höheren Wahrscheinlichkeit für psychische Auffälligkeiten führt. Der Einfluss der Familienstruktur bleibt jedoch bestehen, da auch Jugendliche aus Patchworkfamilien mit einem unauffälligen familiären Zusammenhalt ein höheres Risiko für psychische Auffälligkeiten aufweisen.

Für die anderen Variablen ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.

Tabelle 32: Multivariate Ergebnisse anhand von Variablen aus familiärem Zusammenhalt und Familienstruktur (Modell C)

	Rauchen	Alkohol	Übergewicht	Psych. Auf- fälligkeiten	Subjektiver Gesundheits- zustand
Schicht					
untere soziale Schicht	-0,08	-0,16	0,36***	0,03	0,29**
mittlere soziale Schicht (Referenz)					
obere soziale Schicht	0,08	-0,12	-0,07	-0,21	0,05
Schutzfaktoren					
defizitäre soziale Unterstützung	-0,93***	-0,39**	0,47***	0,48***	-0,06
geringe Defizite bei sozialer Unterstützung	-0,43***	-0,29**	0,24*	0,58***	-0,14
Soziale Unterstützung unauffällig (Referenz)					
defizitäre persönliche Ressourcen	0,28*	-0,03	0,09	0,83***	-0,57***
geringe Defizite bei persönlichen Ressourcen	0,25	0,27*	0,08	0,56***	-0,39**
Persönliche Ressourcen unauffällig (Referenz)					
Zusammengesetzte Variablen Familienstruktur und fam. Zus.					
Eltern mit geringen oder großen Defiziten im fam. Zus.	0,53***	0,28**	0,10	0,44***	-0,78***
Eltern mit unauffälligem fam. Zus. (Referenz)					
Alleinerziehende mit geringen oder großen Defiziten im fam. Zus.	1,04***	0,09	0,37	1,06***	-0,52
Alleinerziehende mit unauffälligem fam. Zus.	0,45**	-0,30	-0,33*	0,26	-0,33
Patchworkfam. mit geringen oder großen Defiziten im fam. Zus.	0,79***	-0,14	-0,62**	1,52***	-0,05
Patchworkfam. mit unauffälligem fam. Zus.	0,40**	-0,03	-0,41**	0,75***	-0,11
Geschlecht (Jungen=0, Mädchen=1)	0,43***	-1,14***	-0,01	-0,49***	-0,05

Nationalität (Ausländer=0, Deutsche=1)	0,24	0,78***	-0,19	-0,43**	0,32*
Geschwisterzahl	-0,02	0,04	-0,19***	-0,18***	-0,14***
Schulform (1: Hauptschule, 2 Realschule, 3 Gymnasium)	-0,71***	0,10	-0,11*	-0,54***	0,20**
Erwerbstätigkeit der Eltern					
Nichterwerbstätigkeit der Mutter	0,07	-0,11	-0,08	0,08	-0,20
Arbeitslosigkeit der Mutter	-0,19	0,04	0,29	-0,22	-0,15
Teilzeittätigkeit der Mutter	0,09	-0,14	-0,06	-0,03	-0,26*
Mutter in Ausbildung	-0,96	-0,17		-0,84	0,32
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Nichterwerbstätigkeit des Vaters	0,57***	-0,12	0,54**	0,30	-0,17
Arbeitslosigkeit des Vaters	0,13	-0,08	-0,02	0,09	-0,15
Teilzeittätigkeit des Vaters	0,18	0,05	-0,67	0,08	-0,21
Vater in Ausbildung	-0,25	-0,78	-1,21		-0,05
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Gemeindegröße					
Ländlich	-0,18	0,56***	0,00	-0,08	0,11
Kleinstädtisch	-0,23	0,47***	0,12	-0,01	0,02
Mittelstädtisch	0,11	-0,07	0,12	-0,03	0,40**
großstädtisch (Referenz)					
Gesundheitliche Faktoren					
Rauchen Mutter	0,62***				-0,01
Rauchen Vater	0,44***				-0,20*
Chronische Krankheiten			0,36***	1,33***	-0,67***
SDQ grenzwertig			0,25		-0,61***
SDQ auffällig			-0,14		-0,40**
Alkoholkonsum	1,50***		0,02	-0,21	0,11
Rauchen		1,43***	0,30**	0,49***	-0,58***
Behinderung			-0,04	0,45	-0,09
körperliche Aktivitäten			-0,08**	-0,15***	0,25***
Übergewicht				0,08	-0,82***
Übergewicht der Mutter			0,96***	0,25**	

Übergewicht des Vaters			0,69***	-0,01	
Vorsorgeuntersuchungen U3-U9			0,05		
N	4552	4715	4372	4465	3561
Pseudo-R ²	0,3035	0,3667	0,0951	0,1813	0,1292

leere Felder: Variable nicht untersucht; Übergewicht bei „Mutter in Ausbildung“, psychische Auffälligkeiten bei „Vater in Ausbildung“ unberücksichtigt wegen fehlender Variationen in unabhängiger Variable; *** signifikant auf dem 1%-Niveau; ** signifikant auf 5%-Niveau; * signifikant auf 1%-Niveau
 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis KiGGS-Daten

7.3 Zusammenfassung

Generell gilt, dass der familiäre Zusammenhalt eine der wichtigsten Erklärungsgrößen für den Gesundheitszustand der Kinder darstellt. Für alle untersuchten Bereiche konnte festgestellt werden, dass ein defizitärer familiärer Zusammenhalt die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen negativ beeinträchtigt. Eine Stärkung des familiären Zusammenhalts bewirkt somit eindeutig positive Effekte und sollte bei der Ausrichtung der Familienpolitik eine zentrale Rolle spielen.

Es lässt sich ferner festhalten, dass der Einfluss der Familienstruktur differenziert zu betrachten ist. In den Bereichen Rauchen und psychische Auffälligkeiten bleibt auch nach Kontrolle einer Vielzahl an Variablen ein Einfluss bestehen. Ein Teil der Unterschiede zwischen den Familienformen ist jedoch schichtbedingt. Auch nach der Kontrolle des familiären Zusammenhaltes gilt in den Bereichen Rauchen und psychische Auffälligkeiten, dass der Einfluss der Familienstruktur bestehen bleibt, das heißt, selbst Alleinerziehenden und Patchworkfamilien mit einem normalen familiären Zusammenhalt gelingt es nicht, das Gesundheitsrisiko vollständig auf das Niveau der Kinder aus Paarfamilien mit leiblichen Kindern zu senken, die auch einen normalen familiären Zusammenhalt aufweisen.

Die Familienstruktur hat keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, Alkohol zu trinken und auf den subjektiven Gesundheitszustand der Jugendlichen im Selbstbericht. Der fehlende Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand deckt sich mit der Studie von Winkelmann (2003), der anhand des SOEP mittels der subjektiven Zufriedenheit der Jugendlichen ebenfalls keinen Einfluss der Familienstruktur findet. Beim Übergewicht zeigt sich sogar, dass Kinder aus Patchworkfamilien hier ein geringeres Risiko tragen.

Bezüglich der Erwerbstätigkeit der Eltern ergibt sich kein signifikanter Effekt auf die gesundheitlichen Variablen und auf das Verhalten der Kinder. Frühe Erwerbsunterbrechungen der Eltern können jedoch mit Einkommenseinbußen, einer geringeren Schichtzugehörigkeit und einer größeren Wahrscheinlichkeit von Kinderarmut verbunden sein. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung kann damit einen positiven Einfluss auf die Bildung und indirekt über die Vermeidung von Erwerbsunterbrechungen auf Gesundheit und Verhalten der Kinder haben. Diese Effekte dürften dann besonders positiv sein, wenn beispielsweise über den Ausbau von Familienzentren Schutzfaktoren wie der familiäre Zusammenhalt gestärkt werden (siehe dazu Kapitel 8.1).

Teil III: Analyse fiskalischer Effekte durch eine veränderte Familienförderung

Die Effekte des Ausbaus der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur sollen im Folgenden abgeschätzt werden. Hierzu sind zunächst die Kosten des Ausbaus zu berechnen, um diese den möglichen Effekten gegenüberstellen zu können. Diese werden in einem Modellansatz abgeschätzt.

8 Analyse der Wirkungen einer veränderten Familienförderung

8.1 Die Effekte der frühkindlichen Bildung aus internationaler Sicht

Mit den Effekten frühkindlicher Bildung beschäftigen sich ausführlich Cunha/Heckman (2007, 2ff.). Die Autoren zeigen auf Basis einer Metastudie, dass das Erlernen von Fähigkeiten nicht nur auf Veranlagung sondern zu einem großen Teil auf Umwelteinflüsse im Anfangsstadium der Kindheit zurückzuführen ist. So gibt es einige sensible Phasen im Leben eines Kindes, in denen sich bestimmte Fähigkeiten herausbilden beziehungsweise leichter erlernen lassen als zu einem späteren Zeitpunkt. Da Kinder jedoch nicht im gleichen Milieu groß werden und nicht den gleichen Umwelteinflüssen ausgesetzt sind, werden bereits in frühester Kindheit die Unterschiede zwischen den einzelnen sozioökonomischen Gruppen zementiert. Studien haben gezeigt, dass Investitionen in die Bildung benachteiligter Kinder in einem frühen Lebensstadium eine weitaus höhere Rendite mit sich bringen als solche, die in einem späteren Stadium getätigt werden. Beispielsweise haben Kreditbeschränkungen der Eltern in frühen Lebensperioden des Kindes negative Wirkungen auf die Entwicklung des Kindes (Restuccia/Urrutia, 2004). Allerdings ist auch festgestellt worden, dass eine ausschließlich frühkindliche Bildung ohne zusätzliche Fördermaßnahmen im weiteren Lebensverlauf den positiven Effekt deutlich verringert.

Im Hinblick darauf, dass in frühester Kindheit angelegte sowohl kognitive Fähigkeiten als auch nicht kognitive Persönlichkeitsmerkmale wie zum Beispiel Motivationsbereitschaft und Selbstkontrolle eine wichtige Grundlage für beruflichen und sozialen Erfolg bilden, sollte – laut Cunha/Heckman (2007) – eine stärkere Konzentration auf die frühkindliche Bildung stattfinden. Eine weitere Erkenntnis besteht darin, dass bestehende nicht kognitive Fähigkeiten – bedingt beispielsweise durch einen positiven familiären Hintergrund – das Erlernen kognitiver Fähigkeiten positiv beeinflussen.

Cunha/Heckman (2007) haben auf Basis der obigen Erkenntnisse untersucht, wie sich die Bildungserfolge und sozialen Merkmale wie zum Beispiel Kriminalität benachteiligter Kinder⁸⁰ je nach eingesetztem Politikstil ändern. Während im Basismodell keine Intervention des Staates für benachteiligte Kinder erfolgt – das heißt, der Staat betreibt lediglich in herkömmlicher Weise Bildungspolitik, wird im ersten Szenario im Rahmen des Perry Pre-School Program in frühkindliche Bildung für benachteiligte Kinder investiert. Dem wird ein zweites Szenario gegenübergestellt, das statt frühkindlicher Bildung diese zusätzlichen Investitionen in spätere Lebensphasen verschiebt. Ein drittes Szenario geht sowohl von der Einführung frühkindlicher Bildung als auch von Maßnahmen, die auf Jugendliche zugeschnitten sind, aus. Annahmegemäß kosten dabei die Maßnahmen in den Szenarien zwei und drei 35 Prozent mehr als das Perry Pre-School Program in Szenario eins. Verglichen werden die Erfolge

⁸⁰ Benachteiligte Kinder sind hier so definiert, dass ihre Eltern dem niedrigsten Dezil in der Verteilung der Fähigkeiten angehören. Wenn der Staat nicht eingreift, erhalten die Kinder im Anfangsstadium ihres Lebens eine Bildung, die dem ersten Dezil in der Verteilung der Fähigkeiten der Eltern entspricht.

der drei unterschiedlichen Szenarien in den Bereichen High-school-Abschluss, Aufnahme eines Studiums, Kriminalität (Verurteilung, Bewährung) und Inanspruchnahme von Wohlfahrtsleistungen.

Mit Hilfe des Modells lässt sich zeigen, dass im ersten Szenario im Vergleich zum Basisszenario bereits eine Zunahme des Anteils der benachteiligten Jugendlichen mit High-school-Abschluss um 24,7 Prozentpunkte zu verzeichnen ist. Dieser Anteil von 65,8 Prozent ließe sich nur im dritten Modell mit einem zusätzlichen Ausbau der Maßnahmen der Bildung im Jugendalter auf 91,4 Prozent steigern. Durch eine Einführung frühkindlicher Bildung ließe sich im Gegensatz zum Basisszenario der Anteil der Studierenden aller benachteiligten Jugendlichen fast verdreifachen, Verurteilungen aufgrund von Straftaten würden um mehr als fünf Prozentpunkte zurückgehen – genauso wie Bewährungsstrafen um fast sieben Prozentpunkte, außerdem ließe sich die Inanspruchnahme staatlicher Wohlfahrtsleistungen auf etwas mehr als die Hälfte reduzieren.

Tabelle 33: Auswirkungen unterschiedlicher Politikmaßnahmen auf die Entwicklung benachteiligter Kinder (in Prozent)

Anteile innerhalb der Gruppe der benachteiligten Kinder	Basismodell	Szenario 1: Frühkindliche Bildung	Szenario 2: Bildung im Jugendalter	Szenario 3: frühkindliche Bildung + Bildung im Jugendalter
High-school-Abschluss	41,1	65,8	63,9	91,4
Einschreibung an Universität	4,5	12,6	11,7	37,6
Verurteilung	22,8	17,1	17,7	10,8
Bewährungsstrafe	21,5	14,9	15,6	8,2
Inanspruchnahme staatlicher Wohlfahrtsleistungen	17,7	9,1	9,7	2,6

Quelle: Cunha/Heckman, 2007, 44

Es ist ersichtlich, dass das Programm zum Ausbau der frühkindlichen Bildung (Szenario 1) effektiver ist als der in Szenario 2 vorgesehene Ausbau der Bildung im Jugendalter. Des Weiteren ist das Perry Pre-School Program mit um 35 Prozent niedrigeren Kosten verbunden als die in Szenario 2 gewählte Maßnahme. Nur durch einen gleichzeitigen Ausbau von frühkindlicher Bildung und Maßnahmen in späteren Lebensphasen ließe sich ein besserer Effekt erzielen als in Szenario 1, der jedoch ebenso mit höheren Kosten verbunden wäre.

Untersucht worden ist das Perry Pre-School Program auch durch Nores et al. (2005), die auf Basis einer Gruppe von Teilnehmern in den 60er-Jahren 40 Jahre später die Effekte des Programms evaluieren. Zu diesem Zweck werden die Ergebnisse der Programmteilnehmer, was Bildung, Erwerbstätigkeit, Kriminalität et cetera anbelangt, denen einer Vergleichsgruppe gegenübergestellt, die nicht als Kleinkind dieses Programm durchlaufen haben. Die Autoren kommen auf Basis ihrer Untersu-

chung zu dem Schluss, dass bei einem Diskontsatz von 3 Prozent jedem im Rahmen des Programms ausgegebenen Dollar ein Nutzen in Höhe von 12,90 Dollar – zum Beispiel aufgrund einer geringen Wahrscheinlichkeit, kriminell zu werden – gegenübersteht.

In Teil II der vorliegenden Studie ist deutlich geworden, dass sowohl der familiäre Zusammenhalt als auch die Art der besuchten weiterführenden Schule einen großen Einfluss auf das Sozial- und Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen haben. Familienzentren haben es sich zum Ziel gesetzt, diese beiden Faktoren zu beeinflussen. So sollen durch frühkindliche Bildung das Qualifikationsniveau erhöht und beispielsweise durch spezielle Elternschulungen der familiäre Zusammenhalt gestärkt werden. Im Folgenden sollen exemplarisch die Erfolge von Programmen zur Integration von Angeboten, die sich an Eltern richten, in Einrichtungen der frühkindlichen Förderung und Betreuung in Großbritannien und den USA dargelegt werden.

Familienzentren in Großbritannien und im US-Bundesstaat Maryland

Ende der 90er- Jahre ist in Großbritannien die Einführung des Sure start-Programms mit sogenannten Sure Start Children's Centres beschlossen worden, um Maßnahmen der Kinderbetreuung, frühkindlichen Bildung und Unterstützung von Familien mit Kindern im Alter unter fünf Jahren in einem nationalen Programm zu bündeln (siehe www.surestart.gov.uk). In besonderem Maße richten sich diese Zentren an benachteiligte Familien. Bei der Evaluation gehen die damit beauftragten Wissenschaftler derart vor, dass sie Gebiete, in denen es Sure Start Children's Centres gibt mit solchen vergleichen, die eine ähnliche Sozialstruktur aber kein Sure Start Children's Centre vorzuweisen haben. Im Rahmen der Analyse kommen sie zu dem Schluss, dass zuallererst die beteiligten Eltern ihren Kindern zu Hause ein besseres Lernumfeld bieten als in den Vergleichsgebieten, woraus eine verbesserte soziale Entwicklung der Kinder folgt, was sich beispielsweise in positivem sozialen Verhalten und größerer Selbstständigkeit äußert (National Evaluation Report, v). Des Weiteren nutzen die Familien, die in Gebieten mit einem Sure Start Children's Centre leben, in größerem Umfang kind- und familienbezogene Dienstleistungen.

Im Rahmen des Sure start- Programms sind Ende der 90er-Jahre sogenannte „Early excellence centres“ eingerichtet worden, die „good practices“ zur Kombination von Angeboten für Kinder und Eltern in einer Einrichtung erarbeiten sollten. Auch hierzu liegen Evaluationen hinsichtlich des Einflusses auf kindliche Entwicklung und Familienleben vor. In besonderem Maße richten sich diese Zentren an benachteiligte Familien. So kann man beobachten, dass die größten Probleme der Besucher eines Familienzentrums die Armut, der Besuch von Förderklassen der Kinder und die Arbeitslosigkeit der Eltern sind. Aufgrund des relativ langen Zeitraums seit Einführung der „Early excellence centres“ bis heute, gibt es bereits Evaluationen zur Wirkungsweise. Allerdings ist eine ausschließliche Kausalität zwischen dem Besuch eines Familienzentrums und den beobachteten Verbesserungen hinsichtlich sozialer Kompetenz, kognitiver Entwicklung et cetera nur bedingt herstellbar.

Tabelle 34: Beurteilung der Early Excellence Centres und deren Nutzen für die Kinder durch Betreuer und Eltern 2001

Ergebnisse	Anzahl
Verbesserte soziale Kompetenz	185
Gesteigerte kognitive Entwicklung	92
Früher Förderunterricht und schnellere Versetzung in reguläre Klassen	29
Verbessertes physisches Wohlbefinden	15
Rückgang der Inanspruchnahme des Kinderschutzes und der Kinderfürsorge	6

Quelle: Bertram et al., 2004, 109

Die beobachteten im Evaluationsbericht über 315 Fallstudien beschriebenen Fortschritte beruhen allesamt auf Aussagen von Betreuern und Eltern. Wie in Tabelle 34 ersichtlich – seien in 185 Fällen die soziale Kompetenz und in 92 Fällen die kognitive Entwicklung der Kinder verbessert worden. Geringe Erfolge bestünden ferner darin, dass ein früher Förderunterricht angeboten worden sei, der die schnellere Versetzung in reguläre Klassen ermöglicht habe, und dass ein verbessertes physisches Wohlbefinden auszumachen sei.

Laut Angaben der Mitarbeiter von „Early Excellence Centres“ und Eltern, die diese besucht haben, liegen die größten Erfolge dieser Zentren für Familien darin, die Familien teilweise aus ihrer Isolation zu befreien, den familiären Zusammenhalt zu stärken (in jeweils 41 Prozent der Fälle) und den Stress zu bewältigen und die mentale Gesundheit zu verbessern (in 39 Prozent der Fälle) (Bertram et al., 2004, 111). Dieser Befund zeigt, dass Familienzentren ein adäquates Mittel sind, um den familiären Zusammenhalt zu stärken. Möglicherweise kann auch durch eine Verbesserung einzelner Instrumente (zum Beispiel Ausweitung des Angebots von Elternschulungen) der Erfolg bezogen auf eine Verbesserung des familiären Zusammenhalts verstärkt werden.

Das englische Sure start-Programm beruht auf Erfahrungen in den USA mit dem sogenannten Head start-Programm (Sylva/Pugh, 2005, zitiert in: Rüling, 2008). Dieses Programm hat es in besonderem Maße zum Ziel, Kinder aus benachteiligten Familien zu fördern und deren Eltern mit einzubeziehen. Die Evaluationen des Programms deuten in Bezug auf das Verhalten der Eltern auf eine geringe statistische Signifikanz hin, was eine Verbesserung der erzieherischen Aktivitäten und eines geringeren Einsatzes körperlicher Bestrafung anbetrifft.⁸¹ Ein geringer bis moderater statistischer Effekt lässt sich auch in Bezug auf die kognitiven Fähigkeiten der 3- und 4-jährigen Kinder – im Bereich der Les- und Schreibfrüherförderung und anhand eines verbesserten Wortschatzes – feststellen (Head Start Research, 2005, ii).

Das Head Start-Programm wird auch im Rahmen der im US-Bundesstaat Maryland eingerichteten „Judy Centers“ angeboten. Der Schwerpunkt der Judy Centers liegt im Gegensatz zu den britischen „Early Excellence Centres“ stärker auf der Bildungsfunktion, das heißt, Ziel ist die Schulreife des Kindes, wohingegen Early Excellence Centres stärker auf die Bekämpfung von Kinderarmut ausgerichtet sind (Altgeld, 2007). Als Erfolg der eingerichteten Judy Centers wird gewertet, dass benachteiligte

⁸¹ Bei dem Ergebnis handelt es sich um Eltern der Kinder, die bereits mit 3 Jahren in das Programm eingetreten sind.

Kinder, die Armut ausgesetzt sind, über geringe Englischkenntnisse verfügen oder eine spezielle Förderung benötigen, aufgrund des Besuchs eines Judy Centers und nach dem Besuch des Kindergartens bei Schulbeginn auf dem gleichen Niveau sind wie nicht benachteiligte Kinder, die kein Judy Center besucht haben (MGT, 2004, iii)⁸². Ebenso wie die Early Excellence Centres werden auch die Judy Centers von Seiten der Familien und Betreuer als erfolversprechend eingeschätzt. So wurde von Seiten der Eltern neben den angebotenen Dienstleistungen positiv bewertet, dass sich in 99 Prozent der Fälle die Lebensqualität des Kindes verbessert – beziehungsweise in 65 Prozent der Fälle stark verbessert – und in 94 Prozent der Fälle das familiäre Zusammenleben eine Besserung erfahren habe – dabei in 85 Prozent der Fälle deutlich spürbar.

Tabelle 35: Zufriedenheit der Eltern mit dem Judy Center Program (2003)

Bewertung	in Prozent			
	sehr	etwas	kaum	nicht
Verbesserte Lebensqualität des Kindes	65	29	5	2
Verbesserte Qualität des Familienlebens	45	40	9	7
	in Prozent			
	ja		Nein	
Zufrieden mit den angebotenen Dienstleistungen im Allgemeinen	98		2	
	in Prozent			
	Völlige Zustimmung	Zustimmung	Ablehnung	Völlige Ablehnung ⁸³
Personal hat Eltern in elterlichen Aufgaben unterstützt	62	34	1	1
Personal kennt die Stärken und Schwächen des Kindes	63	31	3	1
Personal geht auf die Belange der Familie ein	61	30	3	1
Zugang zu altersgerechtem Lernmaterial	72	24	1	0

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Basis von MGT, 2004, Appendix A

⁸² Allgemeiner beschäftigen sich Wolfe/Tefft (2007) mit erfolversprechenden familienpolitischen Maßnahmen, die förderlich für die Humankapitalakkumulation in einer Volkswirtschaft sind. In diesem Zusammenhang wird Familienzentren eine große Relevanz zugesprochen, wobei exemplarisch das „Chicago Child-Parent Center program“ untersucht wird.

⁸³ Antwortmöglichkeit „Ich bin nicht sicher“ findet hier keine Berücksichtigung. Daher addieren sich Werte nicht zu 100 Prozent.

8.2 Ansatz zur Bestimmung der Effekte für Deutschland

Zur Bestimmung der positiven Effekte des Ausbaus der frühkindlichen Förderung soll folgendes Szenario zugrunde gelegt werden: Aufgrund des Ausbaus frühkindlicher Bildung lässt sich das Qualifikationsniveau der Bevölkerung steigern. Der Gesamteffekt kann jedoch erst erzielt werden, wenn zukünftig jeder Erwerbstätige frühkindliche Bildung genossen hat. Es liegt die Annahme zugrunde, dass die jeweilige qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote unverändert ist, und dass ein Rückgang der Arbeitslosigkeit aus einem höheren Bildungsniveau in der Bevölkerung mit einem Rückgang des Anteils gering Qualifizierter und einer geringeren Arbeitslosenquote mittel und hoch Qualifizierter resultiert. Auf dieser Basis soll sodann das Einsparpotenzial hinsichtlich Sozialleistungen und Maßnahmen zur Nachqualifizierung und die zusätzlichen Steuereinnahmen aufgrund des Mehr an Beschäftigung und der höheren Qualifikationen berechnet werden.

Zur Abschätzung des Einflusses der Einführung frühkindlicher Bildung auf die Qualifikationsverteilung in der Bevölkerung liegen folgende aus den PISA-Daten gewonnenen Erkenntnisse zugrunde: Ausgangsbasis ist ein Vergleich zwischen Deutschland und den Niederlanden in Bezug auf ihre PISA-Ergebnisse.⁸⁴ Im Vergleich zu anderen Ländern ist in Deutschland insbesondere der Einfluss des familiären Hintergrunds auf die Lernergebnisse der Kinder hoch. Der Einfluss eines ungünstigeren sozioökonomischen Umfelds wirkt sich in Deutschland stärker auf die Höhe der PISA-Punkte aus als im Nachbarland Niederlande. Um die Folgen dieses Unterschieds genauer analysieren zu können, wird berechnet, welche PISA-Ergebnisse in Deutschland erreicht werden könnten, wenn der Einfluss des familiären Hintergrunds nur so stark wäre wie in den Niederlanden. Hierzu wäre ein Ausbau der frühkindlichen Infrastruktur notwendig.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in den Niederlanden

Die wichtigsten Betreuungsformen für niederländische Kleinkinder sind die folgenden: ganztägige Kinderhorte für Kinder von drei Monaten bis vier Jahren; vorschulische Spielgruppen, die entwicklungsfördernde Maßnahmen anbieten; vorschulische Bildungsangebote für vier- bis sechsjährige Kinder; nachschulische Betreuungsangebote für vier- bis zwölfjährige Kinder; Tagesmütter. Die Teilnahmequote beträgt unter den null- bis dreijährigen Kindern 22,5 Prozent, unter den 2,5- bis vierjährigen Kindern 89 Prozent und unter den vier- bis sechsjährigen Kindern 100 Prozent. Die Schulpflicht beginnt in den Niederlanden mit fünf Jahren. Aber schon mit dem Alter von vier Jahren können die Kinder an vorschulischer Bildung an der Grundschule teilnehmen. Dieses Angebot ist für die Eltern kostenlos. Fast alle niederländischen Kinder besuchen mit vier Jahren die Vorschule, in der sie zwischen vier und sechs Stunden täglich betreut werden.

Für die Betreuung der Kinder unter vier Jahren müssen Elternbeiträge entrichtet werden. Diese betragen im Durchschnitt circa 44 Prozent. Abhängig vom Einkommen liegt die Spannweite der elterlichen Beiträge zwischen 3,5 und 100 Prozent. Das Finanzierungssystem in den Niederlanden wurde von einer direkten Finanzierung der Einrichtungen auf eine direkte Unterstützung der Eltern umgestellt. Über die Steuerämter erhalten die Eltern direkt die Beträge, die der Staat zur Kinder-

⁸⁴ Die Niederlande bieten sich als Vergleichsland an, da sie ebenso einen hohen Anteil an gering qualifizierten Migranten haben und die Schüler im Alter von 15 Jahren ebenso verschiedene Schulformen besuchen.

betreuung beiträgt. Unter den Einrichtungen herrscht somit Wettbewerb hinsichtlich der Preise und der Qualität.

Die meisten Leiter der niederländischen Kindertageseinrichtungen für Kinder unter vier Jahren verfügen über einen vierjährigen tertiären Bildungsabschluss. Die anderen Beschäftigten verfügen über einen beruflichen Bildungsabschluss. In der Vorschule für Kinder ab vier Jahren werden Lehrer eingesetzt, die über einen vierjährigen tertiären Abschluss verfügen und spezialisiert auf die Unterrichtung vier- bis achtjähriger Kinder sind.

Der Personalschlüssel beträgt für Kinder unter einem Jahr 4:1, für Kinder zwischen ein und zwei Jahren 5:1, für Kinder zwischen zwei und drei Jahren 6:1, für Kinder zwischen drei und vier Jahren 8:1 und für Kinder zwischen vier und zwölf Jahren 10:1. Die durchschnittliche Gruppengröße beträgt für Kinder zwischen null und vier Jahren zwölf, zwischen vier und sieben Jahren 20 und zwischen acht bis zwölf Jahren 27,7.

Die Evaluation der Einrichtungen beschränkt sich bei Tagesmüttern und Krippen auf jährliche Gesundheits- und Sicherheitsüberprüfungen. Die öffentliche vorschulische Bildung wird jedoch umfassender evaluiert. Evaluiert werden die Lehrpläne der Einrichtungen, die Weiterbildung des Personals und es findet eine regelmäßige pädagogische Überprüfung von einem akkreditierten Aufsichtsgremium statt.

Quelle: OECD, 2006, 386ff.

Die entsprechenden Analysen werden sowohl für Deutschland als auch für die Niederlande vorgenommen (Tabelle 36).

In Deutschland fallen Kinder, deren Eltern keinen Sekundarabschluss-II haben (also keine abgeschlossene Berufsausbildung) gegenüber den Kindern aus Akademikerhaushalten bei sonst gleichen Bedingungen um 51 Punkte im Testbereich Mathematik zurück. In den Niederlanden beträgt dieser Einfluss lediglich 32 Punkte. Kinder, deren Eltern eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, schneiden bei sonst gleichen Bedingungen um 22 Punkte schlechter als Akademikerkinder ab. In den Niederlanden ist dieser Effekt ebenfalls kleiner: Die Differenz beträgt 12 Punkte. Am größten ist der Wirkungsunterschied beim Merkmal der Sprache im Elternhaus. Kinder, die im Elternhaus nicht die Landessprache sprechen, fallen in Deutschland bei sonst gleichen Bedingungen um 32 Punkte gegenüber den anderen Kindern zurück. In den Niederlanden besteht kein signifikanter Einfluss dieser Variable. Lediglich bei der Variable der Ausstattung mit Büchern sind die Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden weniger markant. Den Niederlanden gelingt es folglich durch eine bessere frühkindliche Förderung in den Schulen, den Effekt des familiären Hintergrundes gering zu halten und Kinder aus bildungsfernen Haushalten und solche mit Migrationshintergrund besser zu fördern.

Tabelle 36: Einflussfaktoren auf die Höhe der PISA-Punkte in Mathematik in Deutschland und den Niederlanden

	Koeffizient Deutsch-land	Koeffizient Nieder-lande	Differenz
<i>Bildungsstand der Eltern</i> <i>(ausgelassen: mind. ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss)</i>			
• Eltern nicht mind. Sek II-Abschluss	-51,4***	-31,5***	19,9
• mind. ein Elternteil hat einen Sek II- oder einen postsekundären Abschluss	-21,6***	-12,2***	9,4
im Haushalt wird nicht die Testsprache gesprochen	-32,2***	-0,4	31,8
<i>Bücher im Haushalt</i> <i>(ausgelassen: mehr als 500 Bücher)</i>			
• 0-10 Bücher	-68,7***	-66,8***	1,9
• 11-25 Bücher	-67,1***	-63,9***	3,2
• 26-100 Bücher	-44,2***	-44,5***	-0,3
• 101-200 Bücher	-26,6***	-23,6***	3,0
• 201-500 Bücher	-11,6**	-7,6	4,0
Schüler	3.013	3.048	
Schulen	183	141	
R ²	0,3809	0,3637	

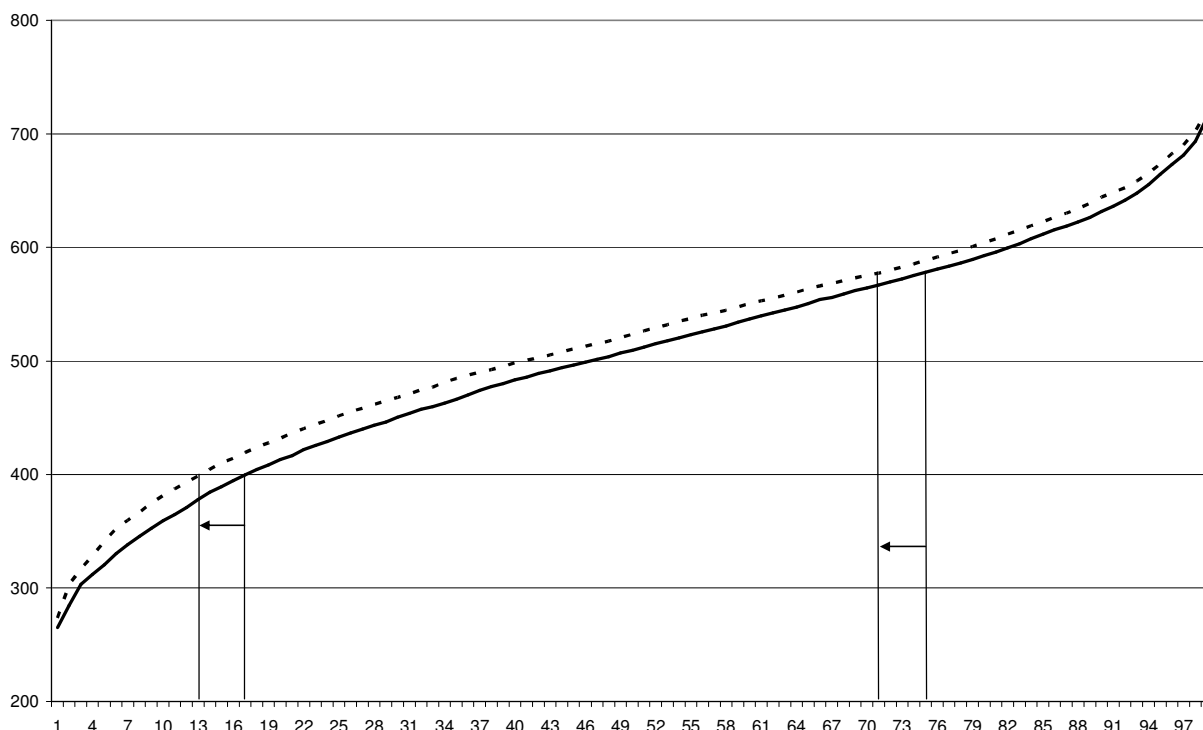
Abhängige Variable: Punkte im PISA-Test; Schätzung von cluster-robusten linearen Regressionsmodellen, weitere aufgenommene Variablen: siehe Tabelle 21; *** = signifikant auf dem 1 %-Niveau; ** = signifikant auf dem 5 %-Niveau; * = signifikant auf dem 10 %-Niveau

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der PISA-Daten 2003

Lesehilfe: Während in Deutschland ein Jugendlicher, dessen Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung (keine SEK II-Abschlüsse) aufweisen, gegenüber den Kindern, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, um 51 Punkte in Mathematik zurückfällt, sind dies in den Niederlanden nur 31,5 Punkte. Gelingt es Deutschland, durch ein qualitativ besseres frühkindliches Bildungssystem, diesen Einfluss auf die Stärke in den Niederlanden zu reduzieren, so würden die Kinder, deren Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, rund 20 Punkte mehr aufweisen. Sprechen diese Kinder zugleich kein Deutsch im Elternhaus, so würde sich ihre PISA-Punktzahl um weitere 31,8 Punkte erhöhen.

Gelingt es durch den Ausbau der frühkindlichen Förderung, die Auswirkung des familiären Hintergrundes zu reduzieren und die Kinder aus bildungsfernen Schichten sowie die Kinder mit Migrationshintergrund in dem Ausmaß zu fördern, wie es andere Staaten schaffen, so könnte eine deutlich höhere Kompetenzverteilung erreicht werden. Die obere Kurve in der Abbildung 9 (PISA-Kompetenzverteilung) ergibt sich, indem die Kompetenzwerte der deutschen Kinder, deren Eltern keinen SEK II-Abschluss haben um 19,9 Punkte, die zu Hause nicht die Landessprache sprechen um 31,8 Punkte und die wenige Bücher zu Hause haben, um den entsprechenden Punktwert der Tabelle angehoben werden. Damit ergibt sich eine Kompetenzverteilung, die erreicht würde, wenn sich der Bildungshintergrund der Eltern in Deutschland nur in dem Ausmaß auswirken würde wie in den Niederlanden.

Abbildung 9: Änderung der Kompetenzverteilung im Bereich Mathematik bei einer Auswirkung des Bildungshintergrundes der Eltern im Ausmaße der Niederlande



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis PISA 2003

Da die Schüler in diesem Fall über höhere Kompetenzen verfügen, könnten sie auch höhere Schulabschlüsse erreichen. Die nachrückenden Kohorten würden den Anteil mit einem Abschluss oberhalb von Sek II um 4 Prozentpunkte steigern. Der Anteil unterhalb Sek II würde um 4 Prozentpunkte sinken. Wenn die auf einem höheren Kompetenzniveau ausgebildeten Kohorten die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen durchlaufen haben, steigt das durchschnittliche formale Bildungsniveau der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter somit deutlich an.

Für die Berechnung der potenziellen fiskalischen Effekte in Kapitel 9 soll somit angenommen werden, dass der Anteil der Bevölkerung ohne Berufsabschluss um 4 Prozentpunkte gesenkt und der Anteil mit tertiärem Abschluss um 4 Prozentpunkte erhöht werden kann.

Für die Effekte auf Gesundheit und Fehlverhalten der Kinder soll auf den Zusammenhang des familiären Zusammenhalts sowie des Bildungshintergrundes der Kinder auf diese Größen rekuriert werden.

Anhand der KiGGS-Daten lassen sich Aussagen zum von 11- bis 17-jährigen Jugendlichen eingeschätzten familiären Zusammenhalt auf der einen Seite und zum Rauch-, Trinkverhalten und Gesundheitszustand dieser Jugendlichen auf der anderen Seite machen. So ist in Tabelle 37 ersichtlich, wieviel Prozent der Jugendlichen mit dem jeweiligen familiären Hintergrund welches Verhalten an den Tag legen. Ebenso können die Auswirkungen der Art der besuchten Schule auf das Gesundheitsverhalten untersucht werden. Dies wird in Tabelle 38 aufgezeigt.

Tabelle 37: Einfluss des familiären Zusammenhalts auf das Rauch-, Trinkverhalten von 11- bis 17-jährigen Jugendlichen und auf das Gewicht von 3- bis 17-jährigen Kindern und Jugendlichen

Familiärer Zusammenhalt	Tabakkonsum		Alkoholkonsum		Übergewicht	
	Ja	Nein	mind. einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	nicht mind. einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	ja	nein
Starke Defizite	34,7	65,3	28,0	72,0	22,2	77,8
Geringe Defizite	26,4	73,6	23,6	76,4	19,2	80,3
Unauffällig	17,8	82,2	18,5	81,5	16,7	83,3

Quelle: KiGGS (2007)

Tabelle 38: Einfluss der Art der besuchten weiterführenden Schule auf das Rauch-, Trinkverhalten von 11- bis 17-jährigen Jugendlichen und auf das Gewicht von 3- bis 17-jährigen Kindern und Jugendlichen

Schulform	Tabakkonsum		Alkoholkonsum		Übergewicht	
	Ja	Nein	mind. einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	nicht mind. einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	ja	nein
Hauptschule	29,8	70,2	21,9	78,1	22,9	77,1
Realschule	21,5	78,5	21,5	78,5	17,4	82,6
Gymnasium	13,3	86,7	20,1	79,9	13,4	86,6

Quelle: KiGGS (2007)

Die Tabellen 37 und 38 bringen zum Ausdruck, dass sowohl der familiäre Hintergrund als auch die Art der besuchten weiterführenden Schule einen wichtigen Einfluss auf das Gesundheits- und Sozialverhalten von Kindern haben. Es geht hervor, dass Kinder, die den familiären Zusammenhalt unauffällig einschätzen, weniger oft rauchen, trinken und übergewichtig sind als Kinder, die über einen defizitären familiären Zusammenhalt verfügen. Der Einfluss, den die Schulform auf Kinder und Jugendliche ausübt, lässt sich daran festmachen, dass Gymnasiasten weniger anfällig für Tabak-, Alkoholkonsum und Übergewicht sind.

Während die Art der besuchten Schule bereits durch Reformen im Feld der frühkindlichen Bildung positiv beeinflusst wird, ließe sich der familiäre Zusammenhalt wie oben beschrieben durch den Ausbau von Familienzentren stärken, in denen unter anderem Beratungsangebote für Eltern zur Verfügung gestellt werden.

9 Berechnung der fiskalischen Effekte

9.1 Kosten des Ausbaus der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur

Der Ausbau der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur wird zu zusätzlichen Kosten in verschiedenen Bereichen führen. Zum einen ist ein Ausbau der U3-Betreuungsinfrastruktur vorzusehen. Über die bisherigen Ausbaupläne hinaus wurde ein weiterer Ausbau bis zum Jahr 2013 um zusätzliche 300.000 Plätze beschlossen. Dieser zusätzliche Ausbau führt nach Berechnungen von Sharma/Steiner (2007, 29) nach der Ausbauphase zu zusätzlichen jährlichen Kosten für den Staat in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Für 300.000 zusätzliche Plätze bedeutet dies etwa durchschnittliche Betriebskosten für den Staat pro Platz von rund 8.000 Euro.

Als zweites sind Kosten in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für die Übernahme privater Finanzierungsbeiträge durch den Staat für Kinder zwischen drei und sechs Jahren zu beziffern (Anger/Plünnecke, 2008).

Zusätzlich müssen noch die Kosten für höhere Vergütungen von höher qualifizierten Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen und die Kosten für die individuelle Förderung der Kinder berechnet werden. Der Einsatz höher qualifizierter Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen führt zu höheren Personalausgaben – langfristig sind dies jährliche Kosten von 1,3 Milliarden Euro (Anger et al., 2007).

Ferner sind für den besonderen Förderbedarf Kosten in Höhe von 0,4 Milliarden Euro vorzusehen, um insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten und Kinder mit Sprachproblemen intensiver betreuen zu können.

Die gesamten Ausgaben des Gesamtkonzepts werden in Tabelle 39 zusammengefasst.

Tabelle 39: Jährliche Ausgaben beim Gesamtkonzept, in Milliarden Euro

	Langfristige jährliche Kosten in Milliarden Euro
Ausbau der U3-Betreuung auf Basis der Planungen des BMFSFJ	2,3
Gebührenfreiheit im Kindergarten für einen Halbtags- Platz	1,3
Höherqualifizierung der Erzieherinnen	1,3
Besondere Förderpauschalen	0,4
Ganztagsgrundschulen + Förderinfrastruktur	3,8
Effizienzgewinne bei Horten und anderen Maßnahmen	-1,6
Gesamt	7,5

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Anger et al. (2007)⁸⁵

Neben Reformen im Elementarbereich sollten zusätzlich Maßnahmen im Primarbereich getroffen werden:

Ganztagschulen einführen

Die Grundschulen sollten stärker zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Der Vorteil der Ganztagschulen liegt in einem größeren Zeitraum gemeinsamer Lernzeit, der eine bessere Rhythmisierung des Lernens erlaubt. Daneben sind eine stärkere Identifikation und eine bessere soziale Integration der Schüler möglich. Weiterhin kann gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten die Einführung des Ganztagsunterrichts sehr sinnvoll sein. So zeigt sich für Kinder aus bildungsfernen Schichten und solchen mit Migrationshintergrund, dass eine Ausdehnung der Bildungsinfrastruktur verbunden mit einem höheren Finanzmitteleinsatz zu besseren Bildungsergebnissen und größeren Bildungschancen führen kann (Krueger/Lindahl, 2001). Insbesondere Unterschiede bei der Qualität des außerschulischen Lernumfelds tragen zu systematisch schlechteren Lernergebnissen von Kindern aus bildungsfernen Schichten bei (Entwisle et al., 1997). Die Ganztagschule dient jedoch nicht nur Kindern aus bildungsfernen Schichten, indem diesen ein besseres Lernumfeld am Nachmittag systematisch zur Verfügung gestellt wird. Auch Kinder aus einem bildungsnahen Umfeld können vom Ganztagsunterricht profitieren, indem diese gezielt in ihren Stärken weiter gefördert werden und am Nachmittag individuell abgestimmte Kurse angeboten werden.

⁸⁵ Demografiebedingt sinkt der zusätzliche Bedarf zum Ausbau der Plätze deutlich und liegt bereits zwischen 2010 und 2014 unter 0. Demografiebedingte Entlastungseffekte sollen in dieser Studie nicht auf der Ausgabenseite, sondern als Finanzierungsquelle der Ausgaben berücksichtigt werden.

Die jährlichen Kosten der Ganztagschule setzen sich zusammen aus Gebäudeinvestitionen (gestreckt über zehn Jahre) und spätere Instandhaltungsaufwendungen von 0,5 Milliarden Euro, eine Verbesserung der Ausstattung der Grundschulen in Höhe von 0,4 Milliarden Euro, zusätzlichen laufenden Sachaufwand in Höhe von 0,5 Milliarden Euro und zusätzliche Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung in Höhe von 1,9 Milliarden Euro (Klein, 2006). Insgesamt sind damit für die Ganztagschulen im Grundschulbereich jährlich 3,3 Milliarden Euro vorgesehen.

Förderinfrastruktur ausbauen

Die Einführung der Ganztagschule kann dazu beitragen, dass Kinder mit Bildungs- und/oder Entwicklungsrückständen individueller durch die Fachlehrer gefördert werden. Einige Kinder sind neben der Betreuung durch Lehrer häufig aufgrund von Erziehungsproblemen auch auf andere Unterstützungsmaßnahmen angewiesen – insbesondere wenn Erziehungsdefizite im Elternhaus bestehen. Für diese Problemfelder können Schulpsychologen eingesetzt werden. Zu den Aufgaben der Schulpsychologie zählen folgende: Einzelfallhilfe, Unterrichtshilfe und Schullaufbahnberatung. Für den Aufbau von schulbegleitenden Unterstützungssystemen an den deutschen Grundschulen sind zusätzliche Personalkosten von bundesweit 0,5 Milliarden Euro zu veranschlagen. Der Berechnung dieser Summe liegt eine Betreuungsrelation von einem Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen je 350 Grundschulern zugrunde. Diese Versorgungsgröße bezieht sich auf die durchschnittlich ermittelte Schülerpopulation an einer Grundschule (Klein, 2006, 135).

Auch die institutionelle Ausgestaltung des Bildungssystems kann einen Einfluss auf den Bildungserfolg haben, indem sie die Verhaltensanreize der am Bildungsprozess beteiligten Personen beeinflusst und sich auf diesem Weg auf die Lernergebnisse der Schüler auswirkt (Wößmann, 2005a, 12). Eine höhere Autonomie der Bildungseinrichtungen, eine Überprüfung der Lernergebnisse in Form von zentralen Abschlussprüfungen oder standardisierten Tests, die Vorgabe von verbindlichen Bildungsstandards und die Einführung eines zielorientierten Vergütungssystems sind weitere wichtige Reformbausteine.

Durch den Ausbau an Ganztagschulen können Schulhorte aufgelöst werden. Nach Klein (2006) sind Einsparungen in Höhe von 1 Milliarde Euro jährlich möglich. Ferner kann die Zahl der Wiederholer durch die bessere individuelle Förderung reduziert werden. Hierdurch kann die Betreuungsrelation ohne Neueinstellungen verbessert werden, was einem Wert von 0,3 Milliarden Euro entspricht. Ferner kann die Hälfte der Sonderschüler in Grundschulen beschult werden. Diese integrativen Maßnahmen führen ebenso zu Kosteneinsparungen in Höhe von 0,3 Milliarden Euro (Klein, 2006). Insgesamt können damit durch entstehende Effizienzgewinne 1,6 Milliarden Euro jährlich eingespart werden. Mit diesen Effizienzgewinnen ist jedoch erst in voller Höhe ab 2010 zu rechnen.

9.2 Nutzeffekte des Ausbaus

Im Folgenden soll gezeigt werden, welche Arbeitsmarkteffekte ein Ausbau der frühkindlichen Bildung mit sich brächte, die mit zusätzlichen Steuereinnahmen nach Ausbau der frühkindlichen Bildung verbunden sind. Ferner soll berechnet werden, welche Einsparungen für Nachqualifizierungsmaßnahmen und Sozialleistungen nach den politischen Reformmaßnahmen erreicht werden können.

Einsparmöglichkeiten

In Kapitel 8.2 ist auf Basis der PISA-Ergebnisse und anhand eines Vergleichs mit den Niederlanden gezeigt worden, wie sich die Qualifikationsstruktur mit Hilfe eines Ausbaus frühkindlicher Bildung langfristig verändern ließe. Grundlegend dafür war die Beobachtung, dass in den Niederlanden der familiäre Hintergrund eine weniger starke Rolle für den Bildungserfolg der Kinder spielt. So erzielen Kinder mit Migrationshintergrund dort weitaus bessere Bildungsergebnisse als in Deutschland.

Auf Basis der Untersuchung aus Kapitel 8.2 soll nun berechnet werden, in welchem Maße sich die Anzahl der Arbeitslosen je nach Qualifikation verändern würde, hätte die gesamte Erwerbsbevölkerung eine frühkindliche Bildung durchlaufen. Dann soll eine Quantifizierung der daraus resultierenden Steuermehreinnahmen und Minderausgaben für Sozialleistungen und Nachqualifizierungen vorgenommen werden.

Dazu muss in einem ersten Schritt die tatsächliche Anzahl der Erwerbstätigen und Arbeitslosen je nach Qualifikationsstufe herangezogen werden.

Tabelle 40: Qualifikationsverteilung unter Erwerbstätigen und Arbeitslosen in 2005

Qualifikationsniveau	Erwerbstätige (ohne Auszubildende) (in Millionen)	Arbeitslose (in Millionen)	Insgesamt (in Millionen)	Qualifikations-spezifische Arbeitslosenquote (in Prozent)
Ohne Berufsausbildung	5,33	1,87	7,20	26,0
Mit Berufsausbildung	19,86	2,39	22,25	10,8
Mit Techniker-/ Meisterausbildung	3,48	0,12	3,60	3,4
Mit (Fach-) Hochschulabschluss	6,03	0,26	6,28	4,1
Insgesamt	34,69 ⁸⁶	4,65 ⁸⁷	39,34	11,8

Quelle: Reinberg/Hummel (2007)

Wie an Tabelle 40 deutlich wird, ist die Arbeitslosenquote im Segment der erwerbsfähigen Personen ohne Berufsausbildung mehr als doppelt so hoch wie bei Personen mit einer Berufsausbildung. Die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, sinkt weiter mit steigenden Qualifikationen. Allerdings ist festzustellen, dass die Arbeitslosigkeit unter Technikern und Meistern niedriger ist als unter Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss.

⁸⁶ rundungsbedingt

⁸⁷ rundungsbedingt

Nun wird angenommen, dass der Staat flächendeckend frühkindliche Bildung eingeführt beziehungsweise ausgebaut hätte. An dieser Stelle werden die Ergebnisse aus Kapitel 8.2 herangezogen, in dem auf Basis der PISA-Studie eigene Berechnungen dahingehend durchgeführt worden sind, wie sich aufgrund von frühkindlicher Bildung in Zukunft der Anteil der Bevölkerung je nach Bildungsabschluss verändern wird. Diese prozentualen Veränderungen⁸⁸ dienen als Grundlage für die Ermittlung der qualifikationsspezifischen Erwerbstätigkeit nach Einführung frühkindlicher Bildung auf Basis der IAB-Daten. Annahmegemäß verändern sich dabei nicht die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten, sondern die Arbeitslosigkeit geht nur aus dem Grund um 0,9 Prozentpunkte auf 10,9 Prozent zurück, da aufgrund frühkindlicher Bildung die Bevölkerung insgesamt besser qualifiziert ist und mit einer höheren Qualifikationsstufe eine niedrigere Arbeitslosenquote einhergeht.

Die Qualifikationsverteilung unter Erwerbstätigen und Arbeitslosen ändert sich folgendermaßen:

Tabelle 41: Potenzielle Qualifikationsverteilung unter Erwerbstätigen und Arbeitslosen nach Einführung frühkindlicher Bildung⁸⁹

Qualifikationsniveau	Erwerbstätige (ohne Auszubildende) (in Millionen)	Arbeitslose (in Millionen)	Insgesamt (in Millionen)
Ohne Berufsausbildung	4,16	1,46	5,63
Mit Berufsausbildung	19,86	2,39	22,25
Mit Techniker-/ Meisterausbildung	3,48	0,12	3,60
Mit (Fach-) Hochschulabschluss	7,53	0,32	7,86
Insgesamt	35,03	4,30 ⁹⁰	39,33 ⁹¹

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Reinberg/Hummel (2007), Anger et al. (2007) und OECD (2007)

Tabelle 41 zeigt, dass das Erwerbspersonenpotenzial im Segment ohne Berufsausbildung aufgrund frühkindlicher Bildung auf 5,6 Millionen sinkt, derweil steigt die Anzahl der Erwerbsfähigen mit Hochschulausbildung auf 7,86 Millionen. Während die Anzahl der Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung um 1,2 Millionen auf 4,16 Millionen zurückgeht, steigt die Anzahl der erwerbstätigen (Fach-) Hoch-

⁸⁸ Zum Beispiel sinkt der Anteil von Personen ohne berufliche Ausbildung um vier Prozentpunkte auf 14,3 Prozent, der Anteil der (Fach-) Hochschulabsolventen steigt derweil um vier Prozentpunkte auf 20 Prozent. Derweil bleibt der Anteil der Personen mit beruflicher, technischer Ausbildung und Meisterabschluss konstant.

⁸⁹ Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung eine frühkindliche Bildung durchlaufen hat.

⁹⁰ rundungsbedingt

⁹¹ Das um 0,01 Millionen niedrigere Erwerbspersonenpotenzial (im Vergleich zu Tabelle 47) ist rundungsbedingt. Ebenso rundungsbedingt addieren sich in Tabelle 48 die jeweiligen Erwerbspersonenpotenziale (nach Qualifikationsstufe) nicht zu 39,33 Millionen.

schulabsolventen um fast 25 Prozent. Allerdings sinkt die Anzahl der Arbeitslosen in der Gruppe ohne Qualifikation, während die Anzahl der Arbeitslosen mit (Fach-) Hochschulabschluss steigt. Das ist darauf zurückzuführen, dass es insgesamt im Vergleich zum Ist-Zustand mehr hoch Qualifizierte und weniger gering Qualifizierte im erwerbsfähigen Alter gibt, die qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote jedoch per Annahme gleich geblieben ist.

Die Arbeitslosigkeit von eigentlich erwerbsfähigen Personen führt dazu, dass sie zum einen keine Steuern und Abgaben leisten, da sie kein Einkommen erzielen. Zum anderen erhalten sie von staatlicher Seite Unterstützungsleistungen. Somit fallen seitens des Staates Ausgaben an, und es kommt zu Mindereinnahmen. Um nun die entgangenen Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen beziffern zu können, muss die durchschnittliche Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn eines Arbeitnehmers je nach Qualifikationsstufe ermittelt werden. Zu diesem Zweck werden Daten des SOEP (2006) herangezogen, die mit der Differenz zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen nach und vor Einführung frühkindlicher Bildung hochgerechnet werden – wie in Tabelle 42 ersichtlich.

Tabelle 42: Berechnung der Steuermehreinnahmen und zusätzlichen Einnahmen der Sozialversicherung nach Einführung frühkindlicher Bildung

Qualifikationsniveau	Differenz zwischen Erwerbstätigkeit mit und ohne frühkindliche Bildung	Jährliche Ø Differenz zwischen Brutto ⁹² - und Nettolohn je Erwerbstätigem (in €, 2006)	Zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen (in Milliarden €)
Ohne Berufsausbildung	-1.165.000	11.250	-13,1
Mit Berufsausbildung	0	16.751	0
Mit Techniker-/Meisterausbildung	0	23.333	0
Mit (Fach-) Hochschulabschluss	1.508.000	28.900	43,6
Insgesamt	343.000		30,5

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Reinberg/Hummel (2007), Anger et al. (2007) und SOEP (2006); Rundungsdifferenzen

Die Steuermehreinnahmen und zusätzlichen Zahlungen ins Sozialversicherungssystem – unter der Voraussetzung, dass die gesamte Bevölkerung eine frühkindliche Bildung durchlaufen hat, belaufen

⁹² Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers kalkulatorisch berücksichtigt. In den Berechnungen ist der Effekt einer steigenden Erwerbsbeteiligung nicht berücksichtigt worden. Es wird implizit angenommen, dass ein steigendes Angebot an hoch Qualifizierten nicht zu einem Rückgang der Löhne führt. Diese Annahme ist konsistent mit dem Wachstumsmodell von Barro/Mankiw/Sala-i-Martin (1995). Dieses Modell geht von einem offenen Kapitalmarkt aus. Durch das steigende Arbeitskräfteangebot sinkt vorübergehend der Lohn mit der Folge einer steigenden Rendite für das Realkapital. Dieses fließt daraufhin aus dem Ausland zu, bis im neuen Gleichgewicht die Rendite und die Löhne das Ausgangsgleichgewicht wieder erreicht haben.

sich im Vergleich zum Ist-Zustand auf 30,5 Milliarden Euro. Dies lässt sich zum einen mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit aufgrund höherer Qualifikationen und zum anderen mit höheren Qualifikationen, die mit höheren Einkommen und daher mit höheren Steuerzahlungen einhergehen, erklären. Anhand Tabelle 43 wird deutlich, wie viel Prozent der steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen aufgrund frühkindlicher Bildung sich auf welchen Effekt zurückführen lassen.

Tabelle 43: Effekte der frühkindlichen Bildung auf den Anstieg der Steuereinnahmen

Effekt	in Milliarden €	Anteil am Gesamteffekt (in Prozent)
Rückgang der Arbeitslosigkeit	2,8	9,0
Höhere Qualifikationen	27,7	91,0
Gesamteffekt	30,5	100,00

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Reinberg/Hummel (2007), Anger et al. (2007) und OECD (2007) und SOEP (2005); Rundungsdifferenzen

Es lassen sich 9 Prozent der steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen aufgrund frühkindlicher Bildung mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit begründen, während sich 91 Prozent des Mehr an Steuereinnahmen mit dem gestiegenen Qualifikationsniveau der Bevölkerung erklären lassen.

Analog zu diesen Berechnungen werden im Folgenden sinkende Sozialleistungen und Nachqualifizierungsmaßnahmen, die sich an Arbeitslose richten, beziffert.

Zur Quantifizierung der Einsparungen bezüglich der Sozialleistungen werden die obigen Berechnungen zur Veränderung der Qualifikationsverteilung nach Einführung frühkindlicher Bildung zugrunde gelegt, und die Differenz im Hinblick auf die Arbeitslosen der jeweiligen Qualifikationsstufe wird mit dem durchschnittlichen jährlichen Leistungssatz je Bedarfsgemeinschaft⁹³ hochgerechnet. Insgesamt sinken dadurch die Leistungen des Staates für die Arbeitslosenunterstützung um 4,2 Milliarden Euro.

Die von der Bundesagentur für Arbeit (2007, 157) ausgewiesenen Nachqualifizierungsleistungen werden sich annahmegemäß auf Basis der Erkenntnisse des Einflusses frühkindlicher Bildung um fast ein Viertel verringern, da ebenso die Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter um fast ein Viertel zurückgegangen ist. Bei gegenwärtigen Ausgaben von etwa 3,9 Milliarden Euro allein für Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung, für Beschäftigung schaffende Maßnahmen und für das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ergeben sich somit Einsparpotenziale in Höhe von gut 0,9 Milliarden Euro.

⁹³ Im Jahresdurchschnitt 2006 beträgt der durchschnittliche Satz je Bedarfsgemeinschaft 854 Euro, der sich wie folgt zusammensetzt: 342 Euro Arbeitslosengeld, 14 Euro Sozialgeld, 295 Euro Leistungen für Unterkunft und Heizung, 198 Euro Sozialversicherungsleistung und 4 Euro für sonstige Leistungen (Bundesagentur für Arbeit, 2007, 100)

Tabelle 44: Einsparpotenzial und Einnahmzugewinn im Bereich Bildung

Einsparpotenzial/Einnahmzugewinn	in Milliarden €
Höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen	30,5
Geringere Arbeitslosenunterstützung gering Qualifizierter	4,2
Geringere Nachqualifizierungskosten	0,9
Summe	35,6

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Reinberg/Hummel (2007), Anger et al. (2007) und OECD (2007) und SOEP (2005), Bundesagentur für Arbeit (2007)

Wie Tabelle 44 zeigt, belaufen sich die mit dem höheren Bildungsniveau einhergehenden positiven Auswirkungen auf den Staatshaushalt – sei es in Form von Ausgabeneinsparungen, sei es in Form von Einnahmzugewinnen – auf fast 36 Milliarden Euro.

Darüber hinausgehend sollten die eingerichteten Kindertagesstätten besonders in sozialschwachen Vierteln den Charakter eines Familienzentrums erhalten, so dass die Eltern mit Hilfe gezielter Maßnahmen in ihrer Erziehungs- und Bildungsfunktion gestärkt werden können.

Folgekosten eines unzureichenden familiären Zusammenhalts

Wie die statistischen Analysen aus Kapitel 7 zeigen, weisen Kinder aus funktionsfähigen Familien mit gutem Zusammenhalt eine signifikant bessere gesundheitliche Verfassung auf. Ein guter Zusammenhalt wirkt sich in allen Familienformen signifikant positiv auf die Entwicklung der Kinder aus.

Manche Kinder und Jugendliche weisen Entwicklungsdefizite auf, die teilweise auf ein nicht intaktes Familienleben mit ausreichender Unterstützung durch die Eltern, inadäquate schulische Förderung oder andere negative Einflussfaktoren zurückzuführen sind. Diese Defizite können dazu führen, dass im weiteren Lebensverlauf Folgekosten aufgrund mangelnder Bildungserfolge, Gesundheitsschäden und aufgrund von Verhaltensauffälligkeiten entstehen, die von der Gesellschaft im Rahmen der Sozialsysteme getragen werden müssen.

Diesen Entwicklungsdefiziten wird seitens des Staates mit verschiedenen Maßnahmen begegnet. Sie können dahingehend unterschieden werden, ob diese kurativ wirken, oder ob das Fehlverhalten bereits mittels präventiver Maßnahmen antizipiert wird.

So werden für Personen ohne Schulabschluss oder ohne beruflichen Bildungsabschluss Nachqualifizierungsmaßnahmen angeboten. Des Weiteren erhalten Erwerbslose Arbeitslosenunterstützung, und es kommt zu Steuer- und Sozialbeitragsausfällen aufgrund der Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Personen. Eine Eindämmung der Kosten ist teilweise durch Optimierungen im Bildungssystem erreichbar. Diese Kosten, die aus mangelnden Bildungserfolgen resultieren, werden in Kapitel 9.2 abgeschätzt.

Im Bereich Gesundheit resultieren Folgekosten beispielsweise aus übermäßigem Alkohol-, Tabak-, Drogenkonsum und Übergewicht. Des Weiteren führt ein gering ausgeprägtes Gesundheitspräventionsverhalten teilweise zu Krankheiten im weiteren Lebensverlauf, die ebenso Kosten für die Allgemeinheit mittels des Gesundheitssystems darstellen.

Das kriminelle Verhalten in der Gesellschaft beeinflusst die Größe von Justizapparat, Polizei und Gefängnissen. Außerdem werden in gewissem Umfang Resozialisierungsmaßnahmen angeboten. Präventiv wirken zum Teil Einrichtungen der Jugendhilfe. All diese Einrichtungen und Maßnahmen sind ebenfalls mit staatlichen Kosten verbunden. Private und gesellschaftliche Kosten fallen des Weiteren an, wenn man die aus den Straftaten hervorgegangenen Schäden betrachtet. Des Weiteren können sich beim Täter seine Taten in Form niedrigerer zukünftiger Einkünfte aufgrund von Gefängnisstrafen oder eines ungünstigeren Erwerbsverlaufes niederschlagen. Zum Beispiel zeigt eine Studie von Giles/Le (2007), die sich mit den Arbeitsmarkthoffnungen und Vermittlungschancen von Gefangenen in einem Gefängnis im Westen Australiens beschäftigt, dass Gefangene, die zum wiederholten Male einsitzen, weniger wahrscheinlich nach ihrer Entlassung beschäftigt werden als Gefangene, die nur einmal eine Gefängnisstrafe verbüßt haben.

Bereits die Ermittlung dieser gesamten Folgekosten bereitet Probleme, da beispielsweise im Bereich der Gesundheit Krankheiten und die Kosten von deren Behandlung nicht eindeutig vorherigem Fehlverhalten zugeordnet werden können. Studien zu dieser Thematik sind äußerst spärlich, die Folgekosten, die die Behandlung von Krankheiten, welche Alkohol-, Tabakkonsum und Adipositas hervorrufen, werden unter anderem von Horch/Bergmann (2002), Welte et al. (2004), Sander/Bergemann (2003) und Lengerke et al. (2006) untersucht und beziffert. In Bezug auf die Kosten von Kriminalität gibt es keine Schätzung der Gesamtkosten für Deutschland, was zum Teil auf die komplexen föderalen Zuständigkeiten zurückzuführen ist. Daten zu den Schäden von Kriminalität finden sich in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik. Des Weiteren ist in einer Studie von Meyer (2003) der durchschnittliche Tageshaftkostensatz in den einzelnen Bundesländern berechnet worden, der mit der durchschnittlichen Belegung der Justizvollzugsanstalten der einzelnen Bundesländer hochgerechnet werden könnte, um die jährlichen Gefängniskosten in Deutschland zu quantifizieren.

Eine Bezifferung der gesamten Kriminalitätskosten ist jedoch beispielsweise für Großbritannien und die USA für die einzelnen Straftaten vorgenommen worden. Geht man von einer Vergleichbarkeit mit Deutschland aus, könnten diese Daten für Deutschland herangezogen werden.

Im Rahmen dieser Studie wäre es von großem Interesse, die Folgekosten zu berechnen, die auf einen unzureichenden familiären Zusammenhalt zurückzuführen sind. Auf diese Weise könnte des Weiteren untersucht werden, wie hoch das Einsparpotenzial wäre, würde der familiäre Zusammenhalt beispielsweise durch Familienzentren oder Familien unterstützende Dienstleistungen verbessert. Allerdings sind die Ursachen, die zu mangelhaften Bildungserfolgen, gesundheitlichem und sozialem Fehlverhalten führen, nicht monokausal. So spielen viele verschiedenen Faktoren wie Einflüsse durch Gleichaltrige an dieser Stelle eine Rolle. Folglich müsste man zwecks einer Quantifizierung wissen, wie viel Prozent dieses Fehlverhaltens auf unzureichende familiäre Unterstützung zurückzuführen sind. Die KiGGS-Daten haben gezeigt, dass Kinder, die über einen nicht defizitären familiären Zusammenhalt verfügen, weniger oft rauchen, trinken und übergewichtig sind als Kinder mit defizitärem familiären Zusammenhalt. Somit würde die Verbesserung des familiären Zusammenhalts in den Familien, in denen dieser zurzeit defizitär ist, die Kosten für die Behandlung der Folgeerkrankungen von Tabak-, Alkoholkonsum und Übergewicht senken. In welchem Umfang aber beispielsweise Familienzentren dazu führen, dass Familien mit vormals defizitärem familiären Zusammenhalt nun über einen unauffälligen Zusammenhalt verfügen, ist nicht genau bezifferbar.

Es lässt sich auf Basis statistischer Daten feststellen, dass Familien aus einer niedrigeren sozialen Schicht häufiger – aufgrund von Trennungen, Alkoholkonsum der Eltern et cetera – zerrüttet sind. So haben – wie oben beschrieben – Huster et al. (2007) beobachtet, dass Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten unter anderem weniger oft zu gesundheitlichen Vorsorgeuntersu-

chungen gehen, ihre Eltern geringere Ausgaben für Zahnhygiene und sportliche Aktivitäten tätigen, die Kinder öfters fettleibig sind, sich häufiger schlecht ernähren, früher und häufiger rauchen und häufiger unter psychosomatischen Krankheiten leiden (vergleiche auch Helmert, 2003 und Wilkinson, 2001). Man kann davon ausgehen, dass all diese Faktoren in vielen Fällen Folgeerkrankungen im weiteren Lebensverlauf hervorrufen, die mit Kosten verbunden sind, die folglich zum Teil auf eine unzureichende familiäre Unterstützung zurückzuführen sind.

Die Auswirkungen des familiären Hintergrundes auf deviantes Verhalten sind beispielsweise von Bannenberg/Rössner (2000) im Rahmen der Hallenser Gewaltstudie, bei der 24 Gewalttäter oder -verdächtige zwischen 14 und 22 befragt worden sind, beleuchtet worden. Die Autoren haben herausgefunden, dass „die Gewalttäter ... fast alle gestörte Familienbeziehungen auf[wiesen]“ (Bannenberg/Rössner, 2000, 136). Das heißt, dass es nicht nur in fast allen Familien zu Trennungen gekommen ist, sondern dass Probleme wie Gewalt, Alkoholismus, finanzielle Schwierigkeiten et cetera hinzukamen. Außerdem waren viele der befragten Jugendlichen vorübergehend oder länger in Heimen untergebracht. Außerdem zeigen Albrecht et al. (1991) einen statistischen Zusammenhang zwischen Delinquenz und dem familiären Hintergrund. So kommen sie unter Kontrolle der Variable Schicht zu dem Schluss, dass ein zerrütteter familiärer Hintergrund „dann Delinquenz fördernd wirkt, wenn [er] bei Unterschicht-Jugendlichen auftritt“ (Albrecht et al., 1991, 140).

Der Anteil der Straftaten, der sich auf Personen mit defizitärem familiären Zusammenhalt zurückführen lässt, ist jedoch nicht exakt bezifferbar. Ebenso lässt sich das genaue Ausmaß des Zusammenhangs nicht bestimmen. Außerdem werden auch bei diesen Personen andere Einflussfaktoren eine Rolle spielen.

Im Rahmen einer vorsichtigen Schätzung ist auf Basis der oben angegebenen Studien davon auszugehen, dass sich durch eine Förderung des familiären Zusammenhalts die Gesundheits- und Kriminalitätsaufwendungen mindestens um einen Betrag im Milliardenbereich reduzieren ließen.

9.3 Renditen des Staates und Finanzierung der Investitionen durch Umschichtungen im Budget

Die Investitionen in den frühkindlichen Bereich führen beim Staat zu einer fiskalischen Rendite, die im Folgenden berechnet werden soll. Als Startzeitpunkt für die Maßnahmen soll das Jahr 2010 betrachtet werden.

Für den Zeitraum von 2010 bis 2014 sind in etwa folgende Kosten vorzusehen:

- Nach dem Ausbau der U3-Plätze werden an jährlichen zusätzlichen Kosten rund 2,3 Milliarden Euro für die Betriebskosten anfallen.
- Ferner sollte für die Reduzierung der Elternbeiträge für Kinder ab drei Jahre und einem Zeitraum von fünf Stunden täglich rund 1,3 Milliarden Euro vorgesehen werden. Höhere Ausgaben für höher qualifizierte Erzieherinnen werden mit etwa 1,3 Milliarden Euro veranschlagt. 0,4 Milliarden Euro stehen für besondere Förderpauschalen (zum Beispiel für Sprachentwicklung) zur Verfügung.
- Für den Zeitraum 2015 bis 2019 sind zusätzlich Reformen in den Schulen durchzuführen. Für Ganztagschulen und Unterstützungssysteme sind 3,8 Milliarden Euro vorzusehen (unter der Annahme, dass die Schulspeisungskosten von den Eltern getragen werden). Dadurch sollten aber Ersparnisse für Schulhorte, Klassenwiederholungen und andere Effizienzgewinne von 1,6 Milliarden Euro realisiert werden können (Klein, 2006).

Aufgrund des demografischen Wandels werden diese zusätzlichen realen Aufwendungen im Zeitablauf kontinuierlich sinken. So ist die Zahl der Kinder unter zehn Jahren rückläufig. Nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1-W1 sinkt die Kinderzahl von 7,4 Millionen im Jahr 2006 auf 6,9 Millionen im Jahr 2010 auf 4,9 Millionen im Jahr 2050. Da für weniger Kinder diese zusätzlichen Maßnahmen finanziert werden müssen, sinken entsprechend die zusätzlichen jährlichen realen Kosten im Zeitablauf.

Berücksichtigt man diese demografische Entwicklung, so ergibt sich folgender Kostenverlauf für die zusätzlichen Maßnahmen (Tabelle 45):

Tabelle 45: Kosten der Maßnahmen

	Kosten (in Mrd. €)
2010	5,1
2015	6,8
2020	6,7
2025	6,6
2030	6,3
2035	5,9
2040	5,5
2045	5,3
2050	5,1

Quelle: eigene Berechnungen

Für den Zeitraum nach 2050 sollen die zusätzlichen Kosten aus dem Jahr 2050 fortgeschrieben werden.

Die durch die Reformen entstehenden Einnahmen sollen im Folgenden skizziert werden:

- Etwa 0,2 Milliarden Euro können ab dem Jahr 2013 durch die Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften von alleinerziehenden Frauen und Männern eingespart werden (Prognos, 2008).
- Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren soll bis 2013 so ausgebaut werden, dass es für 35 Prozent der unter Dreijährigen einen Krippenplatz gibt. Insgesamt sollen rund 750.000 Plätze geschaffen werden und damit 300.000 mehr, als nach dem unter der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossenen Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) bis 2010 vorgesehen sind. Die 300.000 zusätzlichen Plätze könnten zu einer Zunahme der Zahl an erwerbstätigen Müttern oder Vätern von bis zu 300.000 führen.

Um den Einnahmeneffekt zu berechnen, werden Daten des sozioökonomischen Panels ausgewertet. Im Jahr 2006 waren 5,1 Prozent der Mütter mit Kindern im Alter von unter drei Jahren Vollzeit erwerbstätig. 13,1 Prozent gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Für die Gruppe der erwerbstätigen Mütter mit kleinen Kindern kann somit angenommen werden, dass etwa 28 Prozent eine Vollzeit- und 72 Prozent eine Teilzeitbeschäftigung wünschen. Die Steuer- und Sozial-

abgaben der erwerbstätigen Mütter können ebenso durch eine Auswertung der SOEP-Daten ermittelt werden.

Aktuell liegt die durchschnittliche Zahlung von erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter drei in die Sozialversicherungen und Steuern durchschnittlich bei etwa rund 13.600 Euro. Bei gleicher Struktur an Beschäftigung ergibt sich ab dem Jahr 2013 damit bei bis zu 300.000 zusätzlichen erwerbstätigen Frauen eine jährliche Mehreinnahme beim Staat in Höhe von bis zu etwa 4,1 Milliarden Euro. Die staatlichen Mehreinnahmen sind hoch, da bei den erwerbstätigen Frauen häufig die steuerliche Höherbelastung des Zweitverdieners innerhalb der Ehegemeinschaft zu beobachten ist.

Tabelle 46: Ermittlung der durchschnittlichen Steuer- und Sozialversicherungszahlungen einer erwerbstätigen Mutter mit Kindern unter drei Jahren (inkl. Arbeitgeberbeiträge)

	Anteil in Prozent	Bruttolohn (SOEP)	Brutto inkl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversich.	Nettolohn (SOEP)	Steuern + Sozialversicherungsbeiträge
Vollzeit	28	33.252	39.902	19.258	20.644
Teilzeit	72	18.230	21.876	10.955	10.921
Durchschnitt	---	22.436	26.923	13.280	13.643

Annahme zur Berechnung des Bruttoeinkommens inkl. der Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers: Faktor 1,2

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP

- Durch die bessere frühkindliche Bildung steigt die durchschnittliche Qualifikation der Jugendlichen und späteren Erwerbspersonen an. 30,4 Milliarden Euro ergeben sich an steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen, 4,2 Milliarden Euro können an Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung eingespart werden. Insgesamt 34,6 Milliarden Euro könnten somit aus fiskalischer Sicht an Mehreinnahmen und Minderausgaben gewonnen werden, wenn die aktuelle Erwerbsbevölkerung eine Qualifikationsstruktur aufweisen würde, die durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung erreicht werden könnte (Kapitel 9.2). Aufgrund der demografischen Entwicklung werden diese Effekte jedoch geringer ausfallen, da die Erwerbsbevölkerung in der Zukunft kleiner als die gegenwärtige Erwerbsbevölkerung ist. Im Jahr 2025 werden die ersten positiven Effekte auftreten. Bezogen auf die Größe der heutigen Erwerbsbevölkerung haben dann 6 Prozent an Personen die bessere frühkindliche Förderung durchlaufen und das erwerbsfähige Alter erreicht. Damit werden 6 Prozent von 34,6 Milliarden Euro an positiven fiskalischen Effekten erreicht. Die gesamte Erwerbsbevölkerung wird erst im Jahr 2070 vollständig von den Reformen im Jahr 2010 profitiert haben. Die Erwerbsbevölkerung wird jedoch voraussichtlich in dieser Modellbetrachtung nur 60 Prozent der Größe der aktuellen Erwerbsbevölkerung haben, so dass dann 60 Prozent von 34,6 Milliarden Euro an positiven fiskalischen Effekten realisiert werden können.
- Durch die bessere frühkindliche Bildung können ferner Nachqualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Berufsvorbereitung und anderer Maßnahmen reduziert werden. Diese Maßnahmen werden ebenso ab dem Jahr 2025 wirksam. Bezogen auf die heutigen Jahrgangsstärken ergibt sich ein Einsparungspotenzial für den Staat von etwa 0,9 Milliarden Euro. Aufgrund des demo-

grafischen Wandels werden die entsprechenden Jahrgänge im Jahr 2025 kleiner sein, so dass ein Potenzial von real etwa 0,7 Milliarden Euro erschlossen werden kann. Im Jahr 2070 beträgt diese Größe etwa 0,6 Milliarden Euro.

Insgesamt können damit die positiven fiskalischen Effekte beim Staat wie folgt berechnet dargestellt werden (Tabelle 47):

Tabelle 47: Ertrag des Staates bei Reformen im frühkindlichen Bereich

	Fiskalischer Ertrag Summe	Zusätzliche Erwerbst.	Einsparungen SGB II	Zusätzliche Einnahmen wegen Höherqual. der Kinder	Einsparungen bei der Nachqualifizierung
2010	4,3	4,1	0,2		
2015	4,1	3,9	0,2		
2020	4,0	3,9	0,2		
2025	6,8	3,8	0,2	2,1	0,7
2030	8,8	3,6	0,2	4,4	0,7
2035	10,9	3,4	0,1	6,7	0,7
2040	12,9	3,2	0,1	8,9	0,6
2045	14,8	3,0	0,1	11,1	0,6
2050	16,7	2,9	0,1	13,1	0,6
2055	18,8	2,9	0,1	15,1	0,6
2060	20,8	2,9	0,1	17,1	0,6
2065	22,8	2,9	0,1	19,2	0,6
2070	24,8	2,9	0,1	21,2	0,6

Quelle: eigene Berechnungen; Rundungsdifferenzen

Für den Zeitraum nach 2070 sollen die zusätzlichen Erträge aus dem Jahr 2070 fortgeschrieben werden.

Aus den Zahlungsreihen für Erträge und Kosten kann eine interne Rendite berechnet werden. Diese beläuft sich auf gut 8 Prozent. Bei dieser Betrachtung werden statische Effekte berücksichtigt. Betrachtet man die dynamischen Effekte, so führen eine höhere Qualifikation der Kinder und späteren Erwerbspersonen sowie eine höhere Erwerbstätigkeit der Frauen und damit verbundene geringere Erwerbsunterbrechungen und geringere Abschreibungen auf das Humankapital zu Wachstumsimpulsen. Diese sind mit vermehrten Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen verbunden. Im Rahmen eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrates aus dem Gutachten 2002/2003 (SVR, 2002) zeigen Anger et al. (2007), dass in diesem Fall eine Rendite von Investitionen in den frühkindlichen Bereich von auch etwa 8 Prozent zu realisieren sind.

Eine reale Rendite von 8 Prozent erfüllt aus Sicht des Staates eine wichtige Vorteilhaftigkeitsbedingung für staatliche Investitionen. Zur Finanzierung der Investitionen werden jährlich rund 5,1 Milliarden Euro im Jahr 2010 bis 2014 und 6,8 Milliarden Euro von 2015 bis 2020 benötigt. Die Finanzierung soll aus dem Familienbudget selbst erfolgen.

Stützen lässt sich dieses Ergebnis einer positiven staatlichen Rendite auch durch die Untersuchungen im Rahmen einer Studie der Bertelsmann- Stiftung (Fritschi/Oesch, 2008). Die Verfasser berechnen die Differenz zwischen dem langfristigen Nutzen und den Kosten je betreutem Kind, die sich auf 13.616 Euro beläuft. Somit erhält man eine langfristige „Verzinsung der Investitionen in Form von Krippenkosten zu jährlich 7,3 Prozent“ (Fritschi/Oesch, 2008, 5). Grundlage der Berechnung ist die Berücksichtigung der Bildungseffekte auf die betreuten Kinder, die Effekte auf die Einkommen der Eltern durch das verbesserte Betreuungsangebot, die Einspareffekte im Bildungssystem aufgrund zukünftig geringerer Ausgaben für Nachqualifizierungsmaßnahmen und die finanzpolitischen Effekte.

Finanzierung

In den kommenden Jahren sinken demografiebedingt im Familienbudget die realen Ausgaben für Kindergeld, Kinderbetreuung (Kindergartenplätze) und für Schulen. Ferner nehmen aufgrund der steigenden Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen die Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die GRV sowie das Ehegattensplitting ab. Ferner entfallen Leistungen aus der beitragsfreien Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehegatten in der GKV und GPV. Im Folgenden sollen allein die demografiebedingten Ersparnisse im Budget aufgezeigt werden.

Tabelle 48: Demografische Einsparpotenziale im Familienbudget

	Kindergeld	Schulen	Kinderbetreuung	Ersparnisse gegenüber 2006
2006	34,5	49,6	10,4	0
2010	32,0	44,1	9,7	6,7
2015	30,3	43,7	9,3	11,2
2020	28,9	41,5	9,2	14,9

Quelle: eigene Berechnungen

Allein aus den demografisch bedingten Ersparnissen beim Kindergeld, den Schulen und der Kinderbetreuung entstehen potenzielle jährliche Ersparnisse von real 6,7 Milliarden Euro im Jahr 2010 und real 11,2 Milliarden Euro im Jahr 2015. Bereits diese demografischen Ersparnisse im Familienbudget reichen aus, um die Mehrbelastungen durch den Ausbau der U3-Betreuung, der Qualitätssteigerung in den Kindergärten und in den Ganztagsgrundschulen zu finanzieren. Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die Reinvestition der demografisch bedingt frei werdenden Mittel in den Ausbau der frühkindlichen Förderung geboten ist.

Teil IV: Zusammenfassung / Handlungsempfehlungen

10 Zusammenfassende Handlungsempfehlungen

10.1 Der Blick auf die Kosten: Umsteuern in der Förderkulisse

Die Analyse der Kostenstrukturen der Familien hat ergeben, dass Familien für ihre Kinder Kosten für deren Lebenshaltung in Höhe von 90 Milliarden Euro haben. Der Staat übernimmt einen Teil der Kosten, indem er den Familien ein Kindergeld zahlt und andere finanzielle Unterstützungen leistet. Ferner stellt der Staat für die Eltern kostenlose Leistungen zur Verfügung, die diese ansonsten tragen müssten. So bietet der Staat den Schulbesuch kostenlos an. Ferner sind die Kinder kostenlos in der gesetzlichen Krankenversicherung der Eltern mitversichert. Insgesamt stehen damit den direkten Kosten der Eltern von 90 Milliarden Euro Zuschüsse des Staates in Höhe von fast 48 Milliarden Euro gegenüber. Die zusätzlichen Leistungen des Staates, die die Eltern kostenlos nutzen können, summieren sich auf etwa 79 Milliarden Euro. Die zusätzlichen Leistungen und die Lebenshaltungskosten zusammen ergeben damit einen Gesamtbetrag von 169 Milliarden Euro, von denen die Eltern rund 42 Milliarden Euro selbst schultern. Damit beträgt der Anteil der Eltern insgesamt ein Viertel an den direkten Kosten der Kinder für deren Lebenshaltungskosten, Schulen und Mitversicherung in der Krankenversicherung.

Ein zweiter wichtiger Kostenblock für Eltern entsteht durch die notwendigen Betreuungszeiten, die zu geringeren Einkommenspotenzialen führen. Diese sogenannten Opportunitätskosten summieren sich – ohne zukünftige Einkommensverluste aufgrund von Erwerbsunterbrechungen – für die Betreuung von nicht volljährigen Kindern auf rund 147 Milliarden Euro. Dem Staat entgehen etwa 13 Milliarden Euro an Steuern. Durch das Angebot einer Betreuungsinfrastruktur durch den Staat entstehen weitere Kosten in Höhe von gut 11 Milliarden Euro, die der Staat zusätzlich trägt, um die Entstehung weiterer Opportunitätskosten bei den Eltern zu vermeiden. Die bei den Eltern entstandenen Einkommensverluste kompensiert der Staat durch eine Reihe von Maßnahmen, die sich insgesamt auf 30 Milliarden Euro summieren. Größte Einzelposten sind hierbei das Ehegattensplitting sowie die Anrechnung von Versicherungszeiten der Erziehungsperson in der gesetzlichen Rentenversicherung. Insgesamt unterstützt damit der Staat in Höhe von 41 Milliarden Euro die Vermeidung und Kompensation der indirekten Kosten der Eltern. Von fast 172 Milliarden Euro indirekten Gesamtkosten tragen damit die Eltern einen Eigenanteil von 117 Milliarden Euro.

Bei der Analyse der Förderkulisse ist somit festzuhalten, dass zwei Unwuchten auftreten:

- Im Vergleich zu den indirekten Kosten unterstützt der Staat in hohem Maße die Familien darin, die direkten Kosten tragen zu können. Dies kann insoweit gerechtfertigt werden, dass es sich bei diesen Maßnahmen auch um verteilungspolitisch motivierte Sozialausgaben handelt. Die Förderung der indirekten Kosten hingegen ist stärker aus ökonomischer und dabei aus Sicht der Anreizstrukturen relevant. Zu bemerken ist, dass es im internationalen Querschnitt einen empirischen Zusammenhang zwischen einem guten Mix von monetärer Förderung und passendem Infrastrukturangebot einerseits und dem Anteil in relativer Armut lebender Kinder andererseits gibt. Auf jeden Fall zeigt die Empirie, dass eine steigende Erwerbstätigkeit von Frauen mit einer Verringerung der Kinderarmut einhergeht. Auch Untersuchungen mit Mikrodaten zeigen, dass vor allem die Erwerbstätigkeit der Eltern vor Kinderarmut schützt.
- Innerhalb der Förderkulisse der indirekten Kosten überwiegen mit einem Anteil von drei Vierteln Maßnahmen, die zu einer Kompensation der bei den Familien bereits entstandenen Opportunitätskosten dienen sollen. Die Mitversicherung des Ehepartners in den Sozialversicherungen so-

wie das Ehegattensplitting führen dazu, dass der Rückgang des Bruttoeinkommens sich verhältnismäßig gering auf die Nettoeinkommen auswirkt. Maßnahmen, die der Entstehung der Opportunitätskosten entgegenwirken können, wie eine ausgebaute Betreuungsinfrastruktur, nehmen mit gut 11 Milliarden Euro einen vergleichsweise geringen Förderanteil an.

Aus ökonomischer Sicht ist diese Unwucht innerhalb der indirekten Kosten problematisch. Aufgrund der Höherqualifizierung der Frauen nehmen die Opportunitätskosten durch Erwerbsunterbrechungen erheblich zu. Kamen im Jahr 1993 auf einen männlichen Hochschulabsolventen lediglich 0,6 Frauen, so ist der Anteil inzwischen fast ausgeglichen. In den kommenden Jahren dürfte der Anteil der Frauen mit hohen Qualifikationen relativ zu dem der Männer weiter ansteigen. Ferner sind die Löhne von hoch qualifizierten Frauen in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Damit nehmen die Opportunitätskosten und damit die indirekten Kosten der Familien weiter zu und zwar stärker als die Kosten für Betreuungsplätze. Aus ökonomischer Sicht ist es sinnvoll, die Betreuungsinfrastruktur auszubauen und den Familien dadurch zu helfen, ihre Erwerbswünsche erfüllen zu können. Durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und die Zunahme der Erwerbstätigkeit nimmt automatisch ein Teil der Leistungen des Staates für die Familien ab, beispielsweise die Mitversicherung des nicht-erwerbstätigen Ehepartners in den Sozialversicherungen. Ferner nehmen die Einkommensperspektiven aufgrund der Verkürzung von Erwerbsunterbrechungen mit der Folge zu, dass langfristig die Zahlungen des Staates für Witwenrenten aufgrund der höheren Anrechnung der Einkommen geringer werden. Ein Ausbau der Betreuungsinfrastruktur führt somit zu einer Verringerung der indirekten Kosten der Familien. Gleichzeitig sinkt dadurch die Förderung des Staates im Bereich der Kompensation der entstandenen Opportunitätskosten. Ferner führt die höhere Erwerbstätigkeit beider Elternteile dazu, dass die Gefahr von Kinderarmut zumindest reduziert werden kann, was wiederum zu einer Verringerung der Förderung der direkten Kosten insbesondere im Bereich der Sozialtransfers führen dürfte. Damit dürfte insgesamt eine Erhöhung der Förderung des Staates zur Vermeidung von indirekten Kosten zu einer automatischen Reduzierung der Förderkulisse an anderer Stelle führen. Zur Umschichtung der Förderkulisse ist somit nicht zwingend eine Reduzierung des Maßnahmenkatalogs notwendig – durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur wird hingegen die bestehende Förderkulisse weniger stark in Anspruch genommen.

10.2 Die empirische Sicht: Die frühkindliche Bildung ausbauen, den familiären Zusammenhalt stärken

Familiäre Strukturen haben einen großen Einfluss auf die Entwicklung des Kindes. Im Bereich der Bildungsergebnisse von Kindern gemessen anhand der PISA-Untersuchung kann gezeigt werden, dass der familiäre Bildungs- und Migrationshintergrund einen großen Einfluss auf die Kompetenzentwicklung der Kinder hat. Insbesondere in Deutschland wirken sich eine geringe Qualifikation der Eltern, ein Migrationshintergrund sowie der fehlende Zugang zu Büchern und anderer Lerninfrastruktur negativ auf die Leistungen der Schüler aus. Ein Einfluss der Erwerbstätigkeit der Mutter oder der Familienform kann hingegen nicht nachgewiesen werden. Wichtiger für den Bildungserfolg sind die Disziplin gemessen über Verspätungen in der Schule oder Einstellungen zur Bedeutung von Bildung in der Familie. Auch der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung führt zu signifikant besseren Bildungsergebnissen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Einfluss der Familienstruktur in den Bereichen Rauchen und psychische Auffälligkeiten auch nach Kontrolle einer Vielzahl an Variablen bestehen

bleibt. Nur ein Teil der Unterschiede zwischen den Familienformen ist schichtbedingt. Auch nach der Kontrolle des familiären Zusammenhaltes gilt in den Bereichen Rauchen und psychische Auffälligkeiten, dass der Einfluss der Familienstruktur bestehen bleibt, das heißt selbst Alleinerziehenden und Patchworkfamilien mit einem normalen familiärem Zusammenhalt gelingt es nicht, die negativen Effekte von nicht traditionellen Familienstrukturen beziehungsweise Änderungen in der Familienstruktur voll aufzufangen.

Die Familienstruktur hat keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, Alkohol zu trinken und auf den subjektiven Gesundheitszustand der Jugendlichen im Selbstbericht. Der fehlende Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand deckt sich mit der Studie von Winkelmann (2003), der anhand des SOEP mittels der subjektiven Zufriedenheit der Jugendlichen ebenfalls keinen Einfluss der Familienstruktur findet. Möglicherweise kommen bei den subjektiven Einschätzungen durch die Jugendlichen die möglichen positiven Effekte von Trennungen und Scheidungen der Eltern zum Tragen (Ende von Konflikten, Ende von Instrumentalisierung der Kinder). Beim Übergewicht zeigt sich sogar, dass Kinder aus Patchworkfamilien hier ein geringeres Risiko tragen.

Besonders wichtig ist ein guter familiärer Zusammenhalt, der signifikant in allen untersuchten Bereichen Entwicklungsrisiken von Kindern mildern kann. Familienzentren bieten eine wichtige Politikoption an, hier zu Fortschritten zu kommen. Aber auch der Faktor Zeit spielt eine wichtige Rolle. Die Öffnungszeiten von KITA, insbesondere Mängel beim Angebot an Randzeiten, der Über-Mittag-Betreuung sind aus Sicht der Eltern relevant (Lödermann, 2008). Ein stärkerer Wettbewerb zwischen den Betreuungseinrichtungen durch nachfrageorientierte Finanzierungsmechanismen sollte hier zu Fortschritten beim Angebot führen können (Enste/Flüter-Hoffmann, 2008). In diesem Rahmen sollten auch privat-gewerbliche Anbieter in dieselbe Förderungslogik wie andere Anbieter eingebettet werden. Ferner kann das Angebot an Familien unterstützenden Dienstleistungen sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entlastende Wirkungen auf zeitliche Belastungen von Familien haben.

Bezüglich der Erwerbstätigkeit der Eltern ergibt sich kein signifikanter Effekt auf die gesundheitlichen Variablen und auf das Verhalten der Kinder. Frühe Erwerbsunterbrechungen der Eltern können jedoch mit Einkommenseinbußen, einer geringeren Schichtzugehörigkeit und einer größeren Wahrscheinlichkeit von Kinderarmut verbunden sein. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung kann damit einen positiven Einfluss auf die Bildung und indirekt über die Vermeidung von Erwerbsunterbrechungen auf Gesundheit und Verhalten der Kinder haben. Diese Effekte dürften dann besonders positiv sein, wenn über den Ausbau von Familienzentren Schutzfaktoren wie der familiäre Zusammenhalt gestärkt werden.

10.3 Die fiskalische Sicht: Investieren und Effizienzpotenziale erschließen

Auch aus fiskalischer Sicht rechnen sich für den Staat die aus der Analyse der Förderstruktur und aus den empirischen Studien abgeleiteten Handlungsempfehlungen. Durch einen Ausbau der frühkindlichen Bildung kann es gelingen, den Einfluss des Bildungshintergrundes der Eltern auf die Kompetenzentwicklung des Kindes zu reduzieren und vor allem die Ergebnisse der Kinder aus bildungsfernen Haushalten zu verbessern. Hierdurch steigen die Qualifikationen der zukünftigen Erwerbsbevölkerung, was sich in dreifacher Weise für die Volkswirtschaft und den Staat auszahlt: Zum einen führt eine durchschnittlich höher qualifizierte Erwerbsbevölkerung zu einer geringeren Arbeitslosenquote, da der Arbeitsmarkt in Deutschland eine enge Beziehung zwischen Qualifikation und Er-

werbstätigkeit zeigt. Zum zweiten steigt die durchschnittliche Arbeitszeit mit steigender Qualifikation an. Zum dritten sind die Stundenlöhne im Durchschnitt umso höher, je höher die Qualifikation der Arbeitnehmer ist. Eine höhere Qualifikation auf der Angebotsseite wird in den kommenden Jahrzehnten zu einer höheren Beschäftigung und höheren Einkommen führen, da bereits heute ein Fachkräftemangel bei hoch Qualifizierten besteht und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten der demografische Wandel diesen Trend verstärken wird.

Die durch einen Ausbau der frühkindlichen Förderung resultierende höhere Qualifikation zahlt sich somit für den Staat in vielerlei Hinsicht aus. Durch die steigenden Gesamteinkommen steigen bei gegebenen Steuer- und Sozialabgabenquoten die Steuern und Einnahmen der Sozialversicherungen. Durch den geringeren Anteil an Schülern mit größeren Kompetenzdefiziten nehmen die hohen Kosten des Staates für Nachqualifizierungen ab. Ferner können Hartz IV-Ausgaben für gering qualifizierte Arbeitslose zu einem Teil eingespart werden, wenn durch die bessere Qualifikation weniger Erwerbspersonen Probleme beim Arbeitsmarktzutritt haben. Im Jahr 2025 betragen diese positiven fiskalischen Effekte etwa 2,1 Milliarden Euro. Im Jahr 2050 steigen diese jährlichen positiven Effekte auf 13,1 Milliarden Euro an. Des Weiteren können staatlicherseits Kosten für Nachqualifizierungen reduziert werden. Diese betragen beispielsweise im Jahr 2025 etwa 0,7 Milliarden Euro und im Jahr 2050 rund 0,6 Milliarden Euro.

Kurzfristig wirkt sich für den Staat bereits die zunehmende Erwerbstätigkeit in den Familien aus, wenn durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zusätzlich rund 300.000 Frauen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Hochgerechnet mit den derzeitigen Abgaben der Mütter mit Kindern im Alter unter drei Jahren ergeben sich daraus Mehreinnahmen für den Staat und die Sozialversicherungen in Höhe von 4,1 Milliarden Euro – die im Zeitablauf sinken, da durch den demografischen Wandel weniger Mütter mit Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsplatz brauchen werden.

Stellt man die jährlichen Mehrausgaben von 5,1 bis 6,8 Milliarden Euro und die Mehreinnahmen des Staates gegenüber, so ergibt sich insgesamt aus fiskalischer Sicht eine reale Rendite bei dieser statischen Modellbetrachtung von etwa 8 Prozent. In dynamischer Hinsicht sind Wachstumsimpulse durch den Ausbau der frühkindlichen Förderung zu erwarten. Zum einen führt die bessere frühkindliche Bildung zu einer Zunahme des Humankapitals der Kinder und späteren Erwerbspersonen. Zum anderen führen die geringeren Erwerbsunterbrechungen bei den Eltern zu geringeren Humankapitalabschreibungen, so dass auch hieraus positive Impulse auf Qualifikationen und Erwerbstätigkeit abgeleitet werden können. In dieser Modellbetrachtung kann ebenso eine Rendite des Staates von 8 Prozent erreicht werden.

Für die qualitative Interpretation wird damit die Aussage unterstützt, dass die durch demografische Entwicklungen einzusparenden Mittel des Staates in die frühkindliche Bildung investiert werden sollten, da deren reale Verzinsung oberhalb des Zinssatzes für Staatsschulden liegen dürfte. Allein durch die aus demografischen Gründen entstehenden Einsparungspotenziale beim Kindergeld, bei den Kindergärten und bei den Schulen ließen sich die zusätzlichen Investitionen in Kindertagesstätten und Schulen finanzieren. Im Jahr 2010 dürfte sich gegenüber den Budgetwerten aus dem Jahr 2006 die jährliche Ersparnis bereits auf 6,7 Milliarden Euro, im Jahr 2015 auf 11,2 Milliarden Euro belaufen. Durch die positiven Refinanzierungseffekte bei der Mitversicherung und anderer Leistungen sowie aufgrund der geringeren Transfers dürften sich darüber hinaus weitere erhebliche Refinanzierungseffekte innerhalb des Familienbudgets ergeben. Der qualitative und quantitative Ausbau der frühkindlichen Betreuung und Bildung kann somit in den kommenden Jahren bei gleichzeitig sinkendem realen Volumen im Familienbudget finanziert werden.

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung stellt somit eine rentierliche Investition für den Staat dar. Es ergibt sich damit eine Förderkulisse des Staates, die dazu führt, dass

- die Unwucht innerhalb der Förderkulisse korrigiert,
- der Gefahr von Kinderarmut entgegengewirkt,
- die Bildungschancen insbesondere von Kindern aus bildungsfernen Schichten gestärkt,
- die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbswünschen realisiert und
- zusätzliche Wachstumsimpulse erzeugt und die Einnahmenseite des Staates gestärkt werden.

Zusätzlich kann der Staat durch den Ausbau von Familienzentren, die Förderung Familien- unterstützender Dienstleistungen und anderer vorsorgenden Maßnahmen einen Beitrag leisten, die Erziehungskompetenz der Familien zu stärken, den familiären Zusammenhalt zu verbessern und die Eltern in ihrer Funktion für die Entwicklung der Kinder zu unterstützen. Die damit verbundenen Verbesserungen bei der Gesundheit und dem Verhalten der Kinder können hier nicht quantifiziert werden, bedeuten aber dennoch wichtige soziale Erträge für die Familien in Form einer besseren Gesundheit der Kinder.

Literatur

Albrecht, Günter / **Howe**, Carl-Werner / **Wolterhoff**, Jochen, 1991, Familienstruktur und Delinquenz, in: Soziale Probleme Jg. 2 2/1991, S.107–156

Altgeld, Karin, 2007, Early Excellence Centre und Judy Center. Unterschiedliche Konzepte, verschiedene Ansätze, in: kindergarten heute 1/2007, S. 28-33, http://www.nabuk-europa.de/fileadmin/user_upload/downloads/Handlungs-_und_Themenfelder/Kindertagesbetreuung/altgeld_early-exellence-centre.pdf, Stand: 2008-02-13

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Tröger**, Michael, 2007, Renditen der Bildung – Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Studie im Auftrag der Wissensfabrik – Unternehmen für Deutschland e.V.

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel, 2008, Frühkindliche Förderung – Ein Beitrag zu mehr Wachstum und Chancengerechtigkeit, erscheint in: IW-Positionen Nr. 35

Bannenberg, Britta / **Rössner**, Dieter, 2000, Hallenser Gewaltstudie. Die Innenwelt der Gewalttäter. Lebensgeschichten ostdeutscher Gewalttäter, in: DVJJ - Journal 2/2000, S. 121–134

Barro, Robert J. / **Mankiw**, N. Gregory / **Sala-i-Martin**, Xavier, 1995, Capital Mobility in Neoclassical Models of Growth, in: American Economic Review, Vol. 85, No. 1, S. 103–115

Becker, Irene, 2002, Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71(1), S. 126–146

Beblo, Miriam / **Bender**, Stefan / **Wolf**, Elke, 2006, The Wage Effects of Entering Motherhood – A Within-firm Matching Approach, ZEW Discussion Paper No. 06-053, Mannheim

Becker, Gary S. / **Tomes**, Nigel, 1979, An Equilibrium Theory of the Distribution of Income and Intergenerational Mobility, in: Journal of Political Economy, Vol. 87, No. 6, S. 1153–1189

Becker, Gary S. / **Tomes**, Nigel, 1986, Human Capital and the Rise and Fall of Families, in: Journal of Labour Economics, Vol. 4, No. 3, S. 1–39

Beckmann, Petra, 2002, Zwischen Wunsch und Wirklichkeit, IAB Werkstattbericht, Nürnberg

Bertram, Tony / **Pascal**, Christine / **Bokhari**, Sophia / **Gasper**, Mike / **Holtermann**, Sally / **John**, Karen / **Nelson**, Carol, 2004, Early Excellence Centre Pilot Programme. Third Annual Evaluation Report 2001-2002, Centre for Research in Early Childhood St. Thomas Centre, Birmingham, http://www.surestart.gov.uk/_doc/P0001373.doc, Stand: 2008-02-13

Björklund, Anders / **Ginther**, Donna K. / **Sundström**, Marianne, 2007, Family structure and child outcomes in the USA and Sweden, in: Journal of Population Economics, Vol. 20, No. 1, pp. 183-207

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. Mai 2008, www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Dritter_Armuts-_&_Reichtumsbericht.pdf, Stand: 2008-06-23

BMFSFJ – Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005, Nationaler Aktionsplan. Für ein kindgerechtes Deutschland 2005-2010, Berlin, www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/nap.property=pdf.pdf, Stand: 2007-10-10

BMFSFJ - Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2006, Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006, Berlin,

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Unternehmensmonitor-Familienfreundlichkeit,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf>

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / **FIT** – Fraunhofer Institut, 2008, Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates im Jahr 2006, www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/kompetenzzentrum-leistungen,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf, Stand: 2008-05-05

BMG – Bundesministerium für Gesundheit, 2006, Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung (SPV) nach Altersgruppen und Geschlecht, 01.07.2006

Böhm, Andreas / **Kuhn**, Joseph, 2000, Soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Kindern. Ergebnisse von Einschulungsuntersuchungen im Land Brandenburg, in: Soziale Arbeit 9/2000, S. 343–346

Bohrhardt, Ralf, 2000, Familienstruktur und Bildungserfolg, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Jg.3, Nr. 3, S. 189–207

Bohrhardt, Ralf, 2006, Vom `broken home` zur multiplen Elternschaft. Chancen und Erschwernisse kindlicher Entwicklung in diskontinuierlichen Familienbiografien, in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, Katharina (Hrsg.), Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung, Opladen, S. 169–188

Büchel, Felix / **Spieß**, Katharina, 2002, Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 71, S. 95–113

Bundesagentur für Arbeit, 2007, Arbeitsmarkt 2006, Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 55. Jahrgang, Sondernummer 1, Nürnberg

Cohn, Elchanan / **Geske**, Terry, 1990, The economics of education, Oxford

Cunha, Flavio / **Heckman**, James, 2007, The technology of skill formation, in: The American Economic Review Vol. 97 No. 2, S. 31–47

Eichhorst, Werner / **Kaiser**, Lutz C. / **Thode**, Erich / **Tobsch**, Verena, 2007, Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis, Gütersloh

Enste, Dominik H. / **Flüter-Hoffmann**, Christiane, 2008, Gutscheine als Instrument einer effizienten und effektiven Sozialpolitik sowie betrieblichen Personalpolitik: Bestandsaufnahme und Analyse von betrieblichem Nutzen und volkswirtschaftlichen Effekten verschiedener Gutscheinsysteme, Studie gefördert von Sodexo Pass Deutschland, http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/pma_180108_gutscheine_studie.pdf

Entwisle, Doris R. / **Alexander**, Karl L. / **Olson**, Linda Steffel, 1997, Children, Schools, and Inequality, Boulder

Erhart, Michael / **Hölling**, Heike / **Bettge**, Susanne / **Ravens-Sieberer**, Ulrike / **Schlack**, Robert, 2007, Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS): Risiken und Ressourcen für die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 5/6 2007, S. 800–809

Ermisch, John / **Francesconi**, Marco, 2001, Family matters: Impact of Family Background on Educational Attainments, in: Economica, Vol. 68, S. 137-156

Familienbund der Katholiken (Hrsg.), 2007, Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates, www.familienbund.org/bilder/_upload/1042007-283.pdf, Stand: 2007-10-10

- Fend**, Helmut, 1980, Theorie der Schule, 2. Auflage, München
- Francesconi**, Marco / **Jenkins**, Stephen / **Siedler**, Thomas / **Wagner**, Gerd, 2006, Einfluss der Familienform auf den Schulerfolg von Kindern nicht nachweisbar, in: DIW-Wochenbericht, Vol. 73, No.13
- Franz**, Matthias / **Lensche**, Herbert, 2003, Allein erziehend – allein gelassen? Die psychosoziale Beeinträchtigung allein erziehender Mütter und ihrer Kinder in einer Bevölkerungsstichprobe, in: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Jg. 49, S. 115–138
- Fritschi**, Tobias / **Oesch**, Tom, 2008, Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Funcke**, Antje, 2006, Höhere Geburtenraten in Deutschland – die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung, Institut für ökonomische Bildung, IÖB- Diskussionspapier Nr. 5/06, Münster
- Gennetian**, Lisa A., 2005, One or two parents? Half or step siblings? The effect of family structure on young children's achievement, in: Journal of Population Economics, 18, S. 415–436
- Giles**, Margaret / **Le**, Anh T., 2007, Prisoners' labour market history and aspirations: A focus on Western Australia, in: The economic record, Vol. 83, No. 260, März 2007, S. 31–45
- Ginther**, Donna / **Pollak**, Robert, 2003, Does family structure affect children's educational outcome? NBER Working Paper Nr. 9628, Cambridge
- Gloger-Tippelt**, Gabriele / **König**, Lilith, 1999, Die Einelternefamilie aus der Perspektive von Kindern. Entwicklungspsychologisch relevante Befunde unter besonderer Berücksichtigung der Bindungsforschung, in: Fegert, Jörg / Ziegenhain, Ute (Hrsg.), Hilfen für Alleinerziehende. Die Lebenssituation von Einelternefamilien in Deutschland, Weinheim, Basel, Berlin
- Groh-Samberg**, Olaf / **Grundmann**, Matthias, 2006, Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter, Aus Politik und Zeitgeschichte 26/2006
- Hagen**, Christine / **Kurth**, Bärbel-Maria, 2007, Gesundheit von Kindern alleinerziehender Mütter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2007, S. 25–31
- Hanushek**, Eric A., 1986, The Economics of Schooling: Production and Efficiency in Public Schools, in: Journal of Economic Literature, Vol. 24, No. 13, S. 1141–1177
- Hanushek**, Eric A., 1997, Recent Developments in the Economics of Education, in: Economics of Education Review, Vol. 16, No. 3, S. 346–347
- Hanushek**, Eric A., 2003, The Failure of Input-based Schooling Policies, in: The Economic Journal, Vol. 113, No. 1, S. 64–98
- Haveman**, Robert / **Wolfe**, Barbara, 1995, The Determinants of Children's Attainments: A Review of Methods and Findings, in: Journal of Economic Literature, Vol. 33, No. 4, S. 1829–1878
- Helmert**, Uwe, 2003, Soziale Ungleichheit und Krankheitsrisiken, Augsburg
- Hock**, Beate / **Holz**, Gerda / **Wüstendörfer**, Werner, 2000, Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter, Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Textauszüge als Arbeitsmappe, Frankfurt am Main, 77, www.awo-Isa.de/iss-bericht-4.pdf, Stand: 2008-02-12
- Hölling**, Heike / **Erhart**, Michael / **Ravens-Sieberer**, Ulrike / **Schlack**, Robert, 2007, Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Erste Ergebnisse aus dem Kinder- und Ju-

gendgesundheitsurvey (KiGGS), in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 5/6 2007, S. 784–793

Holz, Gerda / **Richter**, Antje / **Wüstendörfer**, Werner / **Giering**, Dietrich, 2005, Zukunftschancen für Kinder. Wirkungen von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Endbericht der 3. AWO- ISS- Studie im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin

Hülkamp, Nicola / **Seyda**, Susanne, 2004, Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen, IW-Positionen – Beiträge zur Ordnungspolitik Nr. 11, Köln

Huster, Ernst-Ulrich / **Benz**, Benjamin / **Boeckh**, Jürgen, 2007, Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children. A study of national policies, ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/experts_reports/germany_1_2007_en.pdf, Stand: 2008-02-12

Jenkins, Stephen P. / **Schluter**, Christian, 2002, The Effect of Family Income During Childhood on Later-Life-Attainment: Evidence for Germany, IZA DP No. 604, Bonn

Jenkins, Stephen P. / **Schluter**, Chris / **Wagner**, Gert G., 2002, Einkommensarmut von Kindern – Ein deutsch-britischer Vergleich für die 90er- Jahre, Wochenbericht des DIW Berlin 5/02, Berlin

Horch, Kerstin / **Bergmann**, Eckardt, 2002, Kosten alkoholassoziierter Krankheiten, Inaugural- Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I/II der Freien Universität Berlin, Berlin

Kahle, Irene, 2004, Alleinerziehende im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17. Februar 2004 in Wiesbaden, Band 43/2004, Wiesbaden, S. 175-193

Kalenkoski, Charlene M. / **Ribar**, David C. / **Stratton**, Leslie S., 2006, The Effect of Family Structure on Parents' Child Care Time in the United States and the United Kingdom, IZA DP No. 2441, Bonn

Klein, Helmut E., 2006, Allgemein bildendes Schulsystem: Deregulierung und Qualitätsstandards, in: IW (Hrsg.): Bildungsfinanzierung und Bildungsregulierung in Deutschland, S. 91–142, Köln

Klein, Helmut, 2005, Direkte Kosten mangelnder Ausbildungsreife, in: IW-Trends Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, 32, 4, S. 61–75

Kreyenfeld, Michaela, 2004, Sozialstruktur und Kinderbetreuung, Max Planck Institute for Demographic Research, Working paper WP 2004-009, Rostock

Krueger, Alan B., 1999, Experimental Estimates of Education Production Functions, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 114, No. 2, S. 497–532

Krueger, Alan B., 2003, Economic Considerations of Class Size, in: The Economic Journal, Vol. 113, No. 1, S. 34-63

Krueger, Alan B. / **Lindahl**, Mikael, 2001, Education for Growth: Why and for Whom?, in: Journal of Economic Literature, Vol. 39, No. 4, S. 1101–1136

Kurth, Bärbel-Maria, 2007, Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS): Ein Überblick über Planung, Durchführung und Ergebnisse unter Berücksichtigung von Aspekten eines Qualitätsmanagements. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Jg. 50, S. 533–546

- Kurth**, Bärbel-Maria / **Schaffrath Rosario**, Angelika, 2007, Die Verbreitung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS), in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 5/6 2007, S. 736–743
- Lampert**, Heinz, 1996, Priorität für die Familie. Plädoyer für eine rationale Familienpolitik, Soziale Orientierung 10, Berlin
- Lampert**, Thomas, 2008, Gesundheitliche Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS), in: Tiesmeyer, Karin / Brause, Michaela / Lierse, Meike / Lukas-Nülle, Martina / Hehlmann, Thomas (Hrsg.), Der blinde Fleck. Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung, Bern, S. 109–125
- Lampert**, Thomas / **Thamm**, Michael, 2007, Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsum von Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS), Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 5/6 2007, S. 600–608
- Lazear**, Edward P., 2001. Educational Production, in: The Quarterly Journal of Economics, vol. 116(3), S. 777–803
- Lengerke**, Thomas von / **Reitmeir**, Peter / **John**, Jürgen, 2006, Direct medical costs of (severe) obesity: a bottom-up assessment of over- vs. normal-weight adults in the KORA-study region (Augsburg, Germany), in: Gesundheitswesen, Februar 2006, 68(2), S. 110–5
- Levin**, Henry M., 1987, Education as a public and private good, in: Journal of Policy Analysis and Management, Vol. 6, No. 4, S. 950–963
- Lödermann**, Anna, 2008, Alles aus einer Hand – Integrationsmodelle familienunterstützender Einrichtungen und Dienstleistungen. Ergebnisse einer explorativen internationalen Recherche, Deutsches Jugendinstitut, München
- McKinsey**, 2005, Eine Chance für die Neugier: Materialien zur frühkindlichen Bildung, Düsseldorf
- McLanahan**, Sara / **Sandefur**, Gary, 1994, Growing Up with a Single Parent: What Hurts, What Helps, Cambridge, Harvard University Press
- Meyer**, Susanne, 2003, Die Tageshaftkosten der deutschen Strafvollzugsanstalten. Ein Überblick. Arbeitspapiere des Instituts für Volkswirtschaftslehre. Technische Universität Darmstadt, Nr. 121, Darmstadt
- MGT**, 2004, An external evaluation of the Judith P. Hoyer Early Care and Education Enhancement Program – Final Report, Submitted to the Maryland Department of Education, http://mdjudy.mgtamer.com/Pages_from_FR_1891_020404part1.pdf, Stand: 2008-01-28
- Münnich**, Margot, 2006, Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder. Berechnungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, in: Wirtschaft und Statistik 6/2006, S. 644–670
- Nores**, Milagros / **Barnett**, Steve W. / **Schweinhart**, Lawrence J. / **Belfield**, Clive R., 2005, Updating the Economic Impacts of the High/Scope Perry Preschool Program, New York
- OECD**, 2003, Daten von OECD.Stat, Stand: 2008-02-06
- OECD**, 2004, Die Politik frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland, Ein Länderbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris

- OECD**, 2006, Starting Strong II. Early Childhood Education and Care, Paris
- OECD**, 2007, Babies and bosses. Reconciling work and family life. A synthesis of findings for OECD countries, Paris
- OECD**, 2007, Education at a glance 2007, Paris
- Pfeiffer**, Friedhelm / **Reuß**, Karsten, 2008, Ungleichheit und die differentiellen Erträge frühkindlicher Bildungsinvestitionen im Lebenszyklus, ZEW Discussion Paper Nr. 08-001, Mannheim
- Pfeiffer**, Ulrich / **Braun**, Reiner, 2005, Lebensökonomie als (mögliches) Leitbild einer nachhaltigen Familienpolitik, Berlin, www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/pfeiffer-langfassung,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf, Stand: 2007-10-10
- PISA-Konsortium Deutschland** (Hrsg.), 2004, PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster
- Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2007, Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, in: IW Analysen Nr. 27, Köln
- Plug**, Erik / **Vijverberg**, Wim, 2003, Schooling, Family Background, and Adoptions: Is It Nature or Is It Nurture, *Journal of Political Economy*, vol. 111(3), S. 611–641
- Prognos**, 2008, Dossier Armutrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Ravens-Sieberer**, Ulrike / **Wille**, N. / **Bettge**, Susanne / **Erhart**, Michael, 2007, Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse aus der BELLA- Studie im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS), in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 5/6 2007, S. 871–878
- Reinberg**, Alexander / **Hummel**, Markus, 2007, Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 und die Einführung der Hartz-IV-Reform. Empirische Befunde und methodische Probleme, IAB-Forschungsbericht 9/2007
- Reis**, Olaf / **Meyer-Probst**, Bernhard, 1999, Scheidung der Eltern und Entwicklung der Kinder. Befunde der Rostocker Längsschnittstudie, in: Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hrsg.), Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien, München, S. 49–71
- Restuccia**, Diego / **Urrutia**, Carlos, 2004, Intergenerational Persistence of Earnings: The Role of Early and College Education, in: *American Economic Review*, Vol. 94, No. 5, S. 1354–1378
- Ribar**, David C., 2004, What Do Social Scientists Know About the Benefits of Marriage? A Review of Quantitative Methodologies, IZA DP No. 998, Bonn
- Roloff**, Juliane, 2003, Junge Frauen in Deutschland – Hohe Ausbildung contra Kinder?, in: BiB (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) Mitteilungen, Aus Forschung und Lehre, 1/2003, www.bib-demographie.de/publikat/bib-mit1_2003.pdf, Stand: 2007-10-25
- Rosenschon**, Astrid, 2001, Familienförderung in Deutschland: eine Bestandsaufnahme, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 382, Kiel
- Rüling**, Anneli, 2008, Paradigmatic shift in the political discourses on childcare for children under the age of three? A comparative study of recent political discourses in England and Germany, Intermediate report, Project: Sustainable Growth, social inclusion and family policy – innovative ways of coping with old and new challenges, Sub project: The gateway of education and family policy, Göttingen,

http://www.socialpolicy.ed.ac.uk/__data/assets/pdf_file/0006/14991/The_gateway_of_education_and_family_policy_-_03-08.pdf, Stand: 2008-05-29

Sandefur, Gary / **Wells**, Thomas, 1999, Does Family Structure Really Influence Educational Attainment?; in Social Science Research, Vol. 28, S. 331–357

Sander, Beate / **Bergemann**, Rito, 2003, Economic burden of obesity and its complications in Germany, in: The European Journal of Health Economics, Vol. 4, No. 4, S. 248–253

Schäfer, Dieter, 2004, Unbezahlte Arbeit und Bruttoinlandsprodukt 1992 und 2001. Neuberechnung des Haushalts- Satellitensystems, in: Wirtschaft und Statistik 9/2004, S. 960–978

Sharma, Manon Rami / **Steiner**, Michael, 2007, Ausbau der Kinderbetreuung – Kosten, Nutzen, Finanzierung, Dossier, PROGNOSE AG im Auftrag des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Basel/ Berlin

Stahmer, Carsten / **Mecke**, Ingo / **Herrchen**, Inge, 2003, Zeit für Kinder. Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2003, Zeit für Kinder, Pressemitteilung vom 30. Mai 2003, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2005a, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Fachserie 1/ Reihe 3, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2005b, Bildung und Kultur. Berufliche Bildung 2004, Fachserie 11/ Reihe 3, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2005c, Bildung und Kultur. Berufliche Schulen Schuljahr 2004/ 2005, Fachserie 11/ Reihe 2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2005d, Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen Wintersemester 2003/ 2004, Vorbericht, Fachserie 11/ Reihe 4.1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2006, Bildung im Zahlenspiegel, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2007a, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1/ Reihe 3, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2007b, Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen, Fachserie 11/ Reihe 1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2007c, Bildung und Kultur. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, 2006, Fachserie 11/ Reihe 7, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2007d, Preise, Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Lange Reihen ab 1948, Wiesbaden

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum. Jahreshgutachten 2002/2003, Wiesbaden

Tamm, Marcus, 2007, Poverty of children in Germany and its impact on children's health and educational outcomes, Bochum

Todd, Petra / **Wolpin**, Kenneth, 2003, On the Specification and Estimation of the Production Function for Cognitive Achievement, in: The Economic Journal, Vol. 113, No. 485, S. F3–33

Trabert, Gerhard, 2006, Kinderarmut und Gesundheitsrisiken, in: Kind, Jugend, Gesellschaft, Jg. 51, Heft 3/2006, S. 75–81

- Walper**, Sabine, 2003, Kontextmerkmale gelingender und misslingender Entwicklung von Kindern in Einelternfamilien, in : Fegert, Jörg / Ziegenhain, Ute (Hrsg.), Hilfen für Alleinerziehende. Die Lebenssituation von Einelternfamilien in Deutschland, Weinheim, Basel, Berlin
- Welte**, Robert / **Neubauer**, Simone / **Leidl**, Reiner, 2004, Die Kosten des Zigarettenrauchens, Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen, GSF- Jahresbericht 2004, S. 31–36
- Werding**, Martin / **Hofmann**, Herbert, 2005, Die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Sozialsystem, ifo Forschungsberichte 27, München
- Whiteford**, Peter / **Adema**, Willem, 2007, What works best in reducing child poverty: a benefit or work strategy?, OECD Social, employment and migration Working Papers 51, Paris, www.oecd.org/dataoecd/30/44/38227981.pdf, Stand: 2007-10-10
- Wilkinson**, Richard G., 2001, Kranke Gesellschaften. Soziales Gleichgewicht und Gesundheit, Wien
- Winkelmann**, Rainer, 2003, Parental Separation and Well-Being of Youths, IZA DP Nr. 894, Bonn
- Wößmann**, L., 2004, The Effect Heterogeneity of Central Exams: Evidence from TIMSS, TIMMS-Repeat and PISA, CESifo Working Paper, No. 1330, München
- Wößmann**, L., 2005a, Ursachenkomplexe der PISA-Ergebnisse: Untersuchungen auf Basis der internationalen Mikrodaten, Ifo Working Paper, No. 16, München
- Wößmann**, Ludger, 2005b, Leistungsfördernde Anreize für das Schulsystem, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 19, S. 18–27
- Wößmann**, Ludger 2007, Letzte Chance für gute Schulen, München
- Wolfe**, Barbara / **Tefft**, Nathan, 2007, Child interventions that may lead to increased economic growth, ECRC Paper Series, Discussion Paper 111, Madison

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Stand: Juni 2008

Gestaltung: KIWI GmbH, Osnabrück

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 018 01/90 70 50*
Fax: 030 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

* nur Anrufe aus dem Festnetz, 3,9 Cent
pro angefangene Minute